

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1994 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Mit sozialer Marktwirtschaft Wachstumsdynamik am Standort Deutschland wiedergewinnen und neue Beschäftigungschancen eröffnen	5
I. Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung	5
II. Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage	7
III. Wettbewerbs-, Innovations- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern	16
B. Mit einem attraktiven Wirtschaftsstandort für mehr Investitionen und Arbeitsplätze sorgen	20
I. Wachstum auf der Grundlage von Geldwertstabilität erreichen	20
(1) Öffentliche Finanzen entschlossen konsolidieren	20
(2) Steuerpolitik weiter auf Zukunftssicherung ausrichten	21
(3) Durch Mäßigung und Anpassung die Tarifpolitik beschäftigungsorientiert gestalten	22
(4) Preisstabilität als vorrangiges Ziel der Geldpolitik beibehalten	23
II. Durch Strukturwandel neue Perspektiven eröffnen	23
(1) Mit privaten Investitionen die Grundlage für mehr Beschäftigung schaffen	23
(2) Die Bemühungen der ostdeutschen Unternehmen beim Absatz ihrer Produkte unterstützen	25
(3) Die Arbeit der Treuhandanstalt erfolgreich abschließen	25
(4) Wettbewerb durch Deregulierung und Privatisierung stärken	27
(5) Dynamik und Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen nutzen	29

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 27. Januar 1994 — 021 (421) — 600 01 — Ja 1/94 gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582).

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

	Seite
(6) Durch Forschung und Entwicklung die Innovationsdynamik steigern	30
(7) Neue Akzente in der Bildungs- und Ausbildungspolitik setzen .	31
(8) Mit Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung Beschäftigungschancen verbessern	31
(9) Arbeitszeit flexibler gestalten	33
(10) Soziale Sicherungssysteme weiterentwickeln	33
(11) Den Finanzplatz Deutschland attraktiv gestalten	34
(12) Verbraucherinteressen im Markt wirksam werden lassen	34
(13) Mit einem leistungsfähigen Verkehrswesen und attraktiver Infrastruktur zur Zukunftssicherung beitragen	34
(14) Umweltpolitische Rahmenbedingungen ausbauen	36
(15) Energieversorgungsstrukturen auf die Zukunft ausrichten	38
(16) Strukturschwächen durch Regionalpolitik entgegenwirken	39
C. Die Europäische Union verwirklichen	40
(1) Grundsätze zum Vertrag über die Europäische Union umsetzen ...	40
(2) Verstärkte Konvergenz als Weg zur Europäischen Währungsunion sicherstellen	40
(3) Gemeinsame Politik stärker auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa ausrichten	41
D. Mit offenen Märkten die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung ausschöpfen	43
(1) Den freien Welthandel sichern und erweitern	43
(2) Die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Reformstaaten ausbauen	44
E. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1994	46
(1) Überwindung der Rezession in den alten, Fortsetzung des Aufholprozesses in den neuen Ländern	46
(2) Konjunkturrell nachlaufende Beschäftigungsentwicklung und noch steigende Arbeitslosigkeit	49
(3) Deutliche Erfolge bei der Rückkehr zur Geldwertstabilität	49
(4) Langsame Rückkehr zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht ...	50
 Anlage	
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1993 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	52
B. Jahresprojektion 1994	61

Verzeichnis der Schaubilder, Übersichten und Tabellen

Schaubild 1:	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den alten Ländern	9
Schaubild 2:	Konjunkturlage in den alten Ländern	10
Schaubild 3:	Arbeitsmarkt	11
Schaubild 4:	Preise	12
Schaubild 5:	Konjunkturlage in den neuen Ländern	14
Schaubild 6:	Lohnstückkosten, Produktivität und Einkommen	54
Übersicht 1:	Wichtige bereits abgeschlossene Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland	17
Übersicht 2:	Wichtige Fördermaßnahmen für Investitionen der Wirtschaft in den neuen Ländern	24
Übersicht 3:	Wirtschaftliche Fördermaßnahmen zur Steigerung des Absatzes ostdeutscher Produkte	26
Übersicht 4:	Privatisierungsergebnisse der THA und Abbau des THA-Unternehmensbestandes	27
Tabelle 1:	Eckwerte der Jahresprojektion 1994 in der Bundesrepublik Deutschland	51
Tabelle 2:	Gesamtwirtschaftliche Relationen der neuen Länder zum früheren Bundesgebiet	57
Tabelle 3:	Gesamtwirtschaftliche Ost-West-Relationen für Deutschland 1993	58
Tabelle 4:	Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten ...	59
Tabelle 5:	Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1993 mit der Jahresprojektion der Bundesregierung	60
Tabelle 6:	Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1993 .	61
Tabelle 7:	Eckwerte der Jahresprojektion 1994 in der Bundesrepublik Deutschland	71
Tabelle 8:	Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors	72

Jahreswirtschaftsbericht 1994 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) den Jahreswirtschaftsbericht 1994 vor. Dieser Bericht enthält eine Projektion für Gesamtdeutschland und erläutert die für das laufende Jahr von der Bundesregierung geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 15. November 1993 sein Jahresgutachten 1993/94 (JG) veröffentlicht. Es trägt den Titel „Zeit zum Handeln — Antriebskräfte stärken“. Die Bundesregierung dankt dem Sachverständigenrat für seine eingehende Untersuchung der Wirtschaftslage in den alten und neuen Ländern sowie für seine ausführliche Erörterung der wirtschaftspolitischen Handlungsnotwendigkeiten. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1994 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert; darüber hinaus wurde sie mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft besprochen.

A. Mit sozialer Marktwirtschaft Wachstumsdynamik am Standort Deutschland wiedergewinnen und neue Beschäftigungschancen eröffnen

Die Bundesregierung hat ein Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschlossen. Es wird im folgenden als integraler Bestandteil des Jahreswirtschaftsberichts 1994 vorgestellt.

I. Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung

1. Zu Beginn des Jahres 1994 gibt es deutliche Anzeichen, daß die deutsche Wirtschaft nach dem starken Konjunkturereinbruch allmählich aus der Talsohle herausfindet. Dazu tragen die Verbesserung des internationalen Umfeldes, der erfolgreiche Abschluß der GATT-Runde, die beträchtlich niedrigeren Zinsen, die Beruhigung des Preisklimas, die eingeleiteten Maßnahmen zur Standortsicherung, insbesondere die Senkung der Steuern auf gewerbliche Einkommen, sowie die Bereitschaft der Tarifpartner, bei ihren Abschlüssen Beschäftigungserfordernissen wieder mehr Gewicht zu geben, bei.

Für die Beschäftigung wird 1994 dennoch ein sehr schwieriges Jahr. Erforderlich ist deshalb, durch eine entschlossene Fortführung der Standortpolitik die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu verbessern, damit Arbeitslose wieder schneller Beschäftigung finden können. Die Bundesregierung bereitet außerdem eine grundlegende Organisationsreform der Bundesanstalt für Arbeit vor mit dem Ziel, mehr als bisher dezentrale Entscheidungen zu ermöglichen und ihre Effizienz weiter zu verbessern.

Voraussetzung für eine Festigung der konjunkturellen Auftriebskräfte und eine Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsaussichten ist eine Stärkung des Vertrauens von Investoren und Verbrauchern. Deshalb ist eine verlässliche Perspektive für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Entlastung der Wirtschaft von Kosten und Abgaben unverzichtbar.

Über die Sofortmaßnahmen hinaus wird die Bundesregierung in Umsetzung ihres Standortberichts weitere Maßnahmen zur Deregulierung und Vereinfachung, insbesondere im Umwelt- und Energiebereich, auf den Weg bringen.

2. Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, zur Stärkung der Wachstumskräfte und Investitionsdynamik und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden folgende Maßnahmen beschlossen:

a) Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

1. Die Staatsquote soll — wie bereits im Standortbericht der Bundesregierung angekündigt — bis zum Jahr 2000 schrittweise wieder auf das Niveau vor der Vereinigung gesenkt werden. Der Bund wird dies zur Richtschnur aller seiner ausgabenwirksamen Entscheidungen und zur Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung machen. Auch die anderen öffentlichen Haushalte (Länder, Kommunen, Sozialversicherung) müssen ihren Beitrag leisten.
2. Die vom Haushaltsausschuß beschlossene globale Minderausgabe von 5 Mrd. DM wird durch Einsparungen in Ressortverantwortung umgesetzt.

Nach dem vorläufigen Abschluß des Haushalts 1993 wird die Nettokreditaufnahme des Bundes um rund 1/2 Mrd. DM unter dem Ansatz bleiben.
3. Der Bund strebt in den Tarifverhandlungen 1994 eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst an.

b) Existenzgründungs- und Innovationsoffensive im Mittelstand

4. In den alten Ländern wird wieder ein Eigenkapitalhilfeprogramm zur Förderung selbständiger Existenzen eingeführt; in den neuen Ländern wird es beibehalten.
5. Zur Verbesserung der Förderung risikoreicher innovativer Unternehmensgründungen sowie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation für ausgewählte Förderbereiche in der deutschen Wirtschaft wird ein zinsverbilligtes Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgelegt.
6. Die Fördermöglichkeiten des ERP-Programms werden zur verstärkten Berücksichtigung des industriellen Mittelstandes und — in den neuen Ländern — zur Lösung von Liquiditätsproblemen im Rahmen der geltenden Finanzansätze verbessert.
7. Entsprechend der Bundestagsentschließung vom 10. Dezember 1993 werden zinsverbilligte Darlehen und Bürgschaften für Meisterkurse und andere Fortbildungsmaßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft bereitgestellt.
8. Die Bundesanstalt für Arbeit soll den Übergang aus Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit durch ein Überbrückungsgeld für regelmäßig 6 Monate fördern.

c) Verbesserung und Erweiterung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums

9. Die Grundlage für die Bemessung der Lohnkostenzuschüsse für arbeitsmarktpolitisch geförderte Beschäftigungsverhältnisse wird auf 80 % der Entgelte für ungeforderte Arbeiten begrenzt. Dabei werden für die förderfähigen Entgelte (Bemessungsgrundlage) in West- und Ostdeutschland Höchstbeträge in Höhe von 80 % des Durchschnittsentgeltes der Rentenversicherung im vorangegangenen Jahr festgelegt.
10. In Regionen der alten Länder, die von strukturellen Krisen besonders betroffen sind, wird die Arbeitsförderung nach § 249h AFG (d. h. die Umwandlung von Lohnersatzleistungen in Lohnkostenzuschüsse) mit folgenden Bedingungen eingeführt:
 - die Maßnahmen laufen Ende 1997 aus;
 - Dauer der Zuweisung maximal 2 Jahre;
 - Entgelte, die nicht über 80 % der Arbeitsentgelte vergleichbarer, nicht zugewiesener Arbeitnehmer liegen;
 - Beschäftigungsfelder: Verbesserung der Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe.
11. In ganz Deutschland werden als Zusatzangebot für Arbeitslose Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen von Sozialrechtsverhältnissen, bei denen neben Arbeitslosenhilfe eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird, auf freiwilliger Basis angeboten (Gemeinschaftsarbeiten).
12. Für die Durchführung von Saisonarbeiten werden künftig Arbeitslosenhilfebezieher verstärkt herangezogen. Zur Abgeltung besonderer Aufwendungen kann ein Teil der Arbeitslosenhilfe in pauschalierter Form weitergezahlt werden.
13. Die Arbeitsvermittlung wird durch Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung unter Beteiligung von Sozialpartnern, Kommunen und Arbeitsämtern intensiviert und ergänzt.
14. Die private gewerbliche Arbeitsvermittlung wird im gesamten Bundesgebiet zugelassen.
15. Die Geltung des 1995 auslaufenden Beschäftigungsförderungsgesetzes, das u. a. befristete Arbeitsverträge zuläßt, wird um 5 Jahre verlängert.
16. Mehr Teilzeitarbeitsplätze:
 - Die Teilzeitarbeit wird durch Gewährung eines zeitlich befristeten Bestandsschutzes von bis zu drei Jahren für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gefördert, wenn Beschäftigte von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit umsteigen.
 - Für weitere Anreize zur Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze werden kurzfristig Vorschläge erarbeitet.

— Für den öffentlichen Dienst wird kurzfristig ein Programm zur Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze vorgelegt.

17. Das Arbeitszeitrechtsgesetz wird zügig und ohne Abstriche verabschiedet, um die mit flexibleren Arbeits- und Maschinenlaufzeiten verbundenen Beschäftigungsmöglichkeiten besser nutzen zu können.
18. Durch
 - Verschärfung des Gesetzes gegen Schwarzarbeit,
 - Bußgeld für Hauptauftragnehmer, die Subunternehmer beschäftigen und dabei die illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer billigend in Kauf nehmen,
 - Ausschluß von Arbeitgebern, die illegal Arbeitnehmer beschäftigen, von öffentlichen Aufträgen
 werden illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit noch energischer bekämpft.

d) Steuerliche Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze

19. Die Bundesregierung wird ihr steuerpolitisches Konzept für die nächste Legislaturperiode bis zum Sommer vorlegen. Dazu gehört insbesondere:
 - Fortsetzung der Unternehmensteuerreform;
 - Freistellung des Existenzminimums von der Lohn- und Einkommensteuer;
 - Erleichterung von Beschäftigungsmöglichkeiten für sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte in privaten Haushalten;
 - Vereinfachung des Steuersystems zur Verbesserung der Transparenz und Verringerung des hohen Verwaltungsaufwandes.

e) Stärkung der Wachstumskräfte durch mehr private Initiative, Deregulierung und Entbürokratisierung

20. Die Bundesregierung wird bis März ihr Konzept zur weiteren Privatisierung von Bundesbeteiligungen an gewerblichen Unternehmen und Liegenschaften vorlegen.
21. Die Postreform wird mit der Überführung der Deutschen Bundespost TELEKOM, POSTDIENST und POSTBANK in Aktiengesellschaften und der Befristung der Monopolrechte der Unternehmen der Deutschen Bundespost bei gleichzeitiger grundsätzlicher Verankerung eines Rechtsanspruchs auf Zugang zu sämtlichen Märkten umgesetzt.
22. Ausgehend vom Kabinettsbeschuß vom 8. Dezember 1993 wird die Bundesregierung bis Ende März 1994 nach Gesprächen mit Industrie und Banken über deren Vorschlag zur Finanzierung

des Transrapid über die Durchführung des Projektes entscheiden.

23. Die Bundesregierung wird bis zum Herbst 1994 die Voraussetzungen für Finanzierung, Errichtung und Betrieb von Neubaustrecken von Bundesfernstraßen durch Private auf der Grundlage einer Gebührenfinanzierung schaffen und mit der Umsetzung konkreter Projekte beginnen.
24. Um die erheblichen Privatisierungspotentiale bei Ländern und Kommunen zu aktivieren, wird die Bundesregierung eine Novelle zum Haushaltsgrundsatzgesetz vorlegen, in der die Pflicht zur Suche nach privatwirtschaftlichen Lösungen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben verankert wird.
25. Die Bundesregierung wird unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Umwandlungsrechts verabschieden. Die Koalitionsfraktionen werden unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts (Mitbestimmung wie bei der GmbH mit einer Übergangsfrist für bestehende kleine AG's von fünf Jahren) als Initiativantrag im Deutschen Bundestag einbringen.
26. Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Rabattgesetzes verabschieden und die Zugabeverordnung aufheben.
27. Die Bundesregierung wird eine unabhängige Expertenkommission einsetzen, die in Anknüpfung an die Deregulierungsinitiativen in dieser Legislaturperiode bei Planungs- und Genehmigungsverfahren darüber hinausgehende Vorschläge entwickelt. Ziel ist es, angemessene Fristen für die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Bei geeigneten Vorhaben wird auf vorherige Genehmigung verzichtet und erst nachträglich geprüft. Grundsätzlich soll einer der beteiligten Behörden die Federführung des Genehmigungsverfahrens übertragen werden.
28. Der Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat im Hinblick auf Technikakzeptanz, die Verbesserung der Forschungsstruktur, den Abbau von Innovationshemmnissen, die Beschleunigung des Technologietransfers oder auf zukunftssträchtige Technologiefelder muß intensiviert werden.

f) Zusätzlicher Wohnraum

29. Noch in dieser Legislaturperiode wird das Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 verabschiedet. Mit einem Gesamtkonzept wird eine umfassende Reform des sozialen Wohnungsbaus angestrebt. Zu diesem Zweck wird die Einkommensorientierung der Wohnungsbauförderung auf der Basis einer begrenzten Grundförderung und einer am Mietereinkommen orientierten individuellen Zusatzförderung gegenüber der herkömmlichen objektbezogenen Förderung deutlich verstärkt. Durch diese grundlegende Neuorientierung der

Wohnungsbauförderung werden zugleich Mietverzerrungen verringert und Fehlbelegungen vermieden.

30. Die Bundesregierung wird die Standards im Wohnungsbau auf das sachlich notwendige Maß zurückführen. Sie hat hierzu eine unabhängige Expertenkommission zur Ermittlung weiterer Möglichkeiten der Kostensenkung und Verringerung der Vorschriften im Wohnungsbau eingesetzt.

II. Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

3. Die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland steht im Jahre 1994 vor großen Herausforderungen:

Priorität hat die Bekämpfung der sehr hohen und in diesem Jahr noch weiter wachsenden Arbeitslosigkeit.

Nachdem die *westdeutsche Wirtschaft* die Talsohle der Rezession allmählich verläßt, kommt es jetzt darauf an, die Kräfte zu stärken, die der Wirtschaft weiter Auftrieb geben.

In den *neuen Ländern* gilt es, Wiederaufbau und Modernisierung der durch vierzig Jahre Sozialismus und Planwirtschaft in einen katastrophalen Zustand geratenen Wirtschaft weiter zügig voranzutreiben.

In *ganz Deutschland* müssen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes und seiner Arbeitsplätze auf vielen Feldern bewahrt und gestärkt sowie strukturelle Schwächen entschieden angegangen werden, damit es zu einem lang anhaltenden stetigen Wachstum kommt, bei dem in ausreichender Zahl neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden (siehe auch Ziffer 257 JG). Mit ihrer Initiative zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland (Bundestagsdrucksache 12/5620) hat die Bundesregierung deutlich gemacht, welche Aufgaben hierzu vorrangig bewältigt werden müssen (vgl. Ziffer 20 ff). Entscheidend ist dabei, daß es überall zu einem Umdenken kommt, langjährige Gewohnheiten überprüft und Prioritäten neu gesetzt werden. Gefordert ist zukunftsorientiertes Denken, wie der Sachverständigenrat zu Recht unterstreicht (Ziffer 2 des Vorwortes zum JG).

4. Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland verlief 1993 sehr differenziert. Im *früheren Bundesgebiet*, wo die Wirtschaft im Laufe des Jahres 1992 zunehmend in eine Rezession geraten war, kam es zu Beginn des Jahres 1993 zu einem weiteren Einbruch. Hauptursache waren die sich nun schon über drei Jahre hinziehende Schwäche der Weltkonjunktur und der von hohen Kostensteigerungen im Inland ausgehende Druck auf die Unternehmenserträge. Hinzu kam, daß trotz gravierender Belastungen des öffentlichen Haushalts durch die Finanzierung der deutschen Einheit weithin nur geringe Bereitschaft bestand, andere Ansprüche an den Staat zurückzunehmen. In die gleiche Richtung wirkten die Widerstände anderer staatlicher Ebenen, dem Bund einen angemessenen Teil der einigungsbedingten Lasten abzunehmen,

und deren Bestrebungen, ihn statt dessen auf Steuererhöhungen zu verweisen.

Der im Jahresdurchschnitt 1993 zu verzeichnende Rückgang des Bruttoinlandsprodukts darf nicht den Blick dafür verstellen, daß die saisonbereinigte Entwicklung seit dem zweiten Vierteljahr wieder leicht aufwärts gerichtet ist. Die gesamtwirtschaftliche Leistung, die im ersten Quartal 1993 noch um 3,6 % niedriger als vor Jahresfrist gelegen hatte, hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes den vergleichbaren Vorjahresstand im letzten Vierteljahr nur knapp verfehlt (–0,7 %). Die Geschäftserwartungen in der Industrie haben sich im Laufe des letzten Jahres wieder beträchtlich verbessert. Auch haben Auftrags-eingänge und Produktion des Verarbeitenden Gewerbes wieder zugenommen. Die Exporte konnten in letzter Zeit ebenfalls wieder erkennbar ausgedehnt werden.

5. Die Überforderung der westdeutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren hatte erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In vielen Firmen wurde der Personalbestand einer kritischen Überprüfung unterzogen, zumal die Lohnstückkosten in den letzten Jahren kräftig gestiegen sind. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf Konjunkturschwankungen mit erheblicher Verzögerung reagieren. Zugleich hinterlassen aber auch die großen Anstrengungen tiefe Spuren, die die deutsche Wirtschaft derzeit unternimmt, um sich an die nationalen und weltweiten Strukturveränderungen anzupassen. Alles in allem hat die Zahl der Erwerbstätigen seit dem Frühjahr 1992 saisonbereinigt um ca. 830 000 abgenommen. Auf der anderen Seite hat sich die Zahl der Arbeitslosen um rd. 740 000 auf rd. 2,5 Mio. erhöht.

6. Die westdeutsche Preisentwicklung stand im Laufe des letzten Jahres zunehmend unter dämpfenden Einflüssen. Vor allem die fortgesetzte Schwäche der Weltkonjunktur und die verhaltene Nachfrage auf den heimischen Märkten führten zusammen mit dem Übergang zu einem moderateren Lohnanstieg zu einer Beruhigung. Sowohl die Einfuhrpreise als auch die inländischen Erzeugerpreise von Industrie und Landwirtschaft waren am Jahresende niedriger als ein Jahr zuvor. Auch auf der Verbraucherseite hat sich der Preisauftrieb abgeschwächt. Allerdings blieb der Anstieg der Wohnungsmieten unter dem Einfluß der hohen Nachfrage am Wohnungsmarkt, die insbesondere mit dem anhaltenden Zuzug nach Westdeutschland zusammenhängt, unverändert kräftig. Bei den Dienstleistungen gab es ebenfalls bis zuletzt deutliche Verteuerungen, wozu neben dem privaten Bereich auch der Anstieg kommunaler Gebühren beitrug. Alles in allem lag der Preisindex für die Lebenshaltung Ende 1993 um 3,7 % höher als ein Jahr zuvor.

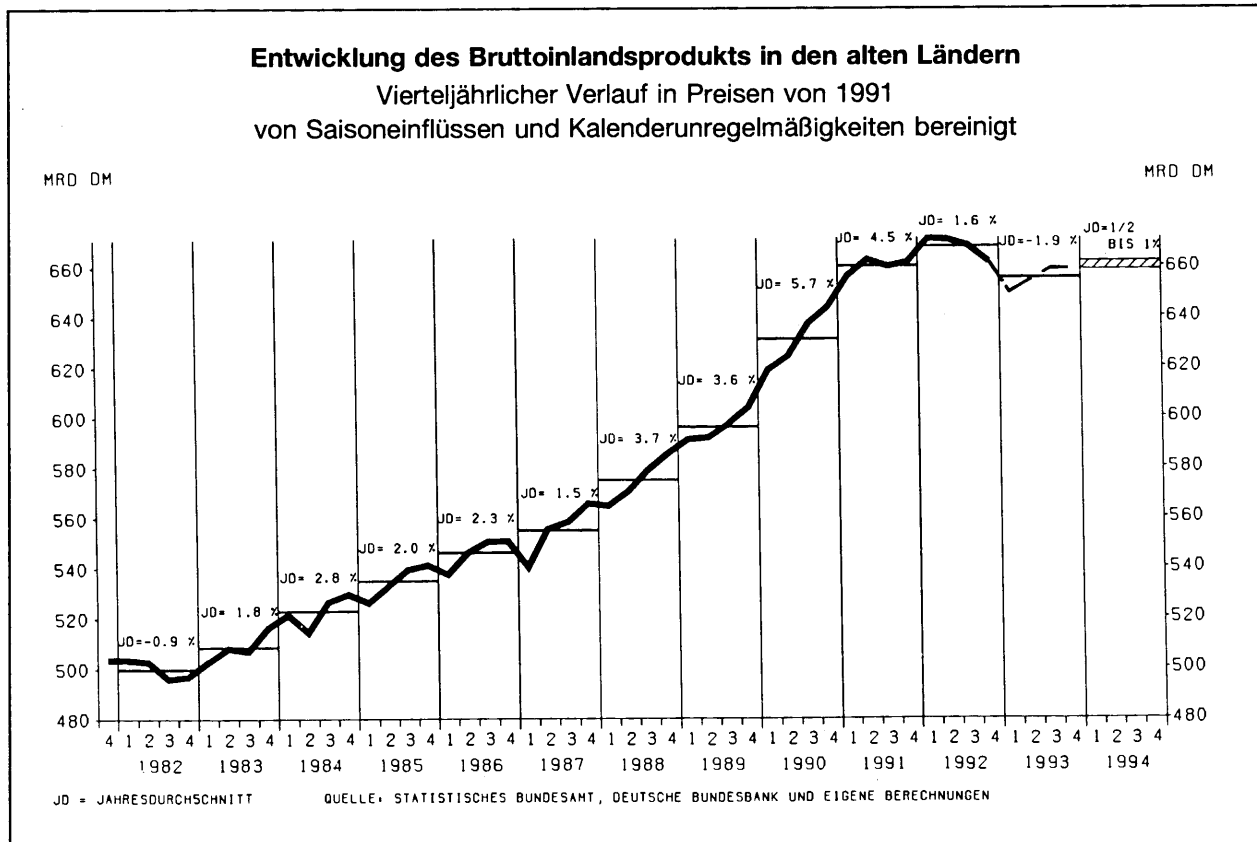
7. Die öffentlichen Haushalte — namentlich der des Bundes — sind in den letzten Jahren einer schweren Belastungsprobe unterzogen worden. Vor allem die mit der Wiedervereinigung Deutschlands entstandene gewaltige Aufgabe, die durch das kommunistische System zerrüttete Volkswirtschaft der neuen Länder wieder aufzubauen und nach und nach an westliche Verhältnisse heranzuführen, die erschreckenden Umweltschäden in Ostdeutschland so weit

wie möglich zu beseitigen sowie den tiefgreifenden Umstellungsprozeß in der Wirtschaft sozial abzufedern, erfordert öffentliche Finanzmittel von historischem Ausmaß. Insgesamt wurden bisher seit der Wiedervereinigung Deutschlands von der öffentlichen Hand (Bund, westdeutsche Länder und Gemeinden, Fonds „Deutsche Einheit“, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Vermögen, Sozialversicherung und Europäische Union) Mittel von über 360 Mrd. DM netto, d. h. nach Abzug staatlicher Einnahmen aus Ostdeutschland, für die neuen Länder aufgewendet. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik Deutschland den Reformprozeß in den Staaten des ehemaligen Ostblocks in erheblich stärkerem Maße als alle anderen westlichen Länder finanziell unterstützte. Zusätzlich hat die Konjunkturschwäche in Westdeutschland in erheblichem Umfang zur Höhe des Defizits im öffentlichen Gesamthaushalt beigetragen, so daß die Nettoneuverschuldung im Jahre 1993 rd. 5 % des Bruttoinlandsprodukts betragen haben dürfte. Auch in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist das staatliche Finanzierungsdefizit seit 1989 stark gewachsen. 1993 belief sich sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt nach ersten vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 3,4 %.

Um das Vertrauen von Bürgern und Wirtschaft in die Solidität der Staatsfinanzen zu festigen und das hohe Ansehen zu bewahren, das die D-Mark an den internationalen Finanzmärkten genießt, sind einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten unausweichlich geworden. Die Bundesregierung hat deshalb mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm und mit dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm hierzu erste erforderliche Schritte getan.

8. Bei der Beurteilung der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung in den letzten beiden Jahren ist zu beachten, daß ihr eine ungewöhnlich lange Zeit kräftigen Wirtschaftswachstums und erheblichen Wohlstandszuwachses vorausgegangen war:

- Von Ende 1982 bis zum Frühjahr 1992 hat das Bruttoinlandsprodukt preis- und saisonbereinigt um rd. 35 % zugenommen. Besonders bedeutsam war, daß dabei die Ausrüstungsinvestitionen, deren Ausmaß von entscheidender Bedeutung für Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist und die damit eine Schlüsselgröße für rentable Arbeitsplätze sind, um rd. 80 % ausgedehnt wurden. Sie erreichten 1991 den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.
- Mit dem lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwung war ein hoher Beschäftigungszuwachs verbunden. Insgesamt kam es vom Frühjahr 1983 bis zum Frühjahr 1992 zu einer Steigerung der Erwerbstätigenzahl um rd. 3¼ Mio., die damit den höchsten Stand der Nachkriegszeit erreichte.
- Die Zahl der Arbeitslosen konnte bis zum Frühjahr 1991 um rd. 600 000 abgebaut werden. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Nachfrage nach Arbeitsplätzen seit den frühen achtziger Jahren erheblich zugenommen hat. Ursachen dafür waren eine wachsende Erwerbsquote der Frauen sowie



die hohe Zuwanderung von Bürgern aus den neuen Ländern, von deutschstämmigen Aussiedlern aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa und von Asylsuchenden. Insgesamt lag die Zahl der Personen, die eine Berufstätigkeit ausüben wollen, Ende 1993 fast 2¾ Mio. höher als Ende 1982.

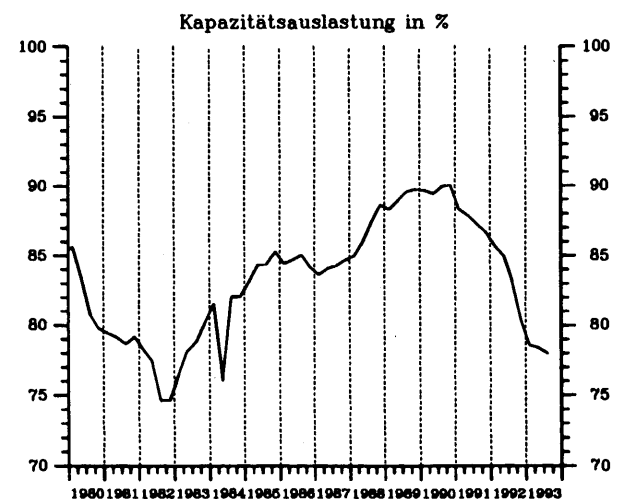
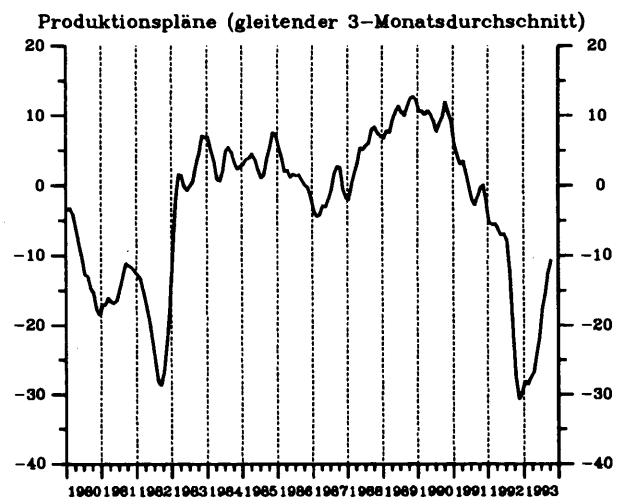
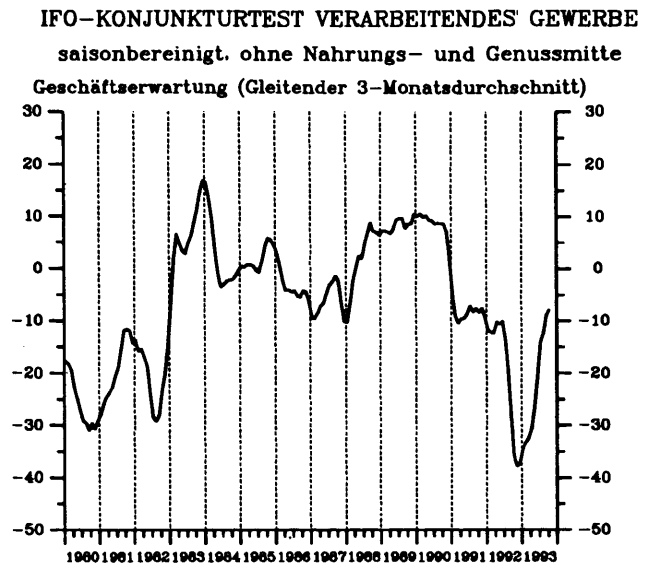
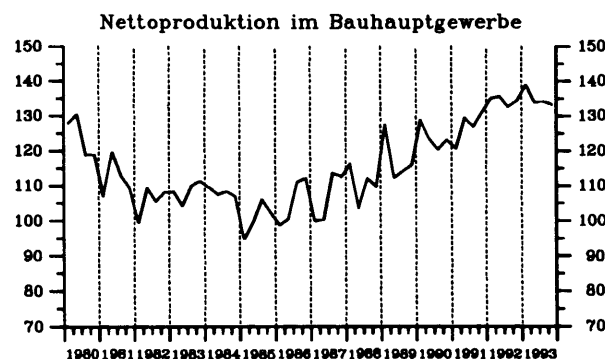
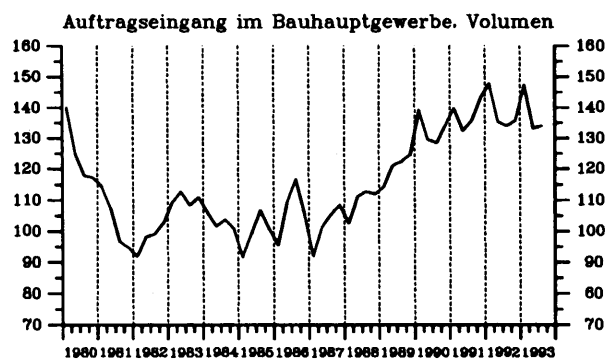
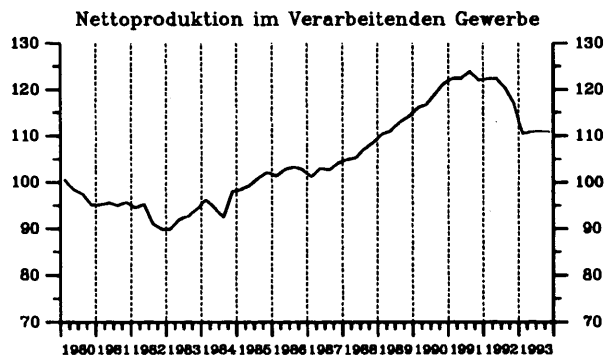
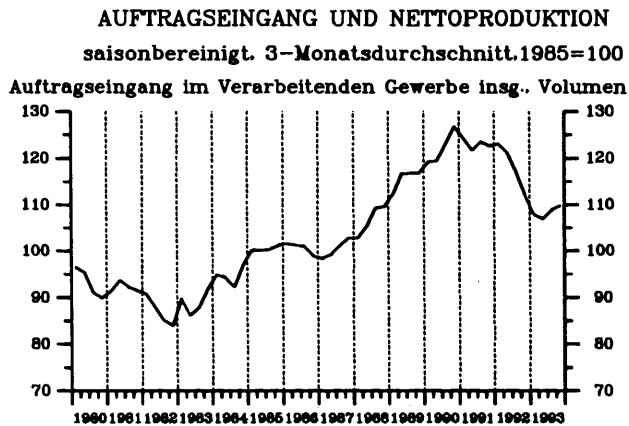
- Die Finanzpolitik hat ab Herbst 1982 einen konsequenten Konsolidierungskurs eingeschlagen. Durch strikte Begrenzung der Staatsausgaben war es gelungen, das Finanzierungsdefizit des Staates, das sich 1981 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts belief, bis 1989 vollständig abzubauen. Dieses Ergebnis ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil gleichzeitig mit der größten Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bürger und Unternehmen um über 50 Mrd. DM jährlich entlastet wurden. Diese beeindruckende Rückführung der staatlichen Neuverschuldung in den achtziger Jahren schuf überhaupt erst die Grundlage für die hohen finanziellen Unterstützungen, die heute in die neuen Länder fließen.
- Der Wohnungsbau hat nach einer Phase rückläufiger Fertigstellungszahlen seit 1989 wieder zur Stärkung der Konjunktur beigetragen. Die Baufertigstellungen sind gegenüber dem Stand von 1988 kontinuierlich auf mehr als 400 000 Wohnungen im Jahr 1993 gestiegen.

9. Die wirtschaftliche Entwicklung im *Osten Deutschlands* seit dem Zusammenbruch des SED-Regimes kann nur dann angemessen beurteilt werden, wenn dies vor dem Hintergrund des erschreckenden Erbes geschieht, das vierzig Jahre Mißachtung der Menschenrechte, staatlicher Bevormundung, ideologischer Verblendung und Unfähigkeit des kommunistischen Systems dort hinterlassen haben:

Die Infrastruktur — insbesondere die öffentlichen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, Verkehrswege und Kommunikationssysteme — waren über Jahrzehnte hin schwer vernachlässigt worden. Hinzu kam, daß die meisten Industriebetriebe technisch veraltet und in ihrer Substanz ungehört waren. Ihre Produktivität lag allgemein weit unter derjenigen westdeutscher Unternehmen. Zudem produzierten sie vielfach Güter, die unter den Bedingungen eines offenen Marktes aufgrund rückständiger Technik, unzureichender Qualität, zu hoher Produktionskosten oder unattraktiven Designs nicht mehr absetzbar waren. Außerdem befand sich der Wohnungsbestand größtenteils in einer desolaten Verfassung. Luft, Wasser und Boden sind über Jahrzehnte schwer geschädigt worden. Energie wurde in hohem Maße verschwendet. Es fehlten überdies die für eine moderne arbeitsteilige und leistungsfähige Wirtschaft erforderliche flexible und weitverzweigte Groß-, Außen- und Einzelhandelssystem, ein ausgebautes Banken- und Versicherungswesen sowie eine genügende Zahl von Mitgliedern Freier Berufe, ohne die eine moderne

Schaubild 2

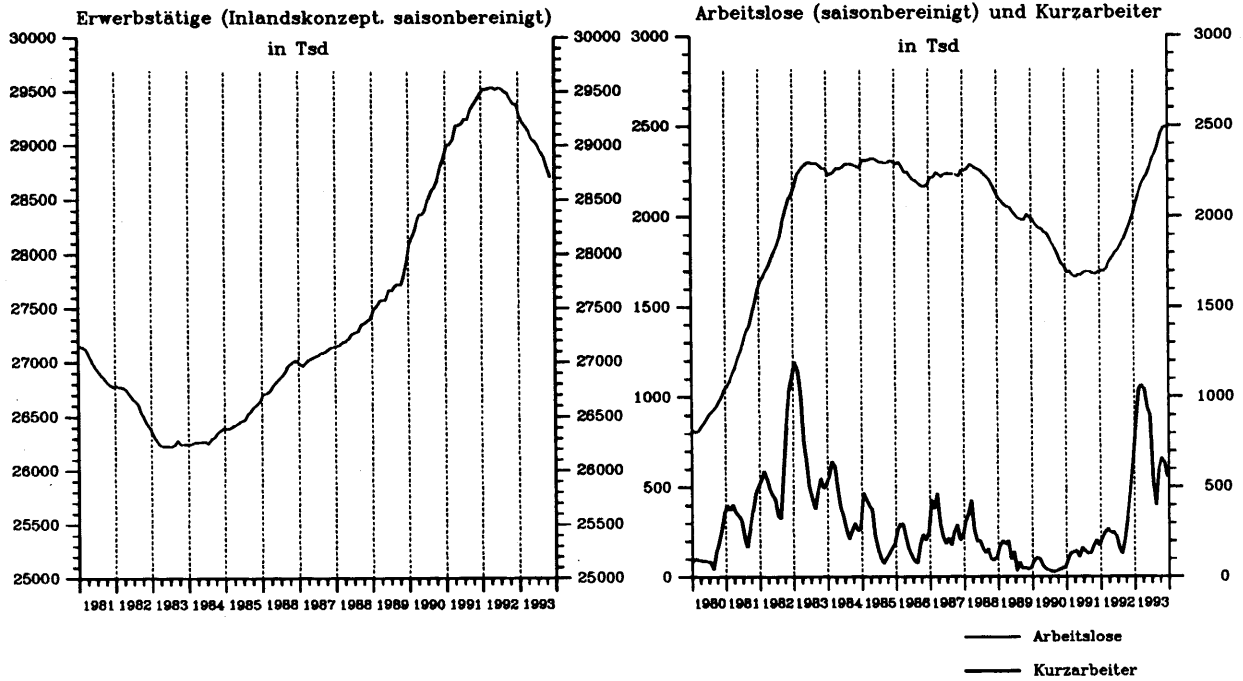
Konjunkturlage in den alten Ländern



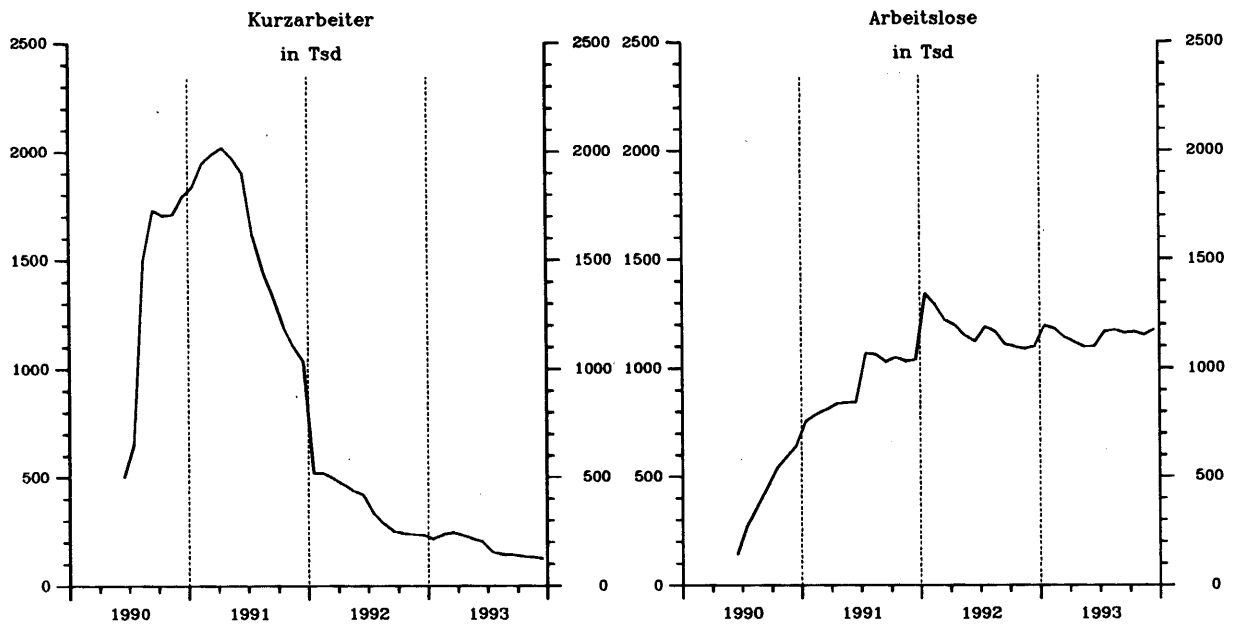
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, IFO Institut.

Arbeitsmarkt

Alte Länder



Neue Länder ¹⁾



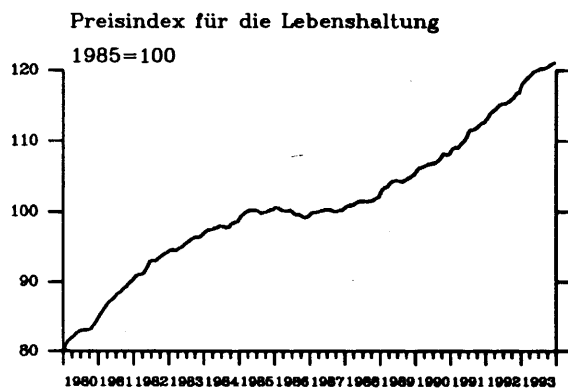
1) einschl. Berlin-Ost

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

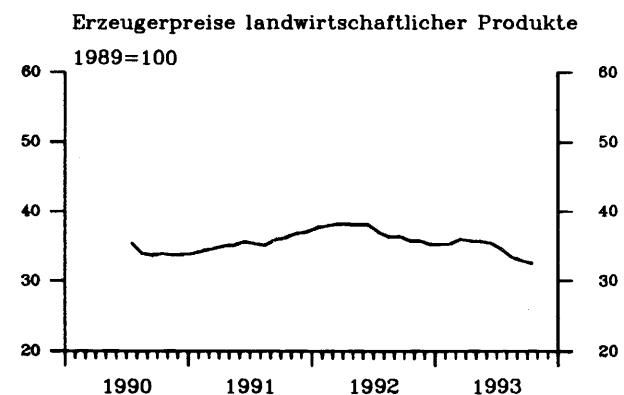
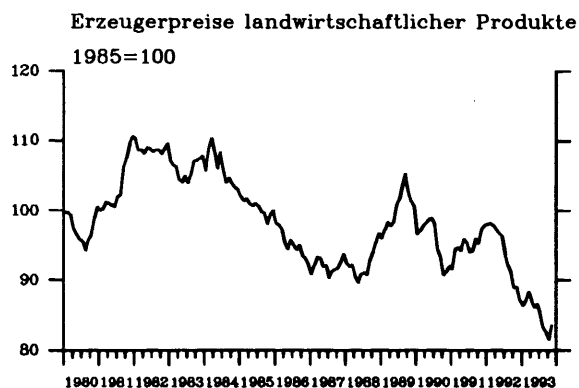
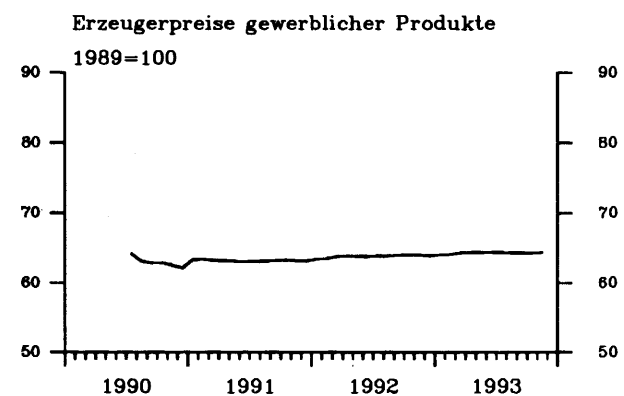
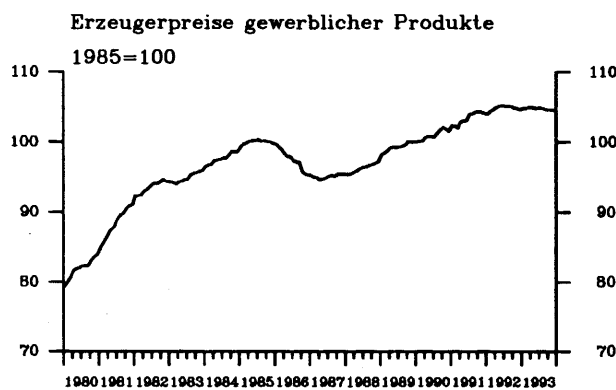
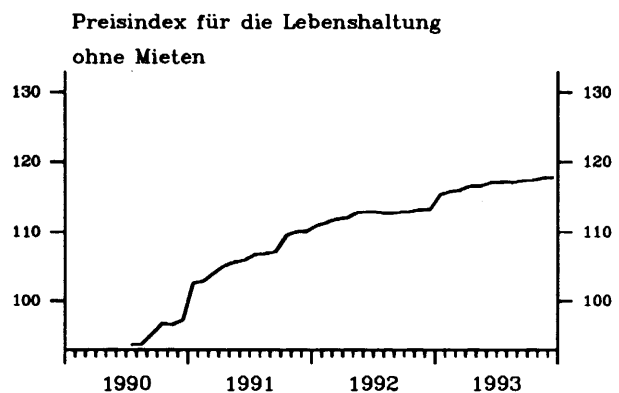
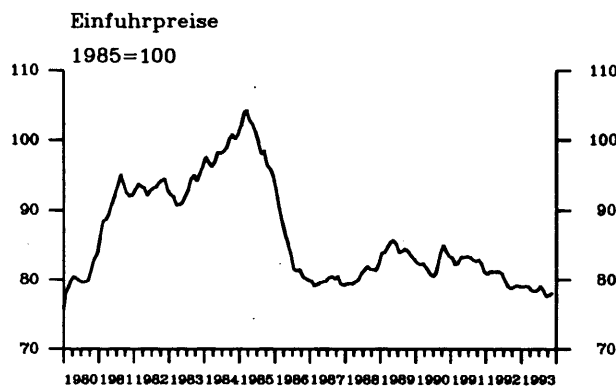
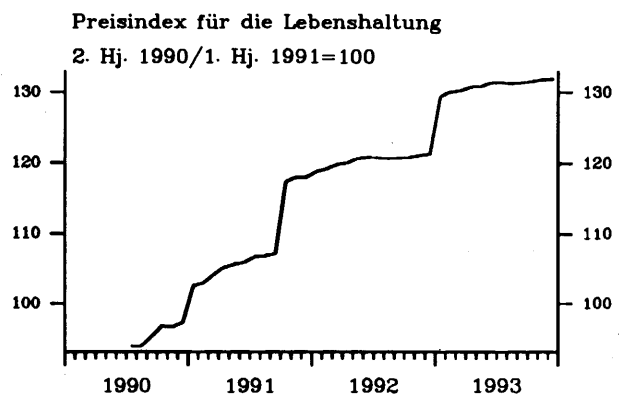
Schaubild 4

Preise

Alte Länder



Neue Länder



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaft nicht funktionieren kann. Besonders schwer wog, daß nach der langjährigen Unterdrückung und Gängelung durch den SED-Staat Privatinitiative, Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft sowie der Mut zur Übernahme unternehmerischer Risiken oft fehlten. Seit der Wiedervereinigung ist erst nach und nach deutlich geworden, daß das Ausmaß der beim Zusammenbruch des kommunistischen Systems zu verzeichnenden Schäden weitaus größer war, als befürchtet wurde. Der Weg zur Angleichung der Lebensverhältnisse ist daher länger und schwieriger, als zunächst angenommen werden konnte.

10. Die nach dem Fall der Mauer einsetzende Öffnung der jahrzehntelang vom internationalen Wettbewerb abgeschotteten ostdeutschen Märkte und der Übergang von der Kommando- zur Marktwirtschaft leiteten in den neuen Ländern eine tiefgreifende Umstellung ein. Schon bald zeigte sich, daß die meisten Betriebe dem für sie bis dahin ungewohnten Wettbewerb aus westlichen Industriestaaten nicht gewachsen waren. Hinzu kam, daß die Nachfrage der traditionellen osteuropäischen Handelspartner in den neuen Ländern drastisch zurückging und die Erschließung neuer Absatzmärkte wegen der weltweiten Konjunkturschwäche sich als äußerst schwierig erweist. Infolgedessen fiel die ostdeutsche Industrieproduktion im zweiten Halbjahr 1990 und zu Beginn des Jahres 1991 schlagartig zurück.

11. Die Umstellungsprobleme, die sich aus der Hinterlassenschaft des sozialistischen Systems ergaben, sind durch das Dilemma, in dem die einkommenspolitischen Entscheidungen standen, verschärft worden. Einerseits hatten sie die Preisanpassungsprozesse beim Übergang in die Marktwirtschaft zu ermöglichen, andererseits hätte die Lohnpolitik sich an der niedrigen Produktivität orientieren müssen. Während das gesamtwirtschaftliche Produktivitätsniveau in den neuen Ländern im Jahre 1993 um rd. ein Viertel höher lag als im 2. Halbjahr 1990, haben sich die Effektivlöhne mehr als verdoppelt. Die Lohnstückkosten sind mithin um rd. zwei Drittel gestiegen. Sie übertrafen damit das westdeutsche Niveau, das im internationalen Vergleich bereits vergleichsweise hoch ist, um rd. 44 % (siehe Anlage zum Jahreswirtschaftsbericht, Ziffer 9). Hinter solchen Durchschnittsangaben stehen freilich sehr unterschiedliche Verhältnisse zwischen den einzelnen Branchen und von Betrieb zu Betrieb; z. B. gibt es Betriebe mit annähernd gleicher Produktivität wie in Westdeutschland und solche, in denen die Leistungsfähigkeit noch wesentlich geringer ist, als es in den Durchschnittszahlen zum Ausdruck kommt. Insgesamt belastet das vielfach bestehende Mißverhältnis zwischen Löhnen und Produktivität die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, gefährdet vorhandene Arbeitsplätze und verhindert das Entstehen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten (vgl. Ziffern 285, 351 JG).

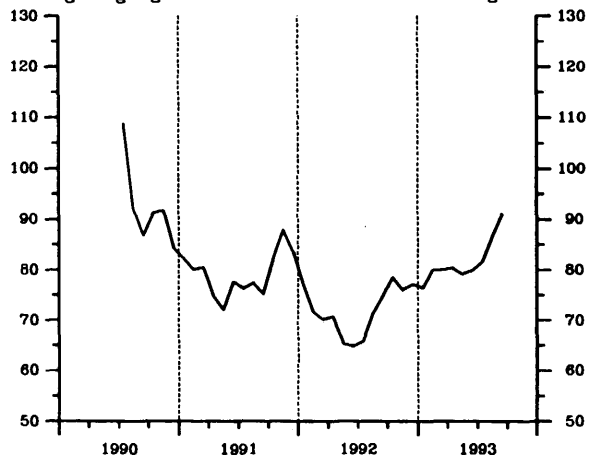
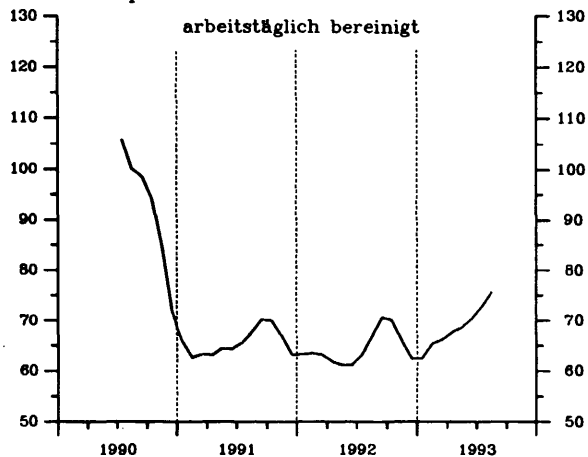
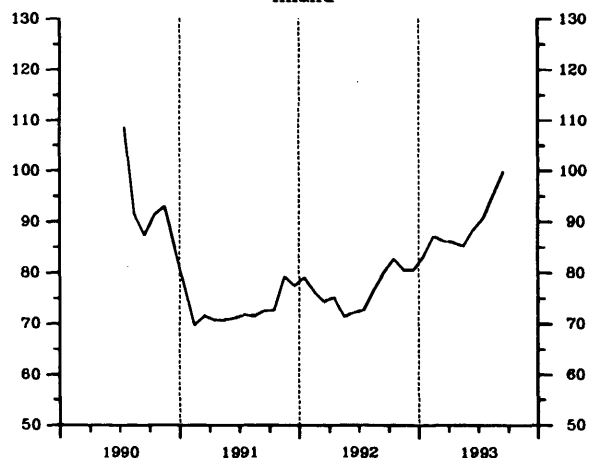
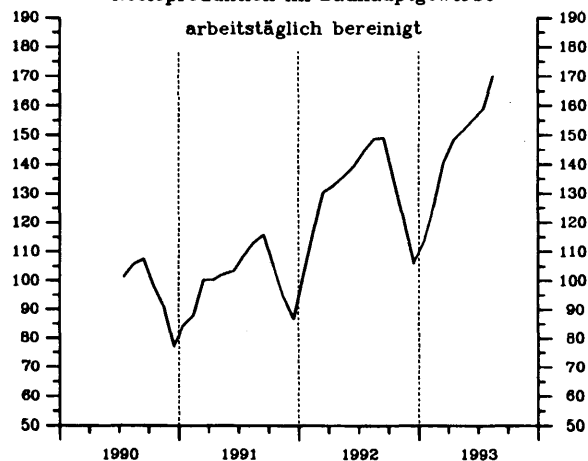
12. Trotz der tiefgreifenden Anpassungskrise entwickelt sich die ostdeutsche Volkswirtschaft allmählich zum Besseren. Begünstigt durch massive Unterstützungsmaßnahmen ist die Erneuerung der Infrastruktur sichtbar vorangekommen. Die Wirtschaft faßt zunehmend Tritt:

- Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur wurden zum Beispiel bereits rd. 5600 km Bundesfernstraßen instand gesetzt und 190 km Bundesfernstraßen einschließlich Ortsumgehungen neu- bzw. ausgebaut. Beim Schienennetz der Eisenbahn wurden rd. 3000 km der Kernstrecken saniert. Für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wurden seit Beginn der Arbeiten bis Ende 1993 rd. 6,9 Mrd. DM ausgegeben, davon 3,4 Mrd. DM im Jahre 1993. Das Telekommunikationssystem wurde zügig ausgebaut und in seinen Schlüsselbereichen auf den modernsten technischen Stand gebracht. Die Zahl der Telefonanschlüsse hat sich seit der Vereinigung mehr als verdoppelt und auf rd. 4 Mio. erhöht. In großer Zahl sind neue Gewerbegebiete entstanden. Der Aufbau einer modernen Umweltinfrastruktur wurde seit 1991 mit Fördermitteln und Krediten des Bundes in Höhe von ca. 7 Mrd. DM nachhaltig gefördert. Dadurch konnte die Errichtung und Sanierung von Anlagen zur Abwasserbeseitigung und Trinkwasserversorgung mit einem Investitionsvolumen von über 13 Mrd. DM realisiert bzw. in Angriff genommen werden.
- Gleichzeitig wurden im Unternehmensbereich in großem Umfang neue Anlagen errichtet sowie alte ersetzt oder modernisiert. Insgesamt sind hierfür seit 1991 nach Schätzungen des Ifo-Instituts mehr als 160 Mrd. DM aufgewendet worden. Die Zahl der ostdeutschen Investoren wächst. Private westdeutsche Investoren haben ihre Aktivitäten in den neuen Ländern erheblich ausgeweitet. Daneben haben sich viele Investoren aus dem Ausland engagiert.
- Die Fortschritte der Treuhandanstalt bei der Privatisierung übertreffen nach dem Urteil des Sachverständigenrates alle Erwartungen (Ziffer 277 JG). Ende 1993 wurden noch für 266 von ursprünglich 12246 Unternehmen Käufer gesucht. Mit der Privatisierung wurden rd. 1,5 Mio. Arbeitsplätze abgesichert und Investitionen von über 180 Mrd. DM vereinbart (vgl. Übersicht 4).
- Seit der Wiedervereinigung sind in großem Umfang Existenzgründungen erfolgt. Insgesamt wurden — unter Berücksichtigung der Abmeldungen — rund 600 000 Gewerbe neu angemeldet. Im Bereich der Freien Berufe haben sich viele Menschen selbständig gemacht.
- Bei mehr als einem Viertel des Wohnungsbestandes in den neuen Ländern sind seit der Wiedervereinigung Sanierungsmaßnahmen in Angriff genommen oder bereits abgeschlossen worden. Die Zahl der Baugenehmigungen hat sich 1993 mit voraussichtlich rd. 75 000 gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht.
- Die Einkommen der Arbeitnehmer sind in den letzten Jahren deutlich gewachsen, was allerdings auf der anderen Seite erhebliche Probleme für den Arbeitsmarkt mit sich bringt. Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten stiegen zwischen dem zweiten Halbjahr 1990 und dem zweiten Halbjahr 1993 um rund 120 %.

Schaubild 5

Konjunkturlage in den neuen Ländern ¹⁾

Ursprungswerte, gleitender 3-Monatsdurchschnitt, 2. Hj. 1990 = 100

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe insg. Volumen**Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe****Inland****Auftragseingang im Bauhauptgewerbe****Ausland****Nettoproduktion im Bauhauptgewerbe**

1) einschl. Berlin-Ost

Quelle: Statistisches Bundesamt

— Die Einführung der sozialen Sicherungssysteme für Altersversorgung, Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie die Beschäftigungsförderung, die Einführung der Kriegsopferversorgung und anderer Leistungen haben die soziale Sicherung der früheren Bundesrepublik auf die neuen Länder ausgedehnt (vgl. Ziffer 20 f). Am 30. Juni 1990 betrug die allgemeine Rente in der DDR 475 Mark. Seit der Währungsunion, bei der die Renten im Verhältnis 1 zu 1 umgestellt wurden, ist ihr Niveau — in mehreren Schritten — in beträchtlichem Ausmaß angehoben worden. Ab 1. Januar 1994 liegt die Rente eines Bürgers, der 45 Jahre gearbeitet und dabei ein durchschnittliches Einkommen erzielt hat, bei gut 1 400 DM. Sie hat sich damit seit Mitte 1990 um knapp 200 % erhöht. Real bedeutet dies eine Steigerung um mehr als 100 %.

— Mit einem erheblichen finanziellen Aufwand des Bundes in der Größenordnung von 5,5 Mrd. DM ist seit 1991 die Wiedernutzbarmachung maroder Industriebrachen für Neuindustriensiedlungen als Teil der Standortsicherungspolitik in Angriff genommen bzw. durchgeführt worden. Allein in diesem Bereich sind zur Zeit über § 249 h AFG einschließlich der Braunkohlesanierung 50 000 Menschen in der Umweltsanierung beschäftigt. Hinzu kommen Maßnahmen zur Altlastensanierung mit einem geschätzten Finanzvolumen von 16 Mrd. DM, davon allein 5,9 Mrd. DM für Großprojekte an Altstandorten, sowie weitere 1,5 Mrd. DM jährlich für die Sanierung der Braunkohlealtlasten.

Zur Flankierung der nach wie vor schwierigen Umstellungsphase setzt die Bundesregierung ein ganzes Bündel arbeitsmarktpolitischer Instrumente ein. 1993 befanden sich im Jahresdurchschnitt rd. 1,6 Mio. Personen in Arbeitsbeschaffungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen bzw. bezogen Altersübergangs-, Vorruhestands- oder Kurzarbeitergeld.

Das Bruttoinlandsprodukt, der umfassendste Ausdruck für die Leistung einer Volkswirtschaft, nimmt — nach einem starken Rückgang in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 und Anfang 1991 — wieder spürbar zu. Im Jahre 1992 wurde das entsprechende Vorjahresniveau real um 9,7 % und im Jahre 1993 um 6,3 % überschritten. Besonders erfreulich ist, daß dabei die Investitionstätigkeit weit überdurchschnittlich gestiegen ist. Insgesamt lagen die Investitionen je Kopf der Bevölkerung 1993 leicht über dem Niveau in Westdeutschland.

Unter dem Einfluß der umfangreichen staatlichen Fördermaßnahmen entwickelte sich vor allem das Baugewerbe rasch zu einem Motor der wirtschaftlichen Erneuerung. Aber auch in zahlreichen anderen Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft — so im Handel und in vielen Dienstleistungszweigen — verbessert sich die wirtschaftliche Situation deutlich. Die Erzeugung des Verarbeitenden Gewerbes erholt sich inzwischen ebenfalls.

13. Nach einem gewaltigen Umbruch, der dazu führte, daß die ausgewiesene Zahl der Erwerbstätigen vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1993 um mehr als 3,5 Millionen zurückgegangen ist, sind mittlerweile Stabilisierungstendenzen am Arbeitsmarkt unverkennbar. Im abgelaufenen Jahr nahm die Erwerbstätigkeit nur noch vergleichsweise wenig ab. Weiteren Beschäftigungseinbußen auf der einen Seite standen als Folge des Neuaufbaus in wachsendem Umfang Stellenausweitungen auf der anderen gegenüber. Die Zahl der Arbeitslosen war Ende 1993 mit 1,175 Mio. nur um 74 000 höher als zur gleichen Vorjahreszeit, obwohl rd. 370 000 Personen weniger mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert wurden.

14. Die Ablösung der umfassenden staatlichen Preisreglementierung aus der Zeit des Sozialismus durch das System freier Preisbildung am Markt führte nicht zu dem gelegentlich befürchteten Inflationsschub. Der Anstieg des ostdeutschen Preisindex für die Lebenshaltung seit Mitte 1990, der sich insgesamt auf rd. 40 % belief, ist vielmehr zum größeren Teil das Ergebnis notwendiger Preisentzerrungen nach dem Ende der Planwirtschaft. Diese sind inzwischen überwiegend abgeschlossen. Insbesondere muß die kräftige Erhöhung des Mietenniveaus vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß die Mieten in der früheren DDR bis zuletzt auf dem extrem niedrigen Niveau von vor dem Zweiten Weltkrieg eingefroren waren. Sie deckten damit nicht einmal die dringendsten laufenden Erhaltungsaufwendungen, was entscheidend zu dem erschreckenden Verfall der Bausubstanz beigetragen hatte. Die Kaltmieten in den neuen Ländern liegen noch immer wesentlich niedriger als im Westen. Soweit die Mietsteigerungen die Leistungsfähigkeit der Mieter übersteigen, werden sie durch die Zahlung von Wohngeld aufgefangen, ohne daß sich dies statistisch in einem entsprechend geringeren Anstieg des Verbraucherpreisniveaus niederschlägt. Klammert man diese besondere Entwicklung bei den Mieten aus, so ist der Preisindex für die Lebenshaltung in den letzten zwölf Monaten nur um 3,8 %, d. h. kaum stärker als in Westdeutschland, gestiegen.

15. In der Leistungsbilanz der *Bundesrepublik Deutschland* vollzog sich im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ein spektakulärer Umschwung. Wurde im Jahre 1989 für das frühere Bundesgebiet noch ein Rekordüberschuß von 108 Mrd. DM verzeichnet, so dürfte sich 1993 — wie schon im Vorjahr — ein gesamtdeutsches Defizit von rd. 40 Mrd. DM ergeben haben. Neben der lang anhaltenden Schwäche der Weltkonjunktur trug dazu auch das Ergebnis einer — zumindest vorübergehenden — Umorientierung vieler Unternehmen auf den neuen ostdeutschen Markt bei. Außerdem sind die Einfuhren heute wesentlich höher als Ende der achtziger Jahre, weil die Güternachfrage in Ostdeutschland sich neben westdeutschen Erzeugnissen in wesentlich größerem Umfang auch auf Importe richtet. Seit Mitte 1993 haben sich die Exporte wieder belebt; die Entwicklung der Auslandsbestellungen deutet darauf hin, daß von dieser Seite weitere Wachstumsimpulse zu erwarten sind.

III. Wettbewerbs-, Innovations- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern

16. Die Erfahrungen zwischen 1982 und 1992 zeigen, daß eine entschlossene und zukunftsweisende Weichenstellung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik schon innerhalb weniger Jahre zur Überwindung einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und zu einem lang anhaltenden, dynamischen und beschäftigungsfördernden Wachstum führen kann.

Unternehmen, Bürger und Politik stehen heute erneut vor schwierigen Anpassungsaufgaben, die grundlegende Neuorientierungen in Wirtschaft und Gesellschaft verlangen. Dies ist das Ergebnis der weltweiten Rezession, fundamentaler Veränderungen im internationalen Wettbewerbsgefüge und des strukturellen Umbruchs im Innern, der nicht allein in der Wiederherstellung der deutschen Einheit seine Ursache hat. Gefordert ist eine neue Beweglichkeit, die ein wesentlicher Bestandteil des Erfolges beim Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Hinzu kommt die Notwendigkeit, die Diskussion darüber zu führen, welche Folgerungen sich aus den sich abzeichnenden Veränderungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeldes für die sozialen Sicherungssysteme ergeben und wie Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen.

17. Die weltwirtschaftliche Verflechtung, die mit der starken Ausweitung der grenzüberschreitenden Handels- und Investitionsströme erheblich zunahm und in Westeuropa durch den EG-Binnenmarkt besondere Dynamik erfuhr, hat mit der Öffnung der Länder Mittel- und Osteuropas eine neue Dimension erhalten. Hieraus ergeben sich nachhaltige Wirkungen und Anpassungsnotwendigkeiten für die Unternehmen und den Standort Deutschland. Einerseits dürfen die Chancen, die sich aus diesen Entwicklungen für die deutsche Wirtschaft ergeben, nicht verpaßt werden. Andererseits trägt die Integration der Reformländer Mittel- und Osteuropas, die mit sehr niedrigen Kosten produzieren, zu einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs bei, dem es sich zu stellen gilt.

Kurzfristig sogar noch gewichtigere Wirkungen ergeben sich aus der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern, die zunehmend mit einem Angebot technisch hochwertiger Produkte auf den Weltmarkt drängen und direkt in Konkurrenz zu den westlichen Industrieländern treten. Zu Recht verweist allerdings der Sachverständigenrat auch auf die Chancen, die sich aus der Dynamik dieser Wachstumsregionen für die Erschließung neuer Märkte ergeben (Ziffer 255 JG).

18. Neben den durch diese Veränderungen bedingten Anforderungen zwingen auch interne Entwicklungen in Deutschland zum Umdenken. Zehn Jahre ununterbrochenen, meist kräftigen Wachstums haben den notwendigen, aber oft als unbequem empfundenen strukturellen Wandel verzögert. Eine auf strukturelle Erneuerung des Standortes Deutschland zie-

lende Politik muß deshalb an folgenden Problemfeldern ansetzen:

- dem übermäßigen Zuwachs an Produktionskosten, der daraus resultiert, daß die Lohnpolitik in den letzten Jahren weder in West- noch in Ostdeutschland an der Produktivität orientiert war, und daß die Personalzusatzkosten weiter kräftig gestiegen sind; hinzu kommt die hohe Steuerbelastung von Bürgern und Unternehmen, so daß die Abgabenquote insgesamt 1993 fast 44 % des Bruttoinlandsproduktes erreicht hat;
- den Beeinträchtigungen, die sich für die gesamte Gesellschaft, insbesondere für unternehmerisches Handeln und für die selbstverantwortliche Eigeninitiative aus einem Übermaß an staatlicher Regulierung ergeben; die Kostenbelastungen und Beschäftigungshindernisse, die namentlich mit wettbewerbshemmenden Vorschriften, Inflexibilitäten des Arbeitsmarktes und zu starren ordnungsrechtlichen Regelungen im Umweltschutz einhergehen, lassen sich nur selten in Geld ausdrücken, sind aber oft hoch;
- den zunehmenden Ansprüchen der Bürger an den Staat auf der einen Seite und andererseits Verdrängung privater Initiative durch die Übernahme von zu vielen Aufgaben durch die öffentliche Hand; mit einer Ausgabenquote von rund 51 % im Jahre 1993 gehört Deutschland zu den Ländern mit der höchsten Staatsquote im internationalen Vergleich; vor allem in Ländern und Gemeinden werden vielfältige Aufgaben in öffentlicher Regie erfüllt, die ebenso gut oder besser von Privaten erledigt werden können; mit Subventionen werden häufig falsche Anreize für die Wirtschaft gesetzt;
- dem drohenden Verlust der technologischen Spitzenposition, den deutsche Unternehmen im weltweiten Technologiewettbewerb auf vielen Feldern einnehmen; vor allem bei der raschen Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in innovative Verfahren und Produkte sind die Unternehmen — nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer unzureichenden Technikakzeptanz in Gesellschaft, Politik und Verwaltung — ihrer ureigenen Verantwortung nur noch unzureichend nachgekommen;
- den Versäumnissen vieler Unternehmen, in der vergangenen 10jährigen Wachstumsphase neue Märkte zu erschließen, ihre Produktivität durch organisatorische Maßnahmen zu erhöhen sowie Möglichkeiten zur Rationalisierung und Umschulung der Arbeitskräfte zu nutzen;
- den Schwächen des deutschen Bildungssystems, das einer grundlegenden Strukturreform bedarf, damit es zu mehr Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft für wirtschaftliche und technische Zusammenhänge führt und den steigenden Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft nach hochqualifizierten Fachkräften und Leistungseliten gerecht wird; insbesondere geht es um kürzere Ausbildungszeiten, um eine bessere Abstimmung von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem im

Hinblick auf den ungebrochenen Trend zu akademischen Abschlüssen zu Lasten der dualen Ausbildung und um eine Reform der Hochschulausbildung.

19. Auch der größten Herausforderung, vor der die Gesellschaft — nicht nur in Deutschland — derzeit und in absehbarer Zukunft steht, nämlich der hohen Arbeitslosigkeit, liegen sowohl außen- als auch binnenwirtschaftliche Ursachen zugrunde. Ein von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus wachsender Sockel an Arbeitslosigkeit erscheint vielen inzwischen fast wie ein Naturgesetz. Dementsprechend resignativ sind einige Therapievorschläge, insbesondere diejenigen, die auf Umverteilung der vermeintlich nicht oder nicht wesentlich vermehrbaren Arbeit abzielen und die Bedeutung von Arbeitskosten für die Beschäftigung unterschätzen. Diese Sichtweise ist falsch. Tatsächlich sind stagnierende oder abnehmende Beschäftigung und zunehmende Sockelarbeitslosigkeit keine Zwangsläufigkeit, sondern Anlaß, sich auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen und so die Bedingungen für mehr Beschäftigung am Standort Deutschland zu verbessern.

Der hohe Zuwachs an Arbeitsplätzen in den achtziger Jahren belegt, daß Stagnation des Arbeitsvolumens und ständig wachsende Arbeitslosigkeit kein unaus-

weichliches Schicksal moderner Industriegesellschaften sind. Das Fundament für den starken Anstieg der Beschäftigung wurde durch eine die Angebotsbedingungen der Wirtschaft verbessernde Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie durch eine zurückhaltende Lohnpolitik gelegt. Diese sind auch heute erforderlich; denn wesentliche Hindernisse für mehr Wachstum und Beschäftigung liegen in unzureichenden Innovationen und Investitionen sowie in überhöhten Kosten am Standort Deutschland. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß sich an manchen anderen Standorten die Produktionsmöglichkeiten heute günstiger darstellen als in der vergangenen Dekade.

20. Die Bundesregierung hat mit ihrem Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland aufgezeigt, welche Maßnahmen heute zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konkret in Angriff genommen werden müssen. (Einen Überblick über die bereits umgesetzten Maßnahmen gibt Übersicht 1.) Im Kern geht es um folgendes:

— Die entschlossene Fortsetzung des Spar- und Konsolidierungskurses zur dringlichen Rückführung der Staats- und Abgabenquote, um so das Vertrauen von Investoren, Verbrauchern und der internationalen Finanzwelt zu stärken.

Übersicht 1

Wichtige bereits abgeschlossene Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland

- **Föderales Konsolidierungsprogramm** zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 1995 und zur Gewährleistung einer ausreichenden Finanzausstattung der neuen Länder
- **Standortsicherungsgesetz** zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für in- und ausländische Investoren
- **Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm** zur Stärkung der Wachstumskräfte der Wirtschaft durch mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen und zusätzliche wachstumsbelebende Maßnahmen
- **Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz** zur Erleichterung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Baubereich
- **Altschuldenhilfegesetz** zur Förderung der Modernisierung, Instandsetzung und Privatisierung von Wohnungen in den neuen Bundesländern
- **Novellierung des Gentechnikgesetzes** zur Verkürzung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für gentechnische Arbeiten und Anlagen
- **Bahnreform** zur Umgestaltung der Bahn in ein modernes, am Markt orientiertes, mittelfristig rentables Verkehrssystem unter unternehmerischer Führung
- **Planungsvereinfachungsgesetz** zur Verkürzung der Planungszeiten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur
- **Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz** zur Vereinfachung der Grundbuch- und Handelsregisterverfahren
- Verbreiterung unternehmerischer Betätigungsmöglichkeiten im Handwerk durch **Novellierung der Handwerksordnung**
- **Asienkonzept** der Bundesregierung zur Stärkung der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit Asien bzw. der Pazifik-Region
- Erfolgreicher Abschluß der **Uruguay-Runde des GATT**

- Mit der Vorlage des steuerpolitischen Gesamtkonzeptes für die nächste Legislaturperiode muß Unternehmen und Beschäftigten die Sicherheit gegeben werden, daß Leistungswille in Deutschland nicht durch überhöhte Steuern bestraft wird.
 - Die Beseitigung von Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt sowie eine differenzierte und kreative Tarifpolitik müssen es ermöglichen, bislang ungenutzte Beschäftigungschancen auszuschöpfen und die Flexibilität zu steigern.
 - Deregulierung darf nicht zu einem leeren Schlagwort werden. Die bisherigen Vereinfachungen im Bereich der Planungs- und Genehmigungsverfahren können nur der Einstieg in eine umfassende Entrümpelung des gesetzlichen Regelwerkes mit dem Ziel sein, Bevormundung des Bürgers, die Leistungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten beeinträchtigt, abzubauen.
 - Überzogener staatlicher Einfluß muß durch konsequente Fortsetzung der Privatisierungspolitik zurückgeführt werden. Dies gilt nicht nur für Post und Bahn, wo die konkrete Umsetzung der beschlossenen Grundlinien ansteht, sondern z. B. auch für staatlichen Beteiligungsbesitz, insbesondere bei Verkehrsunternehmen wie Häfen und Flughäfen, bei Liegenschaften sowie kommunalen Versorgungseinrichtungen.
 - Um die deutsche Position in der Spitze der Hochtechnologieländer zu sichern, muß die Wirtschaft wieder zu einer größeren Innovationsdynamik zurückfinden. Wesentlich ist die Verbesserung der Technikakzeptanz in der Gesellschaft durch sachliche Information und Aufklärung über Chancen und Gefahren des technischen Fortschritts, mehr Risikobereitschaft der Unternehmen sowie ein Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat, ohne freilich die jeweilige Verantwortung zu verwischen.
 - Der soziale Wohnungsbau wird durch einen einkommensorientierten Umbau des traditionellen Fördersystems sozialer und marktgerechter gestaltet.
 - Umweltschutzziele müssen durch eine effiziente Kombination von Ordnungsrecht und marktwirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden. Bei wichtigen Umweltschutzmaßnahmen strebt die Bundesregierung eine internationale Abstimmung an, um der Gefahr zu begegnen, daß notwendige nationale Maßnahmen zu Standortverlagerungen von umweltbelastenden Produktionen in andere Staaten beitragen.
 - Die Einigung Europas muß nach Vollendung des Binnenmarktes und dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht im Sinne einer weltoffenen Gemeinschaft und einer immer engeren wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit fortentwickelt werden. Die Europäische Union muß rasch die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten zum Abschluß bringen und darüber hinaus die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas an die Union heranführen.
 - Nach dem erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen geht es jetzt darum, durch zügige Umsetzung der Ergebnisse den freien Welthandel zu sichern und zu erweitern.
- 21.** Zu dem von der Bundesregierung zur Verbesserung der Qualität des Standortes Deutschlands dargelegten Konzept gibt es keine tragfähige Alternative. Die Politik zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur Korrektur von strukturellen Fehlentwicklungen muß an einer Vielzahl von Problemen ansetzen und entsprechend viele Widerstände seitens der Vertreter von Partikularinteressen überwinden. Sie braucht einen langen Atem und steht im Kontrast zu Vorschlägen, die durch geld- und finanzpolitischen Aktionismus eine kurzfristige Lageverbesserung versprechen und damit leichter durchsetzbar erscheinen. Gesetzt wird bei diesen Vorschlägen auf die rasche Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch Verzicht auf Konsolidierung öffentlicher Haushalte sowie durch übersteigerte Lohnerhöhungen. Zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf dem Weltmarkt wird zudem häufig eine gezielte Abwertung der D-Mark durch forcierte Zinssenkungen der Deutschen Bundesbank vorgeschlagen.
- Die Bundesregierung lehnt derartige Vorschläge ab. Alle Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß Aktionen, die zur Vermeidung von Widerständen oder mit dem Ziel kurzfristiger Konjunkturreffekte ausufernde Defizite, höhere Abgaben sowie Inflation in Kauf nehmen, strukturelle Probleme vermehren, statt sie zu lösen und nur zu konjunkturellen Strohfeuern führen. Der Sachverständigenrat unterstreicht, daß die Möglichkeiten herkömmlicher Nachfragepolitik ausgeschöpft sind. Der Versuch, das geld- und finanzpolitische Instrumentarium noch intensiver dafür einzusetzen, wäre kontraproduktiv (Ziffer 257 JG).
- 22.** Die Strategie für eine dauerhafte Stärkung der Wachstums- und Beschäftigungsdynamik ist zugleich der richtige Weg zum Wirtschaftsaufschwung. Sie ist gerade auch im Hinblick auf die Integration der neuen Länder unverzichtbar. Mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Westdeutschland dürften die Investitionen in Ostdeutschland weiter zunehmen. Dies ist die wesentliche Voraussetzung dafür, daß ein sich selbst tragender Aufschwung in den neuen Ländern erreicht wird und sie wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen können. Wie auch der Sachverständigenrat betont (Ziffer 254 JG), sind Wachstum im Westen und Aufbau im Osten nicht voneinander unabhängig. Gemeinsam werden sie die künftige Position Deutschlands in der Weltwirtschaft bestimmen.
- Die Bundesregierung verfolgt zum Aufbau der *neuen Länder* eine klare Konzeption:
- Im Zentrum steht die Förderung von Investitionen, um neue, sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Neben privaten Investitionen zielen die Anstrengungen auf die Gründung selbständiger Existenzen und die Schaffung eines effektiven Mittelstandes. Bestätigt wird diese Politik der Bundesregierung durch die — trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes — anhaltend starke Investitionsdynamik.

mik. Die Investitionsförderung auf hohem Niveau bleibt derzeit unverzichtbar.

- Als Voraussetzung für das investive Engagement der Unternehmen und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse wird der Wiederaufbau und Ausbau der Infrastruktur weiter vorangetrieben. Die Anstrengungen konzentrieren sich auf die öffentliche Infrastruktur bei Bahn, Straßen und Telekommunikation, die Förderung der Forschung, von Ausbildung und Bildungseinrichtungen sowie den Abbau der Umweltbelastungen.
- Die Fortsetzung der Privatisierung der ehemals staatseigenen Unternehmen, wobei möglichst viele Arbeitsplätze erhalten werden. Sanierungsfähige Unternehmen werden saniert. Für die Treuhandanstalt wird eine effektive Nachfolgeorganisation geschaffen.

Die wachstumsorientierte Politik der Bundesregierung, zu der es auch nach Auffassung des Sachverständigenrates keine Alternative gibt (Ziffer 275 JG), wird ergänzt durch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen, den Abbau von Investitionshemmnissen und die Stützung des Absatzes von ostdeutschen Produkten.

23. Jetzt kommt es darauf an, die im Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland vorgesehenen Maßnahmen energisch umzusetzen. Mit der Entscheidung über das Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung hat die Bundesregierung hierzu einen weiteren großen Schritt getan (vgl. Ziffer 1 f.). Sie wird in Gesprächsrunden mit anderen Verantwortlichen sowie in einer breiten öffentlichen Diskussion weiterhin für die notwendigen Schritte werben und die erforderlichen Gesetzesinitiativen einbringen. Im April 1994 wird sie einen Fortschrittsbericht zum Stand der Umsetzung vorlegen. Gefordert sind alle staatlichen Ebenen, die Tarifpartner, die Unternehmen, viele gesellschaftliche Gruppen und jeder einzelne Bürger. Standortsicherung fängt in den Köpfen der Menschen an. Notwendig ist ein Wandel im Denken.

24. Auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel in Tokio wurde vereinbart, im Frühjahr eine Beschäftigungskonferenz der Gipfelländer in den USA einzuberufen. Ziel der Konferenz wird es sein, die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit zu untersuchen sowie Lösungen für die Überwindung der Beschäftigungsprobleme, insbesondere auch der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, zu entwickeln.

B. Mit einem attraktiven Wirtschaftsstandort für mehr Investitionen und Arbeitsplätze sorgen

I. Wachstum auf der Grundlage von Geldwertstabilität erreichen

25. Mit Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß eine durchgreifende und nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungslage nicht kurzfristig als Ergebnis einer konjunkturellen Erholung zu erwarten ist, sondern konsequentes Festhalten an einer langfristig orientierten Politik erfordert, die die Voraussetzungen für Wachstum verbessert (Ziffern 265 und 365 JG). Dabei ist es nicht mit punktuellen Maßnahmen getan, die womöglich nur auf die Erfordernisse des Tages abgestellt sind. Gefordert ist zukunftsgerichtetes Denken (Ziffer 2 des Vorwortes JG).

(1) Öffentliche Finanzen entschlossen konsolidieren

26. Die Finanzpolitik steht vor großen Herausforderungen. Der Aufbau der neuen Länder wird noch auf Jahre hinaus erhebliche finanzielle Anstrengungen erfordern. Hinzu kommen die Haushaltsbelastungen durch die konjunkturbedingten Steuerausfälle und die hohen Kosten gestiegener Arbeitslosigkeit. Kurzfristig war die Hinnahme der damit verbundenen Haushaltsdefizite zwar gerechtfertigt; auf Dauer sind sie jedoch in diesem Umfang nicht tragbar, weil dadurch das Vertrauen der Investoren und Konsumenten geschwächt und die Beschäftigung gefährdet werden. Deshalb ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wachstums-, beschäftigungs- und einigungspolitisch dringend geboten. Wie alle wirtschaftspolitisch bedeutsamen internationalen Organisationen und die Mehrheit der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute unterstreicht auch der Sachverständigenrat, daß auf Konsolidierung selbst in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums nicht verzichtet werden sollte, weil die angewachsene Staatsverschuldung zu einem Wachstums- und Beschäftigungshemmnis werden könnte (Ziffern 292 f. JG). Wesentliche Bedingung für die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ist es, die Befürchtung zu zerstreuen, daß das Anwachsen der öffentlichen Defizite über kurz oder lang zu weiteren Steuerlasten führt. Die nötige Perspektive für eine mittelfristige Minderung der Abgabenbelastung wird nur zu gewinnen sein, wenn sich die Finanzpolitik auf allen föderalen Ebenen jetzt zu Sparsamkeit und Ausgabendisziplin entschlossen zeigt (Ziffer 257 JG).

27. Mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm (FKP) wird der bundesstaatliche Finanzausgleich ab 1995 neu gestaltet. Durch Transfers und Entlastungen zugunsten der neuen Länder und Gemeinden in Höhe von jährlich rd. 57 Mrd. DM erhält der wirtschaftliche Aufholprozeß in Ostdeutschland einen verlässlichen Finanzrahmen. Dies erkennt auch der Sachverständi-

genrat an (Ziffer 295 JG). Darüber hinaus wird die finanzielle Bewältigung der „Erblastschulden“ von Treuhandanstalt, Kreditabwicklungsfonds und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft durch Einrichtung eines Erblastentilgungsfonds ab 1995 geregelt. Die Zins- und Tilgungszahlungen in Höhe von mindestens 30 Mrd. DM pro Jahr werden vom Bund übernommen. Die Maßnahmen im Rahmen des FKP werden im wesentlichen durch Ausgabeersparungen, den Abbau steuerlicher Vergünstigungen sowie die Einführung eines Solidaritätszuschlags finanziert, der ab 1995 in Höhe von 7,5 % auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld erhoben wird.

Die weiter zunehmenden Haushaltsbelastungen, vor allem im Bereich des Bundes, machten darüber hinausgehende Konsolidierungsschritte unabdingbar. Diese wurden im Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm (SKWP) der Bundesregierung zusammengefaßt.

28. FKP und SKWP sollen den Bund in die Lage versetzen, die Nettokreditaufnahme 1994 in etwa auf das Vorjahresniveau zu begrenzen. Dazu trägt auch die vom Haushaltsausschuß vorgeschlagene globale Minderausgabe von 5 Mrd. DM bei, die durch Einsparungen in Ressortverantwortung umgesetzt wird. Über die beschlossenen Sparmaßnahmen hinaus muß jede Möglichkeit zusätzlicher Haushaltsentlastung genutzt werden. So bedarf es einer Flurbereinigung bei den Subventionen mit dem Ziel, den Prozeß der strukturellen Anpassung voranzubringen, nicht ihn aufzuschieben (Ziffer 416 JG). Der Abbau der Subventionen bleibt für die Bundesregierung eine vorrangige Aufgabe, zumal dadurch auch die Wettbewerbsstellung kleiner und mittlerer Unternehmen gestärkt werden kann. Ein wichtiger Schritt zum Subventionsabbau ist die Verringerung der Förderung des Kohleabsatzes (vgl. Ziffer 1).

FKP und SKWP ermöglichen es dem Bund, seinen durchschnittlichen Ausgabenanstieg in den Jahren 1994 bis 1997 auf unter 3 % zu begrenzen und damit deutlich unterhalb des erwarteten durchschnittlichen nominalen Sozialproduktanstiegs zu halten. Auf diese Weise soll die Nettokreditaufnahme des Bundes ab 1996 deutlich zurückgeführt werden. Gleichzeitig wird durch den Konsolidierungsbeitrag der Ausgabe-seite eine mittelfristige Rückführung der Staatsquote ermöglicht. Die Bundesregierung hat sich hierbei eine Absenkung bis zum Ende dieses Jahrzehnts etwa auf das Niveau vor der Wiedervereinigung Deutschlands mit einem substantiellen Zwischenschritt bereits 1997 zum Ziel gesetzt.

Mit den Konsolidierungsmaßnahmen soll auch die Haushaltsstruktur effizienter gestaltet werden, beispielsweise durch Begrenzung konsumtiver Ausgaben, etwa bei Personalaufwendungen, sowie durch

stärkere Einkommensabhängigkeit der Ansprüche auf Sozialleistungen und die Bewahrung des Lohnstandsgebotes gegenüber Arbeitseinkommen. Um zusätzliche Wachstumsimpulse zu geben, sollen öffentliche Investitionen im Jahresverlauf vorgezogen werden.

29. Der gesamtstaatliche Konsolidierungserfolg hängt davon ab, daß auch Länder und Gemeinden eine nachhaltige Konsolidierungspolitik verfolgen. Durch die Einhaltung der vom Finanzplanungsrat einvernehmlich festgelegten Linie eines mittelfristigen 3 %igen Ausgabenwachstums können bis 1997 die Konvergenzkriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion für den Gesamtstaat erfüllt werden. Gleichzeitig werden so die Voraussetzungen für wachstumsfördernde Steuerentlastungen verbessert.

(2) Steuerpolitik weiter auf Zukunftssicherung ausrichten

30. Die Belastung mit Steuern und anderen Abgaben hat wesentlichen Einfluß auf den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit von Bürgern und Unternehmen. Im Rahmen des verschärften internationalen Standortwettbewerbs um Kapital hat die Steuerbelastung für unternehmerische Investitionsentscheidungen erhebliches Gewicht.

Die Bundesregierung hat in den 80er Jahren eine Politik zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen eingeleitet. Nach der dreistufigen Steuerreform 1986—1990 und der ersten Stufe der Unternehmensteuerreform durch das Steueränderungsgesetz 1992 werden nunmehr als weitere Stufe durch das Standortsicherungsgesetz ab 1. Januar 1994 der Körperschaftsteuersatz und der Einkommensteuerspitzensatz für Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit in die Richtung des deutlich niedrigeren internationalen Niveaus geführt und die Unternehmen spürbar entlastet. Damit werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen nachhaltig verbessert. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte liegen der Körperschaftsteuersatz und der Einkommensteuerspitzensatz aus gewerblicher Tätigkeit deutlich unter 50 %.

Als Ergebnis der Steuersenkungspolitik anderer Staaten besteht jedoch weiterhin ein Steuersatzgefälle zu Lasten des Standortes Deutschland. So liegen die Körperschaftsteuersätze in wichtigen Partnerländern weiterhin deutlich niedriger als in Deutschland (USA 35 %, Japan 37,5 %, Frankreich 33,3 %). Bei der Steuerbelastung sind allerdings die unterschiedlichen Steuerbemessungsgrundlagen sowie Zuschläge der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen.

Eine weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ist aber auch vor dem Hintergrund einer Abgabenquote von 43,8 % im Jahre 1993 (1989: 42,4 %; jeweils Anteil am Bruttoinlandsprodukt) dringend erforderlich, um durch Rückführung der hohen Belastung die Investitions- und Leistungsanreize zu verbessern. Auch der Sachverständigenrat sieht angesichts des in den nächsten Jahren hohen Investitionsbedarfs in Ost- und Westdeutschland eine unvermindert wichtige Aufgabe darin,

durch ein investitionsfreundliches Steuersystem die Investitionen und damit Wachstum und Beschäftigung zu fördern (Ziffer 3 JG).

31. Die Bundesregierung wird ihr steuerpolitisches Konzept für die nächste Legislaturperiode bis zum Sommer vorlegen. Sie strebt mittelfristig im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten eine Fortsetzung der Unternehmensteuerreform an. Die Überlegungen richten sich auf folgende Punkte:

- einen weiteren Abbau der ertragsunabhängigen Steuern (Gewerbekapital- und Vermögensteuer). Sie beeinträchtigen in besonderem Maße die unternehmerische Leistungsfähigkeit und führen zu Verzerrungen im internationalen Wettbewerb, da vergleichbare Steuern in anderen Industriestaaten keine oder eine wesentlich geringere Rolle spielen. Aktueller Handlungsbedarf ergibt sich für diesen Bereich durch das Auslaufen der Regelungen über die Nichterhebung von Gewerbekapitalsteuer und Vermögensteuer in den neuen Ländern;
- eine Rückführung der Gewerbesteuer im Rahmen einer kommunalen Finanzreform;
- eine weitere Senkung der Ertragsteuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

32. Das Existenzminimum muß auch künftig bei der Einkommensteuer freigestellt bleiben. Entsprechend dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 25. September 1992 ist die bestehende Übergangsregelung mit Wirkung ab 1996 durch eine grundlegende gesetzliche Neuregelung abzulösen.

33. Mit zunehmender Berufstätigkeit von Frauen ist ein erheblicher Bedarf an Dienstleistungen in den privaten Haushalten entstanden. Hier könnte eine große Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden. Um die Potentiale sowohl an Beschäftigungsmöglichkeiten als auch an ungenutzten Fähigkeiten und Erfahrungen besser auszuschöpfen, wird im Zusammenhang mit der Erarbeitung des steuerpolitischen Konzepts für die nächste Legislaturperiode eine Erleichterung von Beschäftigungsmöglichkeiten für sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte in privaten Haushalten in die Überlegungen einbezogen.

34. Unter Wettbewerbsgesichtspunkten kommt einer weiteren Harmonisierung der indirekten Steuern im europäischen Binnenmarkt eine besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung bemüht sich vorrangig darum, daß spätestens zum 1. Januar 1997 bei der Mehrwertsteuer das Bestimmungslandprinzip durch das Ursprungslandprinzip ersetzt wird und damit auch bei der Umsatzsteuer echte Binnenmarktverhältnisse herbeigeführt werden. Zudem setzt sich die Bundesregierung für eine Harmonisierung der Zinsbesteuerung in Europa und in anderen OECD-Ländern ein.

35. Das finanz- und wirtschaftspolitische Instrumentarium muß außerdem im Hinblick auf seine Umweltrelevanz überprüft und — wo nötig — modifiziert

werden. Dabei dürfen die vorrangigen Ziele der Steuerpolitik, d. h. die nachhaltige und dauerhafte Einnahmeerzielung, die Stärkung der Wachstumsgrundlagen und der Leistungsfähigkeit sowie eine einfachere und gerechtere Besteuerung, nicht beeinträchtigt werden. Die Bundesregierung tritt für die Einführung einer zumindest EU-weiten CO₂-/Energiesteuer als Element einer wirksamen Klimaschutzstrategie ein. Sie wird dafür Sorge tragen, daß diese Maßnahme nicht zu einer einseitigen Wettbewerbsbelastung für die deutsche Wirtschaft führt. Sie wird deshalb nicht nur auf ein einheitliches Vorgehen der EU-Staaten achten, sondern sich auch für die Einführung vergleichbarer Maßnahmen durch andere OECD-Staaten einsetzen. Der Lenkungseffekt und die Einkommensneutralität einer CO₂-/Energiesteuer durch Entlastungen an anderer Stelle des Steuersystems müssen sichergestellt werden.

36. Das Steuersystem wird weiter vereinfacht, um seine Transparenz zu verbessern sowie Wettbewerbsverzerrungen und hohen Verwaltungsaufwand zu verringern, die sich aus der großen Zahl von Sonderregelungen ergeben; dies führt auch zu mehr Bürgernähe und Steuergerechtigkeit.

(3) Durch Mäßigung und Anpassung die Tarifpolitik beschäftigungsorientiert gestalten

37. Beschäftigungsniveau und Arbeitskosten stehen in engem Zusammenhang. Die günstige Beschäftigungsentwicklung in den 80er Jahren, in denen sich die Tarifpartner auf moderate Lohnabschlüsse verständigt haben, ist dafür ein Beleg. Da die Hauptverantwortung für die Arbeitskostenentwicklung bei den Tarifpartnern liegt, tragen sie zugleich eine hohe Verantwortung für die Beschäftigung. Soll sich Tarifautonomie auch in Zukunft bewähren, müssen die Tarifpartner dieser Verantwortung Rechnung tragen. Die Sicherung allein der bestehenden Beschäftigungsverhältnisse ist kein ausreichendes Ziel. Die Tarifpartner müssen vielmehr dafür sorgen, daß möglichst vielen Arbeitssuchenden eine Beschäftigungschance eröffnet wird. Einkommenssteigerungs- und Umverteilungsziele müssen demgegenüber zurücktreten. Dies ist auch die zentrale tarifpolitische Aussage des Sachverständigenrats (Ziffer 350 JG).

Löhne und Lohnsteigerungen, die nicht mit Produktivitätsniveau und -entwicklung im Einklang stehen, gefährden nicht nur die Sicherheit bestehender Beschäftigungsverhältnisse, sondern erschweren vor allem die Schaffung von zusätzlichen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Lohnzurückhaltung hingegen verringert den Kostendruck und verbessert dadurch die Finanz- und Investitionskraft der Unternehmen und damit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie ist darüber hinaus auch gesamtwirtschaftlich erforderlich, um eine stabilitätsorientierte Geldpolitik bei niedrigen Zinsen zu erleichtern.

38. In den *alten Ländern* müssen deshalb zur Verbesserung der Beschäftigungschancen vorübergehend Realeinkommensverluste hingenommen wer-

den. Der Produktivitätsanstieg darf erst dann wieder zur Realeinkommenssteigerung voll genutzt werden, wenn die Beschäftigung wieder einen hohen Stand erreicht hat. Auch insoweit zeigt der Sachverständigenrat die richtige Perspektive auf (Ziffer 361 JG).

39. Die Tarifpolitik in den *neuen Ländern* muß darauf Rücksicht nehmen, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erst über einen längeren Zeitraum das westdeutsche Niveau erreichen wird. Die einkommenspolitische Aufholstrategie, die auf eine schnelle Einkommensangleichung an das Westniveau abzielt, wird zunehmend zu einem Hemmschuh für mehr Investitionen und Beschäftigung. Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen, daß die Lohnpolitik in Ostdeutschland „in wesentlichen Bereichen, vor allem in der Industrie, auch im Jahre 1993 keinen Beitrag zu einer höheren Beschäftigung geleistet hat“, sondern eher das Gegenteil gilt (Ziffer 351 JG). Tarifpolitik kann zwar nicht die ganze Last der wirtschaftlichen Anpassung in den neuen Ländern tragen. Es ist aber für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unerlässlich und auch zumutbar, daß die Tarifpolitik dazu beiträgt, die Schere zwischen Lohnniveau und Leistungskraft der Betriebe in den neuen Ländern zu schließen. Deshalb ist es wichtig, die Anpassung der Einkommen an die Verhältnisse in Westdeutschland zeitlich zu strecken.

40. In West- und vor allem in Ostdeutschland berücksichtigt die Tarifpolitik gegenwärtig zu wenig, daß die wirtschaftliche Leistungskraft nach Sektoren und Betrieben auseinanderklafft und sich auch unterschiedlich entwickelt. Branchentarifverträge, die sich an der durchschnittlichen Leistungskraft der gesamten Branche orientieren, werden dieser Situation nicht gerecht.

41. Vieles spricht daher für die Beschreitung neuer Wege in der Tariflohnpolitik. In Frage kommen Tarifmodelle, die einen Teil der tarifpolitischen Verantwortung auf die Betriebspartner — beispielsweise in Form von tarifvertraglich geregelten Optionen — verlagern. Eine größere Gestaltungsfreiheit auf Ebene des einzelnen Unternehmens und Betriebes wäre ein sinnvoller Anreiz für mehr tarifpolitische Kreativität und würde zugleich die Akzeptanz von Rahmenvereinbarungen steigern. Auch die Nutzung von Ertragsbeteiligungen kann zur Erleichterung der branchenweiten Lohnfindung in Ost- und Westdeutschland beitragen. Zur Verbesserung der Dispositionssicherheit von Unternehmen und privaten Haushalten, die letztlich auch der Beschäftigung zugute kommt, sowie zur Verstetigung der Lohnpolitik auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollten die Tarifpartner die Möglichkeit mehrjähriger Tarifverträge stärker in ihre Überlegungen einbeziehen. Die Tarifverträge könnten vorsehen, daß Unternehmen — im Falle einer günstigeren Ertragsentwicklung als bei Tarifabschluß mittelfristig unterstellt — ihren Arbeitnehmern im nachhinein Ertragsbeteiligungen gewähren, sei es in Form von Vermögensrechten, sei es in Form von Bonuszahlungen. Dies würde den Abschluß von Verträgen mit längeren Laufzeiten sicherlich erleichtern.

42. Den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst kommt in der Lohnrunde 1994 große Bedeutung zu. Mit der Entscheidung für eine Nullrunde bei Beamten setzt die Bundesregierung ein deutliches Signal. Auch Arbeitszeitverlängerungen dürfen kein Tabu darstellen.

43. Die betrieblichen Arbeitskosten werden neben dem direkten Leistungsentgelt zum großen Teil durch die Personalzusatzkosten bestimmt. Hier tragen Staat, Tarifpartner und Unternehmen Verantwortung. Zu Beginn dieses Jahres ist der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung um 1,7 Prozentpunkte angehoben worden. Dies hat bereits zu einem weiteren Anstieg der Arbeitskosten geführt. Deshalb sind von den Tarifpartnern bei ihren Verhandlungen nicht nur die jeweiligen Lohnsteigerungen in Betracht zu ziehen, sondern auch die Lohnzusatzkosten, mit denen Arbeitsplätze belastet sind. Steigende Abgabenlasten verstärken zudem das Abwandern in die Schattenwirtschaft. Die Schaffung normaler Arbeitsplätze wird erschwert.

44. Die Tarifpartner sollten Möglichkeiten suchen, durch Arbeitszeitflexibilisierung den Kostendruck für die Unternehmen zu reduzieren sowie den individuellen Wünschen und Möglichkeiten von Beschäftigten und Arbeitsuchenden besser zu entsprechen. Das neue Arbeitszeitrechtsgesetz erweitert dafür den Spielraum (vgl. Ziffer 83). Zur Arbeitszeitflexibilisierung sollten die Tarifpartner mehr Verantwortung auf die Betriebsebene verlagern, wie dies zum Beispiel jüngst in der chemischen Industrie vereinbart worden ist. Regelungen zur Arbeitszeitflexibilisierung dürfen allerdings nicht zu Lasten Dritter, zum Beispiel der Bundesanstalt für Arbeit, getroffen werden. Die beschäftigungsfördernden Wirkungen würden ansonsten durch einen Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge konterkariert.

(4) Preisstabilität als vorrangiges Ziel der Geldpolitik beibehalten

45. Für die Soziale Marktwirtschaft ist die Preisstabilität eine unerläßliche Voraussetzung. Sie ist Grundlage für dauerhaftes Wachstum und eine nachhaltige Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Bundesregierung ist sich mit der Deutschen Bundesbank und dem Sachverständigenrat (Ziffer 325 JG) einig, daß nur eine Ausrichtung der Geldpolitik am mittelfristigen Potentialwachstum der Wirtschaft verläßliche monetäre Rahmenbedingungen schaffen und durch das damit gewonnene Vertrauen einen niedrigen Kapitalmarktzins sichern kann.

46. Die Deutsche Bundesbank hat für 1994 wieder ein Geldmengenziel beschlossen, an dem sich alle am Wirtschaftsleben Beteiligten orientieren können. Der Korridor von 4 % bis 6 % ermöglicht eine ausreichende Liquiditätsausstattung für eine wieder wachsende Wirtschaft bei gleichzeitiger weiterer Rückführung der Preissteigerungsrate. Die Bundesregierung hat dafür mit ihrer Spar- und Konsolidierungspolitik für Wachstum und Stabilität einen entscheidenden Bei-

trag geleistet. Sie fordert die anderen für das Wirtschaftsgeschehen Verantwortlichen — insbesondere Länder und Gemeinden sowie die Tarifparteien — auf, ihrerseits dazu beizutragen, daß die von der Bundesbank geschaffenen Rahmenbedingungen tatsächlich zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei Geldwertstabilität führen.

47. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat auch darin überein, daß eine Abwertung der D-Mark nicht die geeignete Antwort auf die permanenten Herausforderungen des internationalen Standortwettbewerbs sein kann (Ziffer 207 JG). Eine forcierte Senkung von Geldmarktzinssätzen mit dem Ziel, eine Abwertung zu erzwingen, würde eine Preisgabe der auf Preisniveaustabilität gerichteten Geldpolitik bedeuten. Sie könnte das internationale Vertrauen in die Stabilität der D-Mark nachhaltig erschüttern und die langfristigen Zinsen in die Höhe treiben. Sie würde Inflationsimport hervorrufen, die Realeinkommen schmälern, notwendige interne Strukturanpassungsmaßnahmen weiter verzögern und stabilitätswidrige Tarifabschlüsse erleichtern. Für die nachhaltige Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wäre so nichts gewonnen. Die Bundesregierung wird daher weiter eine Politik der Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen verfolgen, die — unterstützt durch eine an der Geldwertstabilität orientierte monetäre Politik — das Vertrauen internationaler Kapitalanleger erhält. Dies erleichtert auch die Finanzierung des Aufbaus in den neuen Ländern.

II. Durch Strukturwandel neue Perspektiven eröffnen

(1) Mit privaten Investitionen die Grundlage für mehr Beschäftigung schaffen

48. Die nachhaltige Stabilisierung der Konjunktur, die Bewältigung der Umstrukturierung in den neuen Ländern wie auch die erfolgreiche Anpassung an international veränderte Wettbewerbsverhältnisse wird nur gelingen, wenn alle — Unternehmen, Tarifparteien und Öffentliche Hand — bereit sind, dazu beizutragen, die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Ost- und Westdeutschland zu steigern. Nur dann wird im Hinblick auf zukünftige Nachfrage und erzielbare Gewinne ausreichend investiert (Ziffer 257 JG). Es ist deshalb vorrangiges Anliegen der Bundesregierung, die Attraktivität Deutschlands als Standort für leistungsfähige Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, für rentable Investitionen und für Arbeitsplätze auf breiter Basis zu verbessern (vgl. Übersicht 1).

49. Insbesondere in den *neuen Ländern* besteht auf Jahre hinaus ein beträchtlicher Bedarf an privaten und öffentlichen Investitionen. Die Politik der Bundesregierung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostdeutschlands zielt — wie schon in den Vorjahren — darauf ab, private Investitionen und Innovationen zu fördern, Investitionshemmnisse abzubauen, eine moderne Infrastruktur aufzubauen und die früher staats-

Übersicht 2

Wichtige Fördermaßnahmen für Investitionen der Wirtschaft in den neuen Ländern

Steuerliche Begünstigungen

- Investitionszulage für Ausrüstungsinvestitionen
 - Betriebsstätten des Handels, der Kreditinstitute, der Versicherungen, der Elektrizitäts- und Gasversorgung:
 - 8 %: Investitionsbeginn vor dem 1. Januar 1993, Investitionsabschluß vor dem 1. Januar 1995.
 - alle anderen Wirtschaftsbereiche:
 - wie bei Handel, Kreditinstituten, Versicherungen, Elektrizitäts- und Gasversorgung, außerdem
 - 8 %: Investitionsbeginn ab 1. Januar 1993 bis 30. Juni 1994, Investitionsabschluß vor dem 1. Januar 1997;
 - 5 %: Investitionsbeginn ab 1. Juli 1994, Investitionsabschluß vor dem 1. Januar 1997.
 - erhöhte Investitionszulage für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks in überwiegend ostdeutschen Besitz:
 - 20 %: Investitionsbeginn ab 1. Januar 1993, Investitionsabschluß vor dem 1. Januar 1997 (vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung durch die Europäische Kommission), Investitionsvolumen bis 1 Mio. DM pro Jahr.
- Sonderabschreibungen für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen
 - 50 % der nach dem 31. Dezember 1990 und vor dem 1. Januar 1997 angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens sowie für die in diesem Zeitraum angeschafften oder hergestellten eigenbetrieblich genutzten Teile von Gebäuden (einschließlich geleistete Anzahlungen und entstandene Teilerstellungskosten) im Jahr der Anschaffung/Herstellung und in den folgenden 4 Jahren, letztmals im Wirtschaftsjahr, das nach dem 31. Dezember 1996 endet
- Verzicht auf die Erhebung von Gewerbesteuer- und Vermögensteuer bis 31. Dezember 1995

Regionalförderung

- Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; Fördersatz für private Investoren bis 23 % (Kumulierung mit anderen Programmen auf max. 35 %); auch Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur;
 - Mittelausstattung 1994: Nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1994 steht in den neuen Ländern für die Bewilligung neuer Investitionszuschüsse in diesem Jahr ein Betrag von rd. 11,9 Mrd. DM bereit, der sich je zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln zusammensetzt. Zusätzlich werden etwas 1,9 Mrd. DM an Rückflüssen aus dem Regionalfonds der Europäischen Union erwartet.

Zinsverbilligungen

- KfW-Investitionsprogramm für Investitionen von deutschen oder ausländischen Unternehmen
- Investitionskredite für Existenzgründungen, den Mittelstand und für Umweltschutzmaßnahmen aus Eigenmitteln der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau an (noch) staatliche Unternehmen
- KfW-Wohnraummodernisierungs- und Instandsetzungsprogramm für vermietete und selbstgenutzte Wohnungen sowie zur Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden

ERP-Programme

- ERP-Kredite für Existenzgründungen, für betriebliche Investitionen von mittelständischen Betrieben und für Umweltschutzinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft

Eigenkapitalhilfeprogramm

- Eigenkapitalhilfeprogramm zur Stärkung der Eigenkapitalbasis bei Gründung/Erwerb von kleinen und mittleren Unternehmen (auch Privatisierung) sowie zu deren Festigung, ferner zur Finanzierung eines tragfähigen Unternehmenskonzepts — zusammen mit einem Beteiligungspartner — (Partnerschaftsdarlehen)

Bürgschaften

- Dreistufiges Kreditbesicherungsprogramm gestaffelt nach der Höhe des Mittelbedarfs: Bürgschaftsbanken für Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen 1 Mio. DM; Ausfallbürgschaften der Deutschen Ausgleichsbank für kleine und mittlere Unternehmen von 1 Mio. DM bis 20 Mio. DM; Bundesbürgschaften für Projekte ab 20 Mio. DM, an deren Durchführung ein volkswirtschaftliches Interesse besteht; durch diese Bürgschaften können bis zu 80 % der Kreditsumme abgesichert werden
- 40 %ige Haftungsfreistellung der finanzierenden (Haus-) Banken bei ERP-Krediten und Förderkrediten der Deutschen Ausgleichsbank und der KfW bis 1 Mio. DM

Strukturmaßnahmen im Agrarbereich

- Förderung der Agrarstruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. 1994 stehen 1,192 Mrd. DM an Haushaltsmitteln im Rahmenplan bereit, die Verpflichtungsermächtigungen des Bundes betragen rd. 0,89 Mrd. DM; die Länder stellen 1994 Haushaltsmittel in Höhe von rd. 0,79 Mrd. DM zur Verfügung. (In diesen Beträgen ist die in benachteiligten Gebieten für die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen zu gewährende Ausgleichszulage mit rd. 0,3 Mrd. DM Bundes- und Landesmitteln enthalten.)
- Zur Überbrückung fortbestehender Schwierigkeiten bei der Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen und zur Verringerung währungsbedingter Einkommenseinbußen werden den Betrieben der Landwirtschaft und der Binnenfischerei 1994 und 1995 weitere Anpassungshilfen gewährt. Für 1994 sind 275 Mio. DM an Bundesmitteln und für 1995 nochmals 128 Mio. DM vorgesehen. Die Länder können diese Mittel um bis zu 53,8 % aufstocken.

Nähere Informationen:

zu den hier aufgeführten und zu weiteren Förderprogrammen (z. B. Förderung von Beratungen, Innovationen und des Technologietransfers) geben insbesondere folgende Informationschriften nähere Hinweise:

- Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern zu beziehen über
Bundesministerium für Wirtschaft
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Villemombler Str. 76
53107 Bonn
- Einzelbetriebliche Förderung 1993 zu beziehen über
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Rochusstr. 1
53123 Bonn

eigenen Unternehmen schnell zu privatisieren (vgl. auch Übersicht 2). Der Sachverständigenrat hat bestätigt, daß diese Politik richtig ist. Er hält es sogar für vertretbar und erforderlich, die Investitionsförderung nach 1996 zu reduzieren, zugleich stärker regional zu konzentrieren und auf bestimmte Wirtschaftsbereiche zu beschränken. Vorrangiges Ziel müsse es sein, die Standortqualität so zu verbessern, daß Investitionen sich auch ohne direkte Förderung lohnen (Ziffer 280 JG). Die Bundesregierung teilt grundsätzlich diese Auffassung, hält aber angesichts der noch vorhandenen großen Anpassungsprobleme eine Investitionsförderung für unverzichtbar. Sie wird deshalb die Politik der Investitionsanregung fortsetzen und noch in diesem Jahr ihr Konzept zur mittelfristigen Fortführung der Investitionsförderung einschließlich von steuerlichen Sonderregelungen für die neuen Länder vorlegen.

(2) Die Bemühungen der ostdeutschen Unternehmen beim Absatz ihrer Produkte unterstützen

50. Die Absatzsituation der ostdeutschen Unternehmen ist weiterhin schwierig. Durch die Öffnung des ostdeutschen Marktes für den internationalen Wettbewerb sowie den Umbruch in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sind die angestammten Märkte weitgehend verlorengegangen. Die Erschließung von Märkten in Westdeutschland und in den anderen Industrieländern braucht Zeit und in vielen Fällen neue wettbewerbsfähige Produkte. Belastend für Absatz und Liquidität der ostdeutschen Unternehmen wirken die schwierige konjunkturelle Lage in den alten Ländern und den westlichen Partnerländern sowie insbesondere die hohen Lohnkosten (vgl. Ziffern 39 f).

Die Bundesregierung hat die bereits im September 1992 beschlossenen Hilfen zur Absatzförderung weiter verstärkt und teilweise ergänzt. Damit werden die erforderlichen Eigenanstrengungen der Unternehmen unterstützt.

- Für Marketing und Design, Qualitätssicherung, Inlandsmessebeteiligung sowie Absatz sind trotz der schwierigen Finanzlage zusätzliche Hilfen vorgesehen. Außerdem wird die Auslandsmesseförderung weiter verstärkt.
- Die Unterstützung der Ostexporte durch Hermes-Ausfuhrdeckungen in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wird mit 3,5 Mrd. DM auch 1994 auf hohem Niveau fortgeführt.
- Die Präferenzen bei öffentlichen Aufträgen werden über 1993 hinaus verlängert und verbessert. Neben den neuen Ländern haben sich auch fast alle alten Länder zur Übernahme dieser Regelungen bereit erklärt. Die Bundesregierung hat zur Förderung der Absatzchancen der ostdeutschen Unternehmen einen Sonderbeauftragten ernannt, dem in allen obersten Bundesbehörden Ost-Beauftragte als Ansprechpartner für Fragen des öffentlichen Auftragswesens zur Seite stehen.

Diese Maßnahmen sollen die zugesagte Einkaufsoffensive Ost der deutschen Wirtschaft, die bis 1995 ihre Bezüge aus Ostdeutschland auf 50 Mrd. DM verdop-

peln will, flankieren. Der Handel beabsichtigt außerdem, die Vermarktung von Ostprodukten durch konkrete Absatzaktionen zu unterstützen und insgesamt zu verstärken.

Die Bundesregierung teilt die vom Sachverständigenrat geäußerten Bedenken gegen den Vorschlag zur Einführung einer Wertschöpfungspräferenz (Ziffer 281 JG). Sie müßte — auch im Hinblick auf die Beihilfavorschriften der Europäischen Union — stark nach Unternehmen differenziert und im einzelnen auf Mißbräuche und Umgehungen kontrolliert werden, so daß die Nachteile eindeutig überwiegen. Zur Bewältigung von vorübergehenden Liquiditätsproblemen stehen überlebensfähigen Unternehmen in Ostdeutschland absatzorientierte Liquiditätshilfen der Darlehens- und Bürgschaftsprogramme des Bundes, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Ausgleichsbank und der Bürgschaftsbanken zur Verfügung; das Eigenkapitalhilfeprogramm gestattet daneben eine besonders liquiditätsschonende Langfristfinanzierung (vgl. Übersicht 3).

(3) Die Arbeit der Treuhandanstalt erfolgreich abschließen

51. Die Treuhandanstalt hat ihr operatives Geschäft weitgehend abgeschlossen (vgl. Übersicht 4). Die Fortschritte bei der Privatisierung übertreffen nach Feststellung des Sachverständigenrates alle Erwartungen. Die Treuhandanstalt konnte nur deshalb ihre Aufgaben so schnell zum Abschluß bringen, weil sie sich konsequent von dem Grundsatz hat leiten lassen, daß der Weg zur Sanierung am besten durch Privatisierung eröffnet wird (Ziffer 277 JG).

Die Treuhandanstalt hat dabei gezielt mittelständische Interessenten angesprochen. Gefördert wurden insbesondere Privatisierungen im Wege der Übernahme von Betrieben durch das eigene Management bzw. die Belegschaft (Management-Buy-Out/-Buy-In). Rund 4 300 Unternehmen und Unternehmensteile wurden bisher an die überwiegend mittelständischen Alteigentümer zurückgegeben. Mit ihren erfolgreichen Aktivitäten hat die Treuhandanstalt auch einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne in den neuen Ländern geleistet.

52. Die weitgehende Erfüllung des Kernauftrags erfordert ein neues flexibles Konzept für die zügige und wirtschaftliche Erledigung der noch verbleibenden Aufgaben. Sie sollen, soweit sachgerecht und möglich, auf privatwirtschaftliche Organisationseinheiten übertragen und, wo immer sinnvoll, dezentralisiert erledigt werden. Wegen der finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt muß der Bund dafür über ausreichende Kontroll- und Eingriffsrechte verfügen. Die Länder sollen wie bisher auch in Zukunft angemessen beteiligt werden. Eine stärkere Übernahme der Eigentümerstellung von Ländern würde dem Privatisierungsauftrag widersprechen. Finanzierungs- und Entscheidungsverantwortung müssen auch künftig in einer Hand bleiben.

Bis Ende 1994 nicht privatisierte, aber sanierungsfähige Unternehmen werden — bei Weitergeltung des

Übersicht 3

**Wirtschaftliche Fördermaßnahmen
zur Steigerung des Absatzes ostdeutscher Produkte****Maßnahmen zur Steigerung des Absatzes ostdeutscher Produkte (bis 1995 befristet)****Marketing und Design**

- Unterstützung bei der Entwicklung von Marketingstrategien in der Konsumgüterindustrie sowie begleitende Beratung und Hilfe bei der Umsetzung von Konzepten; Abwicklung über das Bundesamt für Wirtschaft
- Fortführung des Pilotprogrammes für die Textil- und Bekleidungsindustrie und der Designförderung

■ Qualitätssicherung

- Förderung der Zertifizierung von Qualitätssicherungssystemen sowie der Vorbereitungsarbeiten; Projektträger: Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft

Inlandsmesseförderung

- Einbeziehung von Einzelständen sowie (im Rahmen von Pilotprojekten) professionelle Beratung bei der Messevor- und -nachbereitung.

Exportaktivitäten auf westlichen Märkten

- Durchführung von Produktpräsentationen, Einkaufertagen und Kooperationsbörsen in Zusammenarbeit mit den Auslandshandelskammern.

Sonstige Maßnahmen der Absatzförderung**Auslandsmesseförderung**

- Verstärkung der Sonderförderung ostdeutscher Unternehmen (vor allem Fachausstellungen für Maschinen- und Anlagenbau sowie Konsumgüter); Pilotprojekte zur Verbesserung des Messemanagements

■ Hermes-Ausfuhrdeckung zur Unterstützung der Ostexporte

- Fortführung im Jahre 1994 mit 3,5 Mrd. DM für die GUS bei strenger Einzelfallprüfung; Wegfall der Sonderkonditionen, aber Deckung von Gegengeschäften und Projektfinanzierungen auch weiterhin außerhalb des Plafonds

Öffentliches Auftragswesen

- Verlängerung der Präferenzen in modifizierter Form bis Ende 1995 (Mehrpreisgewährung für kleinere und mittlere Unternehmen unter Erweiterung der Mittelstandsdefinition; Präferenz für Handelsunternehmen nur bei einem Mindestanteil 30 % ostdeutscher Produkte)

Maßnahmen zur Verbesserung absatzorientierter Liquidität**ERP-Mittel**

- Finanzierung üblicher Betriebsmittelausstattung in Form eines ersten Warenlagers und seiner späteren Aufstockung

Eigenkapitalhilfeprogramm

- Erweiterung der Bemessungsgrundlage der von der Deutschen Ausgleichsbank vergebenen Eigenkapitalhilfe um kapitalbindende Markterschließungsaufwendungen (z. B. Kosten für anfängliche Marktuntersuchung)

Bürgschaften

- Verbürgung auch von Betriebsmittelkrediten an Unternehmen, die über ein tragfähiges Konzept verfügen, durch die Bürgschaftsbanken mit Rückbürgschaften des Bundes und der Länder.

■ KfW-Mittel

- Grundsätzliche Bereitschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau, im Rahmen ihres Mittelstandsprogramms für prinzipiell gesunde Unternehmen vorübergehend auch Kredite zur Finanzierung des Umlaufvermögens bereitzustellen; Sicherung auch dieser Kredite über das Bürgschaftsinstrumentarium

Privatisierungsauftrages — auf den Bund übertragen, der unter Berücksichtigung der Struktur des zunächst verbleibenden Beteiligungsbestandes die geeigneten Organisationsformen schaffen wird. THA bzw. Bund werden die verbliebenen privatisierungsfähigen Unternehmen weiterhin bei ihren Sanierungsanstrengungen unterstützen; dabei wird darauf geachtet, daß es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Übersicht 4

Privatisierungsergebnisse der THA (Stand: 31. Dezember 1993)	
Privatisierungserlöse	45 Mrd. DM
zugesagte Arbeitsplätze	1,5 Mio.
zugesagte Investitionen	184 Mrd. DM

Abbau des THA-Unternehmensbestandes (Stand: 31. Dezember 1993)	
Ausgangsbestand (nach Aufspaltung und Ausgliederung)	12 246
· Privatisierung	6 180 ¹⁾
· Reprivatisierung	1 573 ²⁾
· Kommunalisierung	261
· Liquidation	3 196
Restbestand	951
noch zur Privatisierung angeboten	243

¹⁾ zuzüglich der Veräußerung von 7 590 Unternehmensteilen und 11 734 nicht im Ausgangsbestand der THA enthaltenen sog. „kleinen Privatisierungsfällen“ (insbesondere Einzelhandel und Gaststätten) sind durch die Arbeit der THA 25 504 private Unternehmen entstanden

²⁾ zuzüglich der 2 676 an die Alteigentümer zurückgegebenen Betriebsteile sind 4 269 Unternehmensreprivatisierungen erfolgt

53. Auch nach Durchführung des Kernauftrags (Privatisierung, Beteiligungsverwaltung) verbleiben Aufgaben, die organisatorisch zu gestalten sind. Dies betrifft insbesondere die Wahrung der Schuldner- und Gläubigerpositionen aufgrund zahlreicher Vertragsverhältnisse und Rechtsbeziehungen, die in Einzelfällen weit über 1994 hinausreichen. Weiterhin geht es um die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben wie z. B. Vermögenszuordnungen, Grundstückverkehrsgenehmigungen und Investitionsvorrangverfahren, die bisher der Treuhandanstalt durch Gesetz übertragen waren, sowie die Betreuung von Unternehmen in längerfristiger Abwicklung wie z. B. Kernkraftwerke und Verwahrbergbau.

Die umfangreichen Aufgaben des Vertragsmanagements sollen, soweit sachgerecht und möglich, in Geschäftsbesorgungsverträgen durch private Unternehmen erledigt werden. Das Vertragsmanagement

soll wirksam zur Erfüllung des Auftrags der Treuhandanstalt beitragen.

Grund und Boden und andere treuhandeigene Immobilien werden in der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG), die Verwaltung des zu verpachtenden land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in der Bodenverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG) gebündelt. Es wird geprüft, die TLG zu einem privatisierungsfähigen (ggf. börsenfähigen) Immobilienunternehmen weiterzuentwickeln. Bei der Prüfung geht es auch um eine Einbeziehung bundeseigener Liegenschaften in den neuen Ländern mit der Zielsetzung einer effizienten Verwertung.

Zur Umsetzung dieses Konzeptes ist eine Novellierung des Treuhandgesetzes erforderlich. Dazu hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, von dem sie erwartet, daß er noch vor der Sommerpause verabschiedet wird.

(4) Wettbewerb durch Deregulierung und Privatisierung stärken

54. Ein von Verzerrungen freier, dynamischer Wettbewerb ist für die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in Deutschland von herausragender Bedeutung. Rechtsnormen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, der Umwelt und der Verbraucher sind ebenso wie gewerbliche Schutzrechte und Vorschriften in den Bereichen des Handels-, Steuer- und Haftungsrechtes unerläßliche Grundlagen für den Wirtschaftsverkehr. Die zunehmende Verrechtlichung und Komplexität der Vorschriften engt jedoch den Spielraum für private Initiative sowie unternehmerische Kreativität und Innovationsbereitschaft ein und belastet Bürger und Unternehmen mit Kosten. Die Bundesregierung wird sich daher weiterhin für Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen in allen Bereichen einsetzen. Dazu gehört auch ein stärkerer Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik (vgl. Ziffer 100). Dazu zählt ferner die Einführung eines wirksamen brancheninternen Wettbewerbs bei Strom und Gas (vgl. Ziffer 107). Aus den gleichen Gründen muß die Rechtsordnung der Europäischen Union so gestaltet werden, daß die Unternehmen in Europa einen investitionsfreundlichen Rechtsrahmen vorfinden (vgl. Ziffern 113 ff.).

55. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer umfassenden Initiative zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland bedeutsame Schritte zum Abbau bürokratischer und langwieriger Planungs- und Genehmigungsverfahren unternommen. Mit der erfolgten Novellierung des Gentechnikgesetzes werden die Genehmigungs- und Anmeldefristen für gentechnische Anlagen der unteren Sicherheitsstufen eins und zwei verkürzt, der nationale und internationale Austausch gentechnisch veränderter Organismen zu Forschungszwecken erheblich vereinfacht und die Verfahren für die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen erleichtert. Auch bei der anstehenden Novellierung des Chemikaliengesetzes sind wesentliche Verfahrensvereinfachungen vorgesehen. Damit sind Schritte eingeleitet worden, um in

wichtigen zukunftssträchtigen Innovationsbereichen die Gewinnung und Umsetzung neuer Erkenntnisse in marktfähige Produkte und effiziente Produktionsverfahren wesentlich zu beschleunigen und dadurch den Anschluß im internationalen Wettbewerb zu halten. Weitere wichtige Maßnahmen betreffen Vereinfachungen von Planungen und Genehmigungen im Bau- und Verkehrsbereich (vgl. Ziffern 90 und 97).

Die Bundesregierung wird eine unabhängige Expertenkommission einsetzen, die in Anknüpfung an die Deregulierungsinitiativen in dieser Legislaturperiode bei Planungs- und Genehmigungsverfahren darüber hinausgehende Vorschläge entwickelt. Ziel ist es, angemessene Fristen für die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Bei geeigneten Vorhaben wird auf vorherige Genehmigung verzichtet und erst nachträglich geprüft. Grundsätzlich soll einer der beteiligten Behörden die Federführung des Genehmigungsverfahrens übertragen werden.

Mit der weiteren Vereinfachung von Planungs-, Genehmigungs- und sonstigen Verwaltungsverfahren werden zugleich Voraussetzungen für die Straffung der öffentlichen Verwaltung geschaffen.

56. Das von der Bundesregierung Mitte 1992 beschlossene Deregulierungsprogramm wird zügig umgesetzt. Mit der Novellierung der Handwerksordnung werden der Marktzutritt und die Berufsausübung im Handwerk flexibler gestaltet (vgl. Ziffer 64). Das Berufsrecht für Rechts- und Patentanwälte, Steuerberater und -bevollmächtigte sowie Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer wird neu geregelt. Durch das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz wird den Freien Berufen eine neue Gesellschaftsform angeboten, die die Zusammenarbeit mehrerer Freiberufler erleichtert. Im Bereich der technischen Überprüfungen ist eine weitere Öffnung für die Betätigung freiberuflicher Kfz-Sachverständiger bei der Abnahme von Ein- und Anbaumaßnahmen von Fahrzeugteilen vorgesehen.

57. Die Bundesregierung wird unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Umwandlungsrechts verabschieden. Die Koalitionsfraktionen werden unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes für Kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts (Mitbestimmung wie bei der GmbH mit einer Übergangsfrist für bestehende kleine AG's von fünf Jahren) als Initiativantrag im Deutschen Bundestag einbringen.

58. Mit dem vom Kabinett verabschiedeten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Durchführung versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Union werden, soweit noch vorhanden, die Vorabkontrolle der Tarife sowie die Bedingungsge-nehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen aufgehoben. Zugleich soll künftig für Versicherungsunternehmen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten die Zulassung durch die deutsche Aufsichtsbehörde entfallen. Dadurch wird sich der Wettbewerb auf dem deutschen Versicherungsmarkt verstärken; den Versicherungsnehmern kann eine

größere Vielfalt an Versicherungsprodukten angeboten werden.

59. Auch die weiteren speziellen Marktregulierungen sind, wie der Sachverständigenrat zu Recht fordert (Ziffer 398 JG), abzubauen, wenn sie den Wettbewerb beschränken und die Marktdynamik beschneiden. Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Rabattgesetzes verabschieden und die Zugabeverordnung aufheben. Außerdem soll das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) geändert werden, um einige nicht mehr gerechtfertigte Einschränkungen der unternehmerischen Gestaltungsfreiheit zu beseitigen und Mißbräuchen bei der Durchsetzung wettbewerbsrechtlicher Ansprüche (z. B. durch sogenannte Gebührenvereine) zu begegnen.

60. Die Bundesregierung hat die Eckpfeiler ihrer Privatisierungspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 1993 sowie in ihrem Bericht zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland ausführlich dargelegt. Sie wird auf dieser Grundlage ihre Privatisierungspolitik konsequent fortsetzen. Dies betrifft vor allem die öffentliche Beteiligung an der Lufthansa, sowie die Bundesbeteiligungen an Häfen und Flughäfen, Wasserbau- und Wasserbaufinanzierungsgesellschaften, Liegenschaften im Eigentum des Bundes und der Bundesunternehmen, die zügige Umsetzung von Bahn- und Postreform, die Anschlußregelung für die Treuhandanstalt nach Beendigung ihres operativen Geschäfts Ende 1994 sowie weitere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur. Damit bekräftigt die Bundesregierung ihre langjährige Politik einer Rückführung der Wirtschaftstätigkeit des Staates mit der Zielsetzung, die Effizienz der Volkswirtschaft zu erhöhen und Wachstumskräfte freizusetzen; sie wird bis März 1994 ihr Konzept zur weiteren Privatisierung von Bundesbeteiligungen an gewerblichen Unternehmen und Liegenschaften vorlegen.

61. Die Bundesregierung begrüßt, daß nun auch Länder und Gemeinden dazu übergehen, ihre bisherige, manchmal eher zögernde Position zur Privatisierung von Beteiligungen und Leistungen zu überprüfen. Eine Arbeitsgruppe, an der neben dem Bund die Länderseite und die kommunalen Spitzenverbände beteiligt sind, erörtert derzeit die Möglichkeiten verstärkter Privatisierung. Dabei geht es vor allem darum, Lösungen zum Abbau noch bestehender Privatisierungshemmnisse z. B. im öffentlichen Personennahverkehr, bei öffentlichen Planungsleistungen, Wasser und Abwasser, Elektrizitäts-, Gas- und Abfallwirtschaft aufzuzeigen (vgl. Ziffern 102 und 104).

Der Aufbau einer funktionierenden Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in den *neuen Ländern* muß durch verstärkte Einschaltung privater Investoren beschleunigt werden. Um die Hemmnisse, die einem verstärkten privatwirtschaftlichen Engagement beim Infrastrukturaufbau in den neuen Ländern entgegenstehen, zu überwinden, werden Verfahrensvorschläge zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsvergleichen zwischen kommunalwirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Lösungen erarbeitet, die einheitliche Besteuerung von kommunalwirtschaftlichen und pri-

vatwirtschaftlichen Betriebsformen geprüft und ein Beratungsangebot zu technischen, rechtlichen und ökonomischen Möglichkeiten und Organisationsformen in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände unter Federführung des Deutschen Industrie- und Handelstages geschaffen.

(5) Dynamik und Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen nutzen

62. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, daß sich Dynamik und Innovationskraft des Mittelstandes im Wettbewerb voll entfalten können. Kleine und mittlere Unternehmen sowie die Freien Berufe leisten einen großen Beitrag für die Wettbewerbskraft und Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Vor allem sie haben in den letzten Jahren in West- und Ostdeutschland neue Arbeitsplätze bereitgestellt. Für die mittelständischen Unternehmen ist eine zügige Umsetzung der im Zukunftssicherungsbericht der Bundesregierung enthaltenen Maßnahmen besonders wichtig, weil hierdurch bestehende Hemmnisse für unternehmerische Tätigkeit abgebaut und neue Felder eröffnet werden. Insbesondere die Begrenzung und der Abbau hoher Abgabenlasten sind für kleine und mittlere Unternehmen lebenswichtig. Zunehmende Bedeutung kommt der Mittelstandspolitik in der Europäischen Union zu; dies betrifft insbesondere die zügige Umsetzung des neuen Aktionsprogramms der Gemeinschaft vom 14. Juni 1993 für kleine und mittlere Unternehmen sowie die verstärkte Beteiligung ihrer Verbände einschließlich der des Handwerks und der Freien Berufe am sozialen Dialog.

63. Die Bundesregierung wird Existenzgründungen und Innovationen im Mittelstand verstärkt fördern:

- In den alten Ländern wird wieder ein Eigenkapitalhilfeprogramm zur Förderung selbständiger Existenzen eingeführt; in den neuen Ländern wird es beibehalten.
- Zur Verbesserung der Förderung risikoreicher innovativer Unternehmensgründungen sowie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation für ausgewählte Förderbereiche in der deutschen Wirtschaft wird ein zinsverbilligtes Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgelegt.
- Die Fördermöglichkeiten des ERP-Programms werden zur verstärkten Berücksichtigung des industriellen Mittelstandes und — in den neuen Ländern — zur Lösung von Liquiditätsproblemen im Rahmen der geltenden Finanzansätze verbessert.
- Entsprechend der Bundestagsentschließung vom 10. Dezember 1993 werden zinsverbilligte Darlehen und Bürgschaften für Meisterkurse und andere Fortbildungsmaßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft bereitgestellt.
- Die Bundesanstalt für Arbeit soll den Übergang aus Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit durch ein

Überbrückungsgeld für regelmäßig 6 Monate fördern.

64. Das seit Jahresbeginn geltende Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung, anderer handwerksrechtlicher Vorschriften und des Berufsbildungsgesetzes soll dafür sorgen, daß sich das Handwerk dem wirtschaftlichen Wandel und den technischen Änderungen flexibler anpassen kann. Mit dieser Novelle werden unter anderem die Möglichkeiten zur „Leistung aus einer Hand“ verbessert. Der Marktzutritt wird bei der Meisterprüfung und durch Präzisierungen des Ausnahmebewilligungsverfahrens zur Eintragung in die Handwerksrolle erleichtert. Am großen Befähigungsnachweis wird festgehalten, weil er zu einem anerkannt hochwertigen Leistungsangebot und qualifiziertem Nachwuchs für die gesamte gewerbliche Wirtschaft beiträgt. Der eingeschlagene Weg soll mit einer Überarbeitung der Liste der Handwerke (Anlage A zur Handwerksordnung) fortgesetzt werden, um überflüssige Regulierungen im Handwerk abzubauen und Handwerke mit einem breiteren Leistungsangebot zu schaffen.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Freien Berufe hat die Bundesregierung Gesetzentwürfe zur Neuordnung des Berufsrechts für bestimmte rechts- und wirtschaftsberatende Berufe sowie für ein Partnerschaftsgesellschaftsgesetz vorgelegt (vgl. Ziffer 56).

65. Die Entwicklung des Mittelstandes in den neuen Ländern schreitet voran. Nach vorliegenden Schätzungen sind in den mittelständischen Unternehmen der neuen Länder einschließlich der Freien Berufe fast 3 Mio. Erwerbstätige beschäftigt. Die Bundesregierung wird auch weiterhin die Gründungs- und Erweiterungsaktivitäten mittelständischer Unternehmen in den neuen Ländern unterstützen. Das Eigenkapitalhilfe-Programm für die neuen Länder wird in der seit 1993 wesentlich verbesserten Form fortgesetzt. So können im Bereich der Finanzierung fehlende Eigenmittel auch künftig durch Eigenkapitalhilfe ergänzt werden, falls das Unternehmenskonzept erfolgreich erscheint. Neu gefördert werden jetzt Kooperationen ostdeutscher Unternehmen mit Minderheitspartnern, die bereit und fähig sind, unternehmerisches Wissen einzubringen. Das Eigenkapitalhilfeprogramm verbindet damit die Stärkung der Eigenkapitalbasis mit dem Transfer von Management-Know-how.

Die Bundesregierung wird ihre bewährten gewerbeförderungspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und zur Stärkung von Existenzgründungen auf der Grundlage der „Hilfe zur Selbsthilfe“ fortsetzen. Sie leistet damit gleichzeitig auch einen wirksamen Beitrag zur Herstellung gleicher Start- und Wettbewerbschancen zwischen Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung. Hierzu zählen insbesondere Unternehmens- und Gründungsberatungen, Informations- und Schulungsveranstaltungen zur schnelleren Anpassung an Strukturveränderungen, Existenzgründungslehrgänge im gesamten Bereich der Wirtschaft sowie Bau, Modernisierung und Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungs- und Technologietransfer-Zentren.

(6) Durch Forschung und Entwicklung die Innovationsdynamik steigern

66. Wachstumsgerechter Strukturwandel in Richtung forschungs- und technologieintensiver Bereiche ist für die Sicherung der internationalen Spitzenposition Deutschlands im Einkommens- und Wohlstandsniveau sowie für die umweltgerechte Umstrukturierung in den neuen Ländern und den dort notwendigen Aufbau international wettbewerbsfähiger Produktionskapazitäten unverzichtbar. Der Sachverständigenrat weist zu Recht darauf hin, daß feststellbare Schwächen in einzelnen Hochtechnologiefeldern nicht einfach durch zu wenig staatliche Unterstützung erklärt werden können. Den Kern des Problems sieht er vielmehr in zu langem Beharren auf alten, bewährten Produkt- und Technologielinien, mangelnder Umsetzung technischer Neuheiten sowie Akzeptanzproblemen in der Gesellschaft (Ziffer 421 JG).

Die Unternehmen müssen auch in den alten Ländern trotz ihrer vielfach schwierigen wirtschaftlichen Lage die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen verstärken, um wieder an die hohe Innovationsdynamik der 80er Jahre anzuknüpfen.

67. Der Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat im Hinblick auf Technikakzeptanz, die Verbesserung der Forschungsstruktur, den Abbau von Innovationshemmnissen, die Beschleunigung des Technologietransfers oder auf zukunftssträngige Technologiefelder muß intensiviert werden.

Für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist es von großer Bedeutung, ein forschungs- und innovationsfreundliches Klima zu schaffen. Unsere Gesellschaft muß wieder aufgeschlossener werden für Forschung und technischen Fortschritt. Auch die übrigen Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung müssen weiter verbessert werden, z. B. durch die stärkere Berücksichtigung von Forschungsbelangen im Gesetzgebungsverfahren und im Verwaltungsvollzug, durch Ausbau der Infrastruktur und steuerliche Begünstigung von Forschungsaktivitäten der Unternehmen — soweit die Haushaltslage dies erlaubt.

68. Aufgabe des Staates ist es, die Grundlagenforschung auf hohem Niveau weiterhin sicherzustellen. Das gilt insbesondere auch für die vom Sachverständigenrat genannten Gebiete Naturwissenschaften, Ingenieurwesen und Medizin (Ziffer 420 JG). Die marktorientierte Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse muß durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessert und beschleunigt werden.

Zur schnelleren Gewinnung und Verbreitung branchenübergreifenden technischen Wissens fördert die Bundesregierung im vorwettbewerblichen Bereich wichtige Zukunftstechnologien wie die Biotechnologie, Informationstechnik, Hochleistungswerkstoffe und Umwelttechnik.

Außerdem ist u. a. zu prüfen, inwieweit die Abstimmung von Forschungsthemen insgesamt verbessert und in geeigneten Teilbereichen gezielte Initiativen auf Zeit zwischen staatlichen Forschungseinrichtungen und Wirtschaft ermöglicht werden können.

69. Die Förderung von Forschung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen behält weiterhin hohe Priorität. Zur Verbesserung der Förderung risikoreicher innovativer Unternehmensgründungen sowie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation für ausgewählte Förderbereich in der deutschen Wirtschaft wird ein zinsverbilligtes Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgelegt.

Die Verbundforschung, bei der Unternehmen unterschiedlicher Größe mit Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, sowie Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen der industriellen Gemeinschaftsforschung ermöglichen hohe Synergieeffekte. Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers auch im Rahmen der technologischen Fachprogramme und die Erleichterung der Informationsbeschaffung im Rahmen der Fachinformationsprogramme müssen die Verbreitung neuester technologischer Ergebnisse in die gesamte Wirtschaft fördern. Das neue Programm „Forschungs Kooperation“ soll ohne Beschränkung auf bestimmte Technologiefelder Kooperationsvorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen und die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen insbesondere auch grenzüberschreitend anregen und unterstützen.

70. In den neuen Ländern hat die strukturelle Anpassung zu einem deutlichen Abbau der industriennahen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten geführt. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat überein, daß diese Entwicklung umgekehrt und der Verlust leistungsfähiger Forschungskapazitäten vermieden werden sollte, um den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Angebotspalette zu erleichtern (Ziffer 420 JG). Für eine erfolgreiche Umstrukturierung sind verstärkte Eigenanstrengungen der Wirtschaft unerlässlich.

Der Flankierung der Umstrukturierung in den neuen Ländern dienen die Initiativen der Bundesregierung zur Verbesserung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit, zur Förderung technologieorientierter Existenzgründungen sowie eines innovativen Mittelstandes, zur Umstrukturierung industriennaher Forschungs- und Entwicklungskapazitäten und zur Entwicklung einer innovationsfördernden Infrastruktur. Eine neue Initiative „Produkterneuerung“ soll die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen durch die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen stärken und damit zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze beitragen. Eine ausführliche Darstellung ihrer Maßnahmen hat die Bundesregierung 1993 im Bundesbericht Forschung vorgelegt.

71. Die Bundesregierung unterstützt zur Sicherung und zum Ausbau des Technologiestandorts Deutschland eine Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Forschungs- und Technologiepolitik. Sie wird die Forschungspolitik in Europa im Zusammenhang mit der Verabschiedung des 4. Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung der Europäischen Union aktiv mitgestalten und Kooperationen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas erleichtern.

Mit den Ländern des asiatisch-pazifischen Raums will die Bundesregierung die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit verstärken. Dazu soll auch der vorgesehene deutsch-japanische Kooperationsrat für Hochtechnologie und Umwelt beitragen. Neben gemeinsamer Grundlagenforschung, dem Austausch von Wissenschaftlern und Forschern und einem intensiven Dialog ist vor allem ein größeres Engagement der Industrie zur Stärkung der Zusammenarbeit in der angewandten Forschung notwendig.

(7) Neue Akzente in der Bildungs- und Ausbildungspolitik setzen

72. Die Erhaltung der unternehmerischen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erfordert stetige Investitionen in die Aus- und Weiterbildung aller Erwerbstätigen. Eine breite Akzeptanz neuer Technologien sowie eine gute berufliche Qualifikation sichern Innovationsfähigkeit und Produktivität einer Volkswirtschaft und damit auch ihre Position im internationalen Wettbewerb. Gefordert sind hier zusätzliche Anstrengungen auf allen Bildungsebenen: bei den allgemeinbildenden Schulen, der Berufsausbildung, den Hochschulen sowie bei der Weiterbildung.

Neue Technologien und Formen der Arbeitsorganisation verändern tiefgreifend die Produktionsabläufe in den Unternehmen. Die notwendige Anwendung neuer Technologien, insbesondere im Kommunikations- und Informationsbereich, die Weiterentwicklung der Arbeitsorganisation, Teamfähigkeit, selbständiges Handeln, Entscheidungsfähigkeit und berufsbegleitendes Lernen sind unverzichtbare Elemente, die über das Fachwissen hinaus noch stärker in die Ausbildung einfließen müssen. Erforderlich ist zugleich eine Straffung der deutlich gestiegenen und im internationalen Vergleich zu langen Ausbildungszeiten sowie eine Überprüfung der Ausbildungsinhalte. Leistungs- und Kostendenken müssen als marktwirtschaftliche Elemente Eingang in die Hochschulorganisation finden.

73. Bildung und Ausbildung sind nicht allein Aufgaben des Staates; sie liegen auch in der Verantwortung und im Eigeninteresse von Wirtschaft und Sozialpartnern sowie des einzelnen und der Familien. Dies muß stärker in der Bereitschaft zur Finanzierung von Bildungsleistungen zum Ausdruck kommen und gilt insbesondere für Weiterbildungen, die sich an Aufstiegs- und besseren Einkommenschancen orientieren.

74. Ein ausreichendes Angebot an zukunftsorientierten Ausbildungsplätzen ist notwendige Voraussetzung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die Unternehmen sind aufgerufen, in ihren Ausbildungsanstrengungen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht nachzulassen. Zudem ist mehr Differenzierung in der dualen Ausbildung erforderlich, um z. B. auch Jugendliche mit höherem Schulabschluß für eine solche Ausbildung stärker zu interessieren. Außerdem müssen von Unternehmen, Kammern und freien Bildungsträgern mehr Zusatz-

qualifikationen während der Ausbildung und mehr Weiterbildungsangebote entwickelt werden. Die Verbindung von betrieblicher Ausbildung mit einem Fachhochschulstudium oder der Ausbau von Berufs- und Wirtschaftsakademien sind bedeutsame Innovationen im Bildungssystem, die vorangebracht werden müssen.

Die Ausbildungsordnungen nach dem Berufsbildungsgesetz müssen den Anforderungen moderner Technik und neuer Methoden der Vermittlung von Ausbildungsinhalten entsprechen. Im Interesse der jungen Menschen, aber auch der Unternehmen müssen notwendige Neuordnungen schnell erfolgen. Der dazu erforderliche Konsens mit den Sozialpartnern und den Ländern muß künftig rascher erreicht werden.

Die überbetrieblichen Ausbildungszentren haben auch künftig die Aufgabe, die Qualität der Aus- und Weiterbildung von kleinen und mittleren Unternehmen zu gewährleisten, die Anwendung moderner Technologien in der mittelständischen Wirtschaft zu fördern und die dazu erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln.

75. Der Bund und die neuen Länder haben ein Sonderprogramm zur Förderung von bis zu 10 000 zusätzlichen außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen aufgelegt, um die Anpassung des Ausbildungsstellenmarktes an den wirtschaftlichen Strukturwandel zu erleichtern. Damit werden gezielt regionale und sektorale Defizite ausgeglichen und insbesondere die Ausbildungschancen für Mädchen und junge Frauen verbessert. Das Gesamtvolumen von 500 Mio. DM wird zur Hälfte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert; jeweils 125 Mio. DM tragen der Bund und die neuen Länder. Nachdem auch das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 1993/94 wieder deutlich (+4 %) angestiegen ist, konnte insgesamt in den neuen Ländern die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen befriedigt werden.

76. Um die Eigeninitiative junger Menschen zur Weiterbildung zu unterstützen und ihnen den Weg in die Selbständigkeit im Handwerk und in anderen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft zu erleichtern, wird die Deutsche Ausgleichsbank ein Darlehnsprogramm mit einem jährlichen Volumen von bis zu 600 Mio. DM zur Förderung der beruflichen Fortbildung anbieten, das durch Zinszuschüsse und Gewährleistungen aus dem Bundeshaushalt gefördert und über die Geschäftsbanken abgewickelt wird. Das Programm umfaßt Fortbildungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, die mit einer nach Handwerksordnung, Berufsbildungsgesetz oder Schulrecht der Länder anerkannten Prüfung abschließen.

(8) Mit Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung Beschäftigungschancen verbessern

77. Die Arbeitsmarktpolitik hat in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag zur Begleitung und sozialen Abfederung des gewaltigen Strukturumbruchs in den

neuen Ländern geleistet. Sie bleibt auch weiterhin unverzichtbar. Gleichzeitig werden an die Arbeitsmarktpolitik angesichts der gestiegenen Arbeitslosigkeit auch in Westdeutschland hohe Anforderungen gestellt.

Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes kann sehr vielseitig für berufliche Fortbildung und Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Einarbeitung am Arbeitsplatz, usw. eingesetzt werden. Es wird weiterhin auf die Eingliederung der Arbeitslosen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse ausgerichtet und im Einverständnis mit den Sozialpartnern genutzt.

78. In der Arbeitsmarktpolitik wird die Bundesregierung Maßnahmen, die ohne Behinderung der notwendigen Anpassungsprozesse zu volkswirtschaftlicher Wertschöpfung führen, weiterhin den Vorzug vor rein konsumtiven Transferleistungen geben. Die Tarifpartner sind aufgefordert, spezielle niedrigere ABM-Tarife zu vereinbaren, um möglichst vielen Arbeitslosen die Chance einer geförderten Beschäftigungsmöglichkeit zu geben und Anreize zu setzen, daß Arbeitslose nicht unnötig in subventionierten Beschäftigungsverhältnissen verbleiben. Die Grundlage für die Bemessung der Lohnkostenzuschüsse für arbeitsmarktpolitisch geförderte Beschäftigungsverhältnisse wird auf 80 % der Entgelte für ungeforderte Arbeiten begrenzt. Dabei werden für die förderfähigen Entgelte (Bemessungsgrundlage) in West- und Ostdeutschland Höchstbeträge in Höhe von 80 % des Durchschnittsentgeltes der Rentenversicherung im vorangegangenen Jahr festgelegt.

79. Von den allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unterscheidet sich die bis Ende 1997 befristete Beschäftigungsförderung in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste und Jugendhilfe nach § 249h Arbeitsförderungsgesetz (AFG) in den *neuen Ländern* außer in den Finanzierungsmodalitäten vor allem dadurch, daß diese Förderung sich nicht allein auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes richtet und sich auf einen Zeitraum von bis zu drei Jahren erstreckt. Die neue Arbeitsförderung Ost ermöglicht die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen, in denen die Erledigung vorhandener Aufgaben von besonderem öffentlichen Interesse ist. Ende 1993 befanden sich rd. 63 000 Personen in entsprechenden Maßnahmen. Im Rahmen der Projektfinanzierung für Umweltvorhaben sollten alle Möglichkeiten für die Vergabe von Aufträgen an Unternehmen des gewerblichen Mittelstandes genutzt werden.

In Regionen der alten Länder, die von strukturellen Krisen besonders betroffen sind, wird die Arbeitsförderung nach § 249h AFG (d. h. die Umwandlung von Lohnersatzleistungen in Lohnkostenzuschüsse) unter bestimmten Bedingungen eingeführt (vgl. Ziffer 2).

In ganz Deutschland werden als Zusatzangebot für Arbeitslose Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen von Sozialrechtsverhältnissen, bei denen neben Arbeitslosenhilfe eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird, auf freiwilliger Basis angeboten (Gemeinschaftsarbeiten).

80. Die Förderung der beruflichen Bildung, Fortbildung und Umschulung ist wesentlicher Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit werden dafür 1994 rd. 15 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Um die vorhandenen Mittel so effizient wie möglich zu verwenden, wird die Förderung auf Arbeitslose, auf von Arbeitslosigkeit unmittelbar Bedrohte und auf Arbeitnehmer ohne beruflichen Abschluß konzentriert. Die Qualität der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen und ihre arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit werden schärfer geprüft. Um die Förderung der beruflichen Qualifizierung sowohl an den Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes als auch an den haushaltspolitischen Möglichkeiten auszurichten, wird Unterhaltsgeld künftig nur noch als Ermessensleistung gewährt. Hierdurch können die Arbeitsämter vor Ort flexibler auf die Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte reagieren. Die Unternehmen sind ihrerseits aufgefordert, auch in Zeiten des Arbeitsausfalls stärker in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren.

81. Die private gewerbliche Arbeitsvermittlung wird im gesamten Bundesgebiet zugelassen.

Die Arbeitsvermittlung wird durch Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung unter Beteiligung von Sozialpartnern, Kommunen und Arbeitsämtern intensiviert und ergänzt.

82. Angesichts der großen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt müssen alle Beteiligten ihre gemeinsame Verantwortung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze wahrnehmen. Ein deutlicher Abstand ist erforderlich zwischen dem, was ohne Arbeit an sozialen Leistungen bezogen werden kann, und dem, was Menschen durch Arbeit an Einkommen erzielen. Das Bemühen muß sich wieder stärker darauf richten, Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder zu verkürzen. Um die vorhandenen Beschäftigungspotentiale zu nutzen, sind folgende Veränderungen notwendig:

- Die Geltung des 1995 auslaufenden Beschäftigungsförderungsgesetzes, das u. a. befristete Arbeitsverträge zuläßt, wird um 5 Jahre verlängert.
- Weniger qualifizierten und weniger leistungsfähigen Arbeitnehmern sowie Langzeitarbeitslosen sollte von den Tarifpartnern die Möglichkeit eingeräumt werden, zu niedrigen Löhnen eine Beschäftigung zu finden.
- Unkontrollierte Zuwanderungen aus Regionen außerhalb des europäischen Binnenmarktes müssen unterbunden werden; gleichzeitig sind die von den Zuwanderern normalerweise eingenommenen Arbeitsplätze vermehrt durch Arbeitslose zu besetzen.
- Für die Durchführung von Saisonarbeiten werden künftig Arbeitslosenhilfebezieher verstärkt herangezogen. Zur Abgeltung besonderer Aufwendungen kann ein Teil der Arbeitslosenhilfe in pauschalierter Form weitergezahlt werden.
- Die Zumutbarkeitsanordnung muß konsequent und stringent angewandt werden.

- Die Schwarzarbeit muß intensiver bekämpft und der Steuer- und Abgabebetrug konsequent verfolgt werden (vgl. Ziffer 2).

(9) Arbeitszeit flexibler gestalten

83. Die Bundesregierung hat den Entwurf eines neuen Arbeitszeitrechtsgesetzes verabschiedet, durch das die veraltete Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 und andere Regelungen abgelöst, vereinheitlicht und durch zeitgerechte Normen ersetzt werden sollen. Durch den Entwurf werden der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer verbessert und zugleich der gesetzliche Spielraum für eine intelligentere Verteilung der Arbeit und damit für eine bessere Nutzung der Betriebs- und Maschinenlaufzeiten erweitert. Den Tarifpartnern werden erhebliche Möglichkeiten zur flexiblen Ausschöpfung des gesetzlichen Rahmens eingeräumt. Das neue Arbeitszeitrechtsgesetz ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung und Ausweitung der Beschäftigung am Standort Deutschland. Es muß jetzt zügig in den gesetzgebenden Körperschaften beraten werden und schnell und ohne Verwässerung in Kraft treten.

84. Obwohl die rechtlichen Rahmenbedingungen vorhanden sind und viele Arbeitnehmer eine Teilzeitbeschäftigung suchen, weist Deutschland im internationalen Vergleich hier noch einen großen Nachholbedarf auf. Wenn es gelänge, die Teilzeitbeschäftigung auf den Standard anderer Länder in Europa, z. B. der Niederlande und Schwedens, anzuheben, könnten in Deutschland etwa 2 Mio. Menschen zusätzlich in Arbeit gebracht werden. Umfragen in den alten Ländern haben ergeben, daß bis 2 Mio. Vollzeitbeschäftigte bereit wären, ihre Arbeitszeit deutlich zu reduzieren. Auch in den neuen Ländern ist die grundsätzliche Bereitschaft, eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung zu übernehmen, vorhanden.

Teilzeitarbeit entspricht nicht nur den Bedürfnissen vieler Arbeitnehmer, sie bietet auch Vorteile für die Arbeitgeber, insbesondere: Senkung der Kosten durch Verlängerung der Betriebslaufzeiten; bessere Motivierung von Mitarbeitern, die eine Teilzeitbeschäftigung bevorzugen; Möglichkeit, qualifizierte Arbeitnehmer, die u. a. aus familiären Gründen für eine bestimmte Zeit ihre Arbeitszeit reduzieren wollen, an das Unternehmen zu binden und weiter zu qualifizieren.

Zwar bietet nicht jeder Arbeitsplatz die Voraussetzungen für eine kostenneutrale Arbeitsplatzteilung. In vielen Fällen ist aber die Zurückhaltung in Betrieben und Verwaltungen auf unzureichende Flexibilität zurückzuführen. Die Unternehmen und der öffentliche Dienst sind daher gefordert, der Nachfrage auf Arbeitnehmerseite entsprechend der Teilzeitarbeit einen größeren Stellenwert in der Personalpolitik einzuräumen.

Um Teilzeitarbeit zu fördern, ist vorgesehen, einen zeitlich befristeten Bestandsschutz von bis zu 3 Jahren für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu

gewähren, wenn Beschäftigte von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit umsteigen. Vorschläge für weitere Anreize zur Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze wird die Bundesregierung kurzfristig erarbeiten. Darüber hinaus wird sie ein Programm zur Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst vorlegen. (Vgl. Ziffer 2)

(10) Soziale Sicherungssysteme weiterentwickeln

85. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zur Sicherung von Arbeitsplätzen müssen die Ausgaben für soziale Leistungen strikt begrenzt und die Beitragssätze für die gesetzliche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung unter Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeitsreserven und Einsparmöglichkeiten stabilisiert und — wo möglich — gesenkt werden. Die finanziellen Leistungen der Systeme der sozialen Sicherung müssen mit dem gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögen — insbesondere auch unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung — im Einklang stehen.

86. Rentenansprüche sind weitgehend geschützte Eigentumsansprüche, deren Wirkung weit in die Zukunft reicht. Wesentliche Weichenstellungen zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung sind bereits im Rentenreformgesetz 1992 erfolgt. Ziel der Bundesregierung ist es, auf lange Sicht die Alterssicherung zu gewährleisten, ohne die Generationen und die Wirtschaft zu überfordern.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Sachverständigenrates (Ziffer 382 JG), daß der Tendenz zur Frühverrentung von älteren Arbeitnehmern entgegengewirkt werden muß. Andernfalls läge zunehmend qualifizierte Arbeitskraft brach und die Finanzierungsmöglichkeiten der sozialen Sicherungssysteme würden erheblich belastet.

87. Mit dem Anfang 1993 in Kraft getretenen Gesundheitsstrukturgesetz ist es der Bundesregierung gelungen, die ausufernde Kostenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung einzudämmen. Sie hat dabei bereits wichtige strukturelle Änderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeleitet. Dies gilt u. a. für die Ablösung des Selbstkostendeckungsprinzips im Krankenhausbereich, aber auch für die Einführung des Risikostrukturausgleichs zwischen den Krankenkassen. Einige Maßnahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes (Budgetierungen der wichtigsten Ausgabenblöcke, Vergütungsabschläge bei Honoraren, Preismoratorium der pharmazeutischen Industrie u. a.), die zur kurzfristigen Kostendämpfung unverzichtbar waren, sind zeitlich befristet. Sie müssen durch langfristig wirksame Steuerungselemente abgelöst werden, die sozial verträglich arbeiten und unter den besonderen Bedingungen des Gesundheitswesens möglichst marktwirtschaftlich ausgestaltet werden sollen. Die Konsolidierung der gesetzlichen Krankenversicherung wird deshalb nach Vorlage des Sondergutachtens des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im

Gesundheitswesen fortgesetzt. Geprüft werden u. a. die Neuordnung des Leistungskataloges, der Umbau der heutigen Angebots- und Honorarstrukturen sowie eine Reform des Beitragssystems zur Stärkung der Eigenverantwortung.

(11) Den Finanzplatz Deutschland attraktiv gestalten

88. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Deutschland hat die Bundesregierung dem Parlament den Entwurf eines 2. Finanzmarktförderungsgesetzes vorgelegt. Durch das gesetzliche Verbot von Insidergeschäften und durch die Sicherstellung der Transparenz von Beteiligungsverhältnissen an börsennotierten Aktiengesellschaften sollen künftig in Deutschland die Standards eingeführt werden, die der Insider- und der Transparenz-Richtlinie der Europäischen Union entsprechen. Durch die Einrichtung eines Bundesaufsichtsamtes für den Wertpapierhandel und die Neugestaltung der Struktur der Börsenaufsicht wird der Finanzplatz Deutschland gestärkt und an Vertrauen gewinnen. Der Stärkung des Finanzplatzes dienen auch die Herabsetzung des Mindestnennwertes der Aktie, die Erleichterung des grenzüberschreitenden Effekten-giroverkehrs und die verbesserten Möglichkeiten für Kapitalanlagegesellschaften, von Finanzinnovationen Gebrauch zu machen.

Mit der 5. Novelle des Kreditwesengesetzes, die Anfang 1995 in Kraft treten soll, wird neueren internationalen Aufsichtsanforderungen Rechnung getragen, die in zwei Richtlinien der Europäischen Union ihren Niederschlag gefunden haben.

(12) Verbraucherinteressen im Markt wirksam werden lassen

89. Für die Stärkung der Verbraucherposition bietet ein unverfälschter Wettbewerb auf offenen Märkten die beste Gewähr; die Bundesregierung wird deshalb marktwidrige Regulierungen abbauen (vgl. auch Ziffern 54 ff.). Sie beabsichtigt, in der nächsten Legislaturperiode Vorschriften über Öffnungszeiten im Lichte der Erfahrungen mit dem Dienstleistungsabend in Deutschland und der Praxis in anderen Ländern zu überprüfen.

Noch in dieser Legislaturperiode wird die Pauschal-reiserichtlinie der Europäischen Union in deutsches Recht umgesetzt.

Die Bundesregierung wird weiterhin Mittel für die Verbraucheraufklärung zur Verfügung stellen. Die Verbraucherzentralen werden noch 1994 aus dem Bundeshaushalt in der bisherigen Form gefördert. Von 1995 an sollen Mittel für die Förderung verbraucherpolitischer Projekte von bundesweiter Bedeutung umgeschichtet werden. Die bewährte Förderung der Dachorganisationen der Verbraucherarbeit und der Stiftung Warentest sowie der Verbraucherzentralen in den neuen Ländern wird die Bundesregierung fortsetzen.

(13) Mit einem leistungsfähigen Verkehrswesen und attraktiver Infrastruktur zur Zukunftssicherung beitragen

90. Die zentrale Lage Deutschlands in Europa ist ein wesentlicher Standortvorteil. Damit er zum Tragen kommen kann, sind der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur insbesondere in Ostdeutschland und ihre optimale Nutzung erforderlich. Die Bundesregierung nimmt sich dieser Aufgaben mit Nachdruck an:

- Der Bundesverkehrswegeplan 1992, dessen vordringliche Maßnahmen für einen Zeitraum bis zum Jahr 2012 geplant sind, wird zügig umgesetzt. Der erste gesamtdeutsche Verkehrswegeplan schafft eine Grundlage für den zukunftsorientierten Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur mit Priorität für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Diesen kommt für das Zusammenwachsen der alten und neuen Länder eine Schlüsselfunktion zu.
- Der hohe Finanzbedarf für den Verkehrswegeausbau kann nicht allein durch den Bundeshaushalt finanziert werden. Um die Realisierung vordringlicher Maßnahmen zu beschleunigen, muß privates Kapital mobilisiert werden. Die Bundesregierung hat erste Pilotprojekte zur Privatfinanzierung auf den Weg gebracht.
- Mit dem Planungsvereinfachungsgesetz, das Ende 1993 in Kraft trat, werden Planungsverfahren in alten und neuen Ländern verkürzt. Sie können damit schneller und billiger umgesetzt werden.
- Der Einsatz der Magnetschnellbahn Transrapid auf der Strecke Hamburg — Berlin ist nunmehr in ein konkretes Entscheidungsstadium getreten. Es geht hier um technologische Neuentwicklungen, in denen deutsche Unternehmen führend sind. Ausgehend vom Kabinettsbeschluß vom 8. Dezember 1993 wird die Bundesregierung bis Ende März 1994 nach Gesprächen mit Industrie und Banken über deren Vorschlag zur Finanzierung des Transrapid über die Durchführung des Projektes entscheiden.
- Das seit Jahresbeginn geltende Tarifaufhebungsgesetz im Güterverkehr befreit die Verkehrsbereiche von starren Marktstrukturen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. In offenen Verkehrsmärkten entfällt der Zwang zum Ausweichen in den Werkverkehr mit hohem Leerfahrtenanteil, was auch umweltpolitisch erwünscht ist.
- Erhebliche Fortschritte bei der Fiskalharmonisierung in der Europäischen Union ermöglichen die Angleichung der Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr u. a. durch eine deutliche Absenkung des Steuersatzes für emissionsarme Lastkraftwagen in der Bundesrepublik Deutschland ab 1. April dieses Jahres.
- Ab dem 1. Januar 1995 ist die Erhebung von zeitbezogenen Autobahngebühren für deutsche und ausländische Lastkraftwagen vorgesehen, die ab 1998 durch streckenbezogene Gebühren ersetzt werden können. Mit diesem Verfahren, dessen

technische Voraussetzungen gegenwärtig in einem Feldversuch getestet werden, kann insbesondere auch der unterschiedlichen zeitlichen und räumlichen Knappheit der Verkehrswege Rechnung getragen werden.

- Die Bundesregierung wird bis zum Herbst 1994 die Voraussetzungen für Finanzierung, Errichtung und Betrieb von Neubaustrecken von Bundesfernstraßen durch Private auf der Grundlage einer Gebührenfinanzierung schaffen und mit der Umsetzung konkreter Projekte beginnen.
- Zur effizienten und umweltgerechten Gestaltung des Verkehrs wird der Vernetzung der Verkehrssysteme durch übergreifende Kommunikations-, Leit- und Informationstechniken künftig eine zunehmende Bedeutung beigemessen.
- Die Bundesregierung mißt dem Abschluß des deutsch-amerikanischen Luftverkehrsabkommens große Bedeutung bei, dadurch erfahren die deutschen Luftfahrtunternehmen eine deutliche Stärkung ihrer Wettbewerbsposition.

91. Ein besonderes Gewicht für mehr Wettbewerb und Privatisierung im Rahmen einer umweltgerechten Verbesserung des Verkehrswesens in Deutschland hat die Bahnreform, die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getreten ist. Die bisher als Verwaltung geführten Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn werden in einer Aktiengesellschaft zusammengefaßt. Die Lösung aus dem öffentlichen Bereich ist ein wesentliches Element der Strukturreform. Die bisher bei den beiden Bahnen aufgelaufenen Schulden werden vom Bund übernommen. Gleichzeitig leistet der Bund einen Beitrag zum Abbau des investiven Nachholbedarfs der Deutschen Reichsbahn. Um die dem Bund aus der Strukturreform Bahn erwachsenen Belastungen zu vermindern, hat die Bundesregierung die zügige Verwertung nicht-betriebsnotwendiger Liegenschaften von Bundesbahn und Reichsbahn beschlossen. Vorgesehen hierzu ist ein „Paket“ von Grundstücken mit einem Wertvolumen von 14 bis 15 Mrd. DM. Die bisherigen hoheitlichen Aufgaben werden auf ein Eisenbahnbundesamt übertragen. Die neue Deutsche Bahn AG erhält damit die Möglichkeit für eine dem Verkehrsmarkt angepaßte Unternehmensstrategie mit dem Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und damit vor allem die Straßen zu entlasten. Die Öffnung des Fahrwegs für Dritte wird auch im Schienenverkehr Wettbewerb ermöglichen.

Die Bereiche Personenfernverkehr, Personennahverkehr, Güterverkehr und Fahrweg werden gesondert geführt und abgerechnet, bis sie nach frühestens drei, spätestens fünf Jahren in eigene Aktiengesellschaften ausgegliedert werden. Der Schienenpersonennahverkehr wird ab 1. Januar 1996 in die Aufgaben- und Finanzzuständigkeit der Länder übertragen, um ein Straße und Schiene umfassendes integriertes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr nach den jeweiligen regionalen bzw. kommunalen Erfordernissen planen und abwickeln zu können (Regionalisierung).

92. Mit der angestrebten Verständigung der Fraktionen des Deutschen Bundestages, den organisationsrechtlichen Teil der Postreform, insbesondere die Umwandlung der Unternehmen der Deutschen Bundespost in Aktiengesellschaften, zügig gesetzgeberisch umzusetzen, werden grundlegende Voraussetzungen für eine Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen als Anbieter und Nachfrager auf in- und ausländischen Märkten geschaffen. In den kommenden Jahren wird es unter standort- und wachstumspolitischen Aspekten darauf ankommen, über die jetzt ins Auge gefaßten befristeten marktordnenden Gesetze hinaus die Wettbewerbsbedingungen für andere Unternehmen und die Stellung der Nachfrager auf den Märkten des Postwesens und der Telekommunikation deutlich zu verbessern. Im Vordergrund wird dabei die definitive Beendigung der jetzt noch verlängerten Monopolrechte der Unternehmen der Deutschen Bundespost in Übereinstimmung mit dem Recht der Europäischen Gemeinschaft, die grundsätzliche Verankerung eines Rechtsanspruches auf Zugang zu sämtlichen Märkten und die Einführung einer neuen sektorspezifischen, wettbewerbsorientierten Verhaltenskontrolle marktbeherrschender Anbieter durch marktkonforme Regulierungsinstrumente stehen. Unter Einschluß dieser künftigen Aktivitäten wird sich die angestrebte Postreform insgesamt an Leitvorstellungen orientieren, wie sie auch der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat (Ziffer 412 JG). Wie der Rat ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß es nur auf der Basis entsprechend veränderter Rahmenbedingungen möglich sein wird, die Telekommunikationsinfrastruktur in Deutschland zügig und bedarfsgerecht fortzuentwickeln und die vielfältiger werdende Nachfrage nach neuen Dienstleistungen und Anwendungen preisgünstig zu befriedigen.

93. Die Europäische Kommission hat in ihrem jüngsten Weißbuch zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der Gemeinschaft die Notwendigkeit zur Errichtung einer leistungsfähigen trans-europäischen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur als Voraussetzung für eine größere Wettbewerbsfähigkeit unterstrichen. Die Bundesregierung stimmt mit der Kommission darin überein, daß zum Ausbau der Infrastruktur und zur besseren Nutzung des vorhandenen Potentials zusätzliche Anstrengungen aller Beteiligten — von der herstellenden Industrie bis zu den Nutzern selbst — erforderlich sind. Sie ist jedoch nicht der Auffassung, daß diese — sei es auf gemeinschaftlicher oder einzelstaatlicher Ebene — zentral geplant werden können. Vielmehr ist es notwendig, die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auf sämtlichen betroffenen Märkten auf der Angebots- wie der Nachfrageseite zu stärken. Staatliches Engagement muß vor allem auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen achten. Die erforderlichen Normungsarbeiten insbesondere auf Gemeinschaftsebene sollten unterstützt und zugleich die Bedingungen für das gemeinschaftsweite technische Zusammenwirken von Informations- und Telekommunikationsnetzen und -diensten verbessert werden. Außerdem sind staatliche Verwaltungen aufgerufen, Telematikanwendungen — im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel — in ihren eigenen Bereichen

voranzutreiben und damit ihre Produktivität zu erhöhen.

94. Im Wohnungsbau setzt die Bundesregierung weiterhin auf eine Politik der Angebotsausweitung durch investitionsfördernde miet- und steuerrechtliche Rahmenbedingungen und eine effizientere Gestaltung des sozialen Wohnungsbaus sowie ein seiner sozialen Funktion gerecht werdendes Wohngeld. In den *neuen Ländern* haben Instandsetzung und Modernisierung des Wohnungsbestandes hohe Priorität. Auch gewinnt der Wohnungsneubau, wie schon in den *alten Ländern*, zunehmend an Bedeutung.

95. Beim sozialen Wohnungsbau tritt die Bundesregierung für einen Umbau des traditionellen Fördersystems in Richtung marktorientierter Mieten und einer stärker einkommensorientierten Förderung ein. Sie fordert die Länder auf, in diesem Jahr zumindest Teile ihrer Fördermittel für entsprechende Pilotprogramme zur Verfügung zu stellen und an praxisgerechten Modellen des neuen Förderkonzepts mitzuarbeiten. Noch in dieser Legislaturperiode wird das Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 verabschiedet. Mit einem Gesamtkonzept wird eine umfassende Reform des sozialen Wohnungsbaus angestrebt. Zu diesem Zweck wird die Einkommensorientierung der Wohnungsbauförderung auf der Basis einer begrenzten Grundförderung und einer am Mietereinkommen orientierten individuellen Zusatzförderung gegenüber der herkömmlichen objektbezogenen Förderung deutlich verstärkt. Durch diese grundlegende Neuorientierung der Wohnungsbauförderung werden zugleich Mietverzerrungen verringert und Fehlbelegungen vermieden.

96. Für die *neuen Länder* geht der Sachverständigenrat wie die Bundesregierung von einer weiteren Erholung im Wohnungsbau aus (Ziffer 229 JG). Einen entscheidenden Impuls werden neben den mietenpolitischen Reformschritten die Maßnahmen zur Lösung des Altschuldenproblems geben. Die Bundesregierung fordert die Wohnungswirtschaft auf, die durch die Altschuldenhilfe entstandenen finanziellen Spielräume für eine zügige Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungsbestände zu nutzen. Außerdem sollten von den Wohnungsbaugesellschaften die verbesserten Möglichkeiten zur Privatisierung der Wohnungen zügig aufgegriffen werden, wobei ein Verkauf vorrangig an die Mieter erfolgen sollte. Der hohen wohnungspolitischen Bedeutung von Instandsetzung und Modernisierung tragen das auf insgesamt 60 Mrd. DM aufgestockte KfW-Programm, Übergangsbürgschaften und die in den neuen Ländern gegebene Möglichkeit, die Mittel des sozialen Wohnungsbaus auch für die Sanierung einzusetzen, Rechnung.

97. Eine auf soziale Absicherung sowie auf Ausweitung und Verbesserung des Wohnungsbestandes ausgerichtete Wohnungspolitik ist auf das Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, von Bund, Ländern und Gemeinden angewiesen. Dies gilt auch für die verstärkte Ausweisung von Bauland, für die durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz

zusätzliche städtebauliche Instrumente geschaffen worden sind. Hierdurch werden auch die Voraussetzungen für die Gestaltung attraktiver Städte durch Investitionen des Dienstleistungsbereichs verbessert.

Die Bundesregierung setzt sich wie der Sachverständigenrat (Ziffer 398 JG) für einen noch weitergehenden Abbau administrativer Hemmnisse im Wohnungsbau ein. Sie hat hierzu eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt, die bis Mitte 1994 Vorschläge für eine Streichung von kostenrelevanten Vorschriften im Baurecht und Konzepte für kostensparende Bauweisen vorlegen soll.

(14) Umweltpolitische Rahmenbedingungen ausbauen

98. Die Umweltpolitik der Bundesregierung zielt auf den Erhalt und die Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen. Dies erfordert zum einen eine stärkere Verzahnung von Umweltpolitik und anderen Politikbereichen, auch im Sinne einer Integration umweltpolitischer Anliegen in andere Politikbereiche. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund schon im Bericht zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland angekündigt, das gesamte finanz- und wirtschaftspolitische Instrumentarium auf seine Umweltrelevanz zu prüfen und — wo nötig — zu modifizieren. Zum anderen muß sich die Umweltpolitik strikt am Verursacher-, Vorsorge- und Kooperationsprinzip orientieren. Die Bundesregierung wird daher verstärkt darauf hinwirken, daß die Kosten der Umweltnutzung denjenigen angelastet werden, die durch Produktion, Vertrieb und Konsum die Umwelt belasten. Nur so erhalten die Unternehmen und privaten Haushalte die umweltpolitisch richtigen Preissignale als Grundlage für ihre Entscheidungen. Dies setzt Transparenz der Kosten der Umweltnutzung voraus.

99. Auch in der derzeitigen wirtschaftlich schwierigen Phase darf es einen Stillstand in der Umweltpolitik nicht geben. Es kommt vielmehr darauf an, den ohnehin erforderlichen Strukturwandel umweltgerecht zu gestalten. Nach Ansicht der Bundesregierung müssen vor diesem Hintergrund auch die positiven Struktureffekte, die sich in der führenden Rolle der deutschen Wirtschaft auf dem weltweit expandierenden Umweltschutzgütermarkt niederschlagen, in der Diskussion über den Zusammenhang von Umweltschutz und Attraktivität des Standorts Deutschland berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung wendet sich gegen Bestrebungen anderer Industrienationen, ihre nationalen Unternehmen durch breit angelegte Exportförderprogramme zu einem Einstieg in den Umweltschutzgütermarkt zu ermutigen.

Sie stimmt der Ansicht des Sachverständigenrates zu, daß sich für die deutsche Industrie im ganzen eine auf die zu verkraftenden Umweltschutzanforderungen zurückzuführende Verschlechterung der internatio-

nen Wettbewerbssituation nicht feststellen läßt (Ziffer 426 JG). Die Bundesregierung verweist aber darauf, daß sich aus der Sicht besonders umweltintensiver Unternehmen die Wettbewerbssituation unter Umständen anders darstellt. Dessen ungeachtet muß die Umweltpolitik zugleich ökologisch wirksam und ökonomisch effizient gestaltet werden, damit es nicht zu einer Überforderung der Wirtschaft kommt. Dazu gehören klare umweltpolitische Vorgaben und angemessene Anpassungszeiträume, damit Unternehmen und private Haushalte verlässliche Grundlagen für ihre Entscheidungen erhalten.

100. Die vorsorgende Umweltpolitik der Bundesregierung beruht auf einer Kombination von Ordnungsrecht und marktwirtschaftlichen Instrumenten sowie sonstigen flankierenden Instrumenten (z. B. Beratung, Information, Aus- und Fortbildung). Das Ordnungsrecht wird — jedenfalls im Bereich der Gefahrenabwehr — auch in Zukunft eine unverzichtbare Grundlage der Umweltpolitik bleiben. Allerdings ist, so der Sachverständigenrat, das Netz ordnungsrechtlicher Normen und Vorschriften bereits äußerst dicht geworden (Ziffer 423 JG). Die Bundesregierung wird das Ordnungsrecht — ohne seine Funktion zu schwächen — weiter vereinfachen und effizienter gestalten. Dazu gehört auch die Verkürzung von Genehmigungsverfahren.

Die Bundesregierung wird zunehmend marktwirtschaftliche Instrumente (z. B. Gebühren, Versicherungslösungen, Selbstverpflichtungen und Branchenabkommen, Steuern und Sonderabgaben) einsetzen, die auf die Eigenverantwortung der Verursacher bauen und ihr Interesse an der Vermeidung von Umweltbelastungen fördern. Sie bieten zusätzliche Anreize zum Auffinden neuer umweltfreundlicher Produktionsverfahren und Produkte, die über die bloße Einhaltung ordnungsrechtlicher Vorschriften hinausgehen und Umweltschutzziele effizient erreichen helfen.

Allerdings müssen die Probleme neuer Abgaben im Hinblick auf ihre Lenkungswirkung und die Komplizierung des Abgabenrechts im Einzelfall gegen ihre Vorteile abgewogen werden. Umweltafgaben dürfen nicht zu einer Steigerung der schon jetzt sehr hohen Abgabenquote führen. Dies liegt auch im Interesse einer dem Umweltschutz verpflichteten Politik. Die Bürger sollten Umweltafgaben nicht als Vorwand für eine Erhöhung der Steuerlast verstehen. Soweit umweltpolitisch motivierte Abgaben in Betracht kommen, muß die entstehende zusätzliche Abgabenlast durch Senkung bestehender Abgaben ausgeglichen werden.

Auch der Sachverständigenrat plädiert für den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente, wo immer möglich (Ziffer 423 JG). Dabei fordert er ebenfalls den Ausgleich umweltpolitisch begründeter Abgaben durch Entlastungen an anderer Stelle (Ziffer 426 JG).

101. Bei wichtigen Umweltschutzmaßnahmen strebt die Bundesregierung aus ökonomischen und ökologischen Gründen eine internationale Harmonisierung auf hohem Schutzniveau an, der Umweltpolitik der Europäischen Union kommt dabei besondere Bedeu-

tung zu. Hierdurch wird der Gefahr begegnet, daß notwendige nationale umweltpolitische Maßnahmen zu Standortverlagerungen von umweltbelastenden Produktionen in andere Staaten beitragen, was die globale Umweltbelastung sogar vergrößern könnte.

Der Umsetzung der Beschlüsse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (Rio 1992) wird die Bundesregierung unter Berücksichtigung der in Rio anerkannten besonderen Verantwortung der Industrieländer als wesentliche Verursacher für bisher entstandene globale Umweltschäden auch weiterhin eine hohe Priorität einräumen.

Im Rahmen ihrer Klimaschutzstrategie setzt sich die Bundesregierung für eine zumindest europaweite sowie aufkommens- und wettbewerbsneutrale CO₂-/Energiesteuer (vgl. Ziffer 35) sowie eine Fortentwicklung der Klima-Rahmenkonvention ein. Die Weiterentwicklung und Umsetzung des CO₂-Minderungsprogramms der Bundesregierung zählt weiterhin zu den umweltpolitischen Schwerpunkten.

102. Nach Auffassung der Bundesregierung ist es erforderlich, möglichst noch in dieser Legislaturperiode ein Bundes-Bodenschutzgesetz zu verabschieden. Um die Produktverantwortung von Herstellern und Vertreibern zu unterstreichen, sollen das Abfallgesetz zu einem Kreislaufwirtschaftsgesetz fortentwickelt und weitere Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Entsorgung von Abfällen vorgesehen werden, die zugleich ökonomisch und ökologisch vertretbar sind.

Den Einsatz von privaten Innovationen, Management und Kapital beim Ausbau der Umweltschutzinfrastruktur insbesondere in den neuen Ländern unterstützt die Bundesregierung, indem sie z. B. um den Abbau rechtlicher und steuerlicher Hemmnisse bemüht ist, Informations- und Beratungsmaßnahmen für die Kommunen fortsetzt und auf eine größere Akzeptanz bei Ländern und Gemeinden hinwirkt.

103. Eine der wichtigsten Aufgaben der Umweltpolitik liegt nach wie vor in der Mitgestaltung des Aufbauprozesses in den *neuen Ländern*. In den stark belasteten Regionen zeigt sich besonders deutlich, wie eng die jeweilige Umweltqualität mit der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft ist. Die Umweltsanierung ist daher auch für die Wiederbelebung der Wirtschaft in den neuen Ländern besonders wichtig.

Drei Schwerpunktaufgaben stehen im Mittelpunkt der Bemühungen beim Abbau bestehender Investitionshemmnisse im Umweltbereich:

- die Sanierung der vorhandenen Altlasten, insbesondere zur Wiederaufbereitung alter Industriebrachen für neue Ansiedlungsprojekte;
- die Sanierung der Braunkohletagebaue einschließlich der Regulierung des Wasserhaushaltes in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier;

- der Auf- bzw. Ausbau einer funktionsfähigen Umweltschutzinfrastruktur, d. h. der Bau von Kläranlagen und Abfallentsorgungsanlagen mit Hilfe privaten Know-hows und Kapitals.

(15) Energieversorgungsstrukturen auf die Zukunft ausrichten

104. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, in wichtigen Grundfragen der Energiepolitik zu einer parteiübergreifenden und von den gesellschaftlichen Gruppen breit akzeptierten Verständigung zu kommen. Sie hat im Dezember 1993 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Zusammenhang zwischen dem weiteren Einsatz der deutschen Steinkohle und der längerfristigen Nutzung der Kernenergie verdeutlicht. Zur Kohlepolitik sieht der Gesetzentwurf für 1996 eine modifizierte Fortführung des Kohlepfennigs und die Festsetzung eines Finanzplafonds von 7,5 Mrd. DM vor. Für die Verstromung deutscher Steinkohle in den Jahren 1997–2000 ist ein Finanzplafond von 7 Mrd. DM vorgesehen. Über die Art der Finanzierung ab 1997 wird rechtzeitig entschieden. Die Finanzplafonds sollen nach dem Jahr 2000 weiter zurückgeführt werden.

Außerdem wird in dem Gesetzentwurf die im Zusammenhang mit der Nutzung der Kernenergie zu klärende Frage der Entsorgung (Zulassung der direkten Endlagerung neben der Wiederaufarbeitung) geregelt und die Option für einen künftigen Reaktor, der zusätzliche Sicherheitsziele erfüllt, offen gehalten.

Die Bundesregierung wird in Kürze mit der Energiewirtschaft Gespräche über deren stärkere Beteiligung an der Finanzierung von Energietechnologieforschung führen.

105. In den *neuen Ländern* muß die Privatisierung der Braunkohleindustrie und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen zügig zum Abschluß gebracht werden. Nach der Beendigung des Verfassungskonflikts über die ostdeutsche Stromversorgung und dem Inkrafttreten der von den kommunalen Spitzenverbänden, den westdeutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, dem Bund und den ostdeutschen Kommunen ausgehandelten Vereinbarung über die Struktur der Stromversorgung sind wesentliche Hemmnisse für Investitionen in die ostdeutsche Strom- und Fernwärmeversorgung beseitigt. Die Beteiligten sind aufgerufen, die dort getroffenen Vereinbarungen zugunsten der ostdeutschen Braunkohle konsequent einzuhalten. Die Bundesregierung ist bereit, auf der Grundlage der bisherigen Zusammenarbeit mit den neuen Ländern die Sanierung der Braunkohlealtlasten nach 1997 fortzusetzen.

106. Auf dem Wärmemarkt in den *neuen Ländern* ist der Ersatz veralteter Heizungsanlagen durch modernere, umweltfreundlichere Heizungssysteme fortgeschritten. Dazu hat neben dem Aufbau vorher meist nicht vorhandener Vertriebsstrukturen für Heizöl die sich schnell vollziehende Umstellung von Stadt- auf Erdgas beigetragen. Ende 1993 waren bereits ca. 80 % der Tarifabnehmer mit Erdgas versorgt. Die Gasver-

sorgungsunternehmen gehen davon aus, daß bis 1995 die Umstellung auf Erdgas beendet sein wird.

Mit dem mehrjährigen Bund-Länder-Fernwärmesaniierungsprogramm wurden in den Jahren 1992 und 1993 Investitionen von über 2 Mrd. DM gefördert. Dieses Programm wird bis 1995 fortgesetzt.

107. Bei den leitungsgebundenen Energien Strom und Gas muß bundesweit wirksamer brancheninterner Wettbewerb eingeführt werden. Die Bundesregierung bereitet eine entsprechende Reform des Ordnungsrahmens für Strom und Gas vor, die eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in diesem Bereich einschließt. Dabei geht es auch um die Abschaffung von ausschließlichen Wegerechten und Demarkationsverträgen sowie einen verbesserten Netzzugang Dritter, wobei die europa- und regionalpolitischen Zusammenhänge zu beachten sind und das Recht der Kommunen auf die Erhebung von Konzessionsabgaben nicht beeinträchtigt wird. In das Energiewirtschaftsgesetz soll die Umweltverträglichkeit als gleichberechtigter Gesetzeszweck aufgenommen werden. Zugleich wird die staatliche Aufsicht als Beitrag zur Deregulierung auf das Maß zurückgeführt, das auch nach Einführung von mehr Wettbewerb notwendig bleibt; Unterschiede zwischen Strom und Gas werden angemessen berücksichtigt. Dies bedeutet, daß energie- und umweltpolitische Ziele verstärkt durch generelle Rahmenbedingungen wie Umweltstandards oder finanzielle Be- und Entlastung erreicht werden müssen. In Brüssel tritt die Bundesregierung dafür ein, daß die geänderten Richtlinien-Vorschläge der Europäischen Kommission zum Binnenmarkt für Strom und Gas rasch verabschiedet werden, und zwar möglichst ohne Abstriche am wettbewerbsrechtlichen Ansatz, aber mit weiterer Vereinfachung und Konzentration auf die wesentlichen Grundsätze.

Mit dieser Haltung trägt die Bundesregierung Forderungen der von ihr eingesetzten Deregulierungskommission Rechnung. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Sachverständigenrates, daß sich Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung effizienter erreichen lassen als im gegenwärtigen System mit seinen monopolistischen Strukturen (Ziffern 399 ff. JG). Die Fortentwicklung des Ordnungsrahmens in Deutschland und im europäischen Binnenmarkt ist daher notwendig und unausweichlich. Die Bundesregierung fordert alle Beteiligten auf, sich bereits jetzt auf mehr Wettbewerb einzustellen; dazu gehört auch das Ausnutzen zusätzlicher Marktchancen, die sich durch Abbau von Monopolpositionen ergeben.

108. Die stärkere Öffnung der internationalen Energiemärkte und die energiewirtschaftliche Zusammenarbeit sind wichtige Pfeiler einer sicheren und modernen Energieversorgung für die Zukunft. Die Ost-West-Zusammenarbeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Um in den mittel- und osteuropäischen Ländern einschließlich der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion mit westlichem Kapital und Fachwissen Energiere Ressourcen zu erschließen, die Sicherheit der Kernenergienutzung zu verbessern und auf eine spar-

same und umweltschonende Energieverwendung hinzuwirken, setzt sich die Bundesregierung mit Nachdruck für den baldigen Abschluß der Verhandlungen über den rechtlich verbindlichen Energie-Charta-Vertrag ein.

(16) Strukturschwächen durch Regionalpolitik entgegenwirken

109. Seit dem 1. Januar 1994 gilt für das Fördergebiet der Bund- Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) eine neue Abgrenzung. Auf Wunsch der Europäischen Kommission ist in den alten Ländern das Fördergebiet um rd. ein Viertel verringert worden. Die neuen Länder bleiben wie bisher insgesamt Fördergebiet.

110. Bei den Förderbedingungen (Fördersätze, Kumulierungsmöglichkeiten mit anderen Investitionshilfen) wurde das Präferenzgefälle zugunsten der *neuen Länder* verstärkt. In ostdeutschen Regionen mit besonders großen Arbeitsmarktp Problemen können die Höchstsätze für GA-Investitionszuschüsse im Rahmen der zulässigen Gesamtfördergrenzen der Europäischen Kommission überschritten werden.

Seit der Vereinigung sind die Regionalprobleme in *Westdeutschland* im Vergleich zu den durchweg schwierigeren Verhältnissen im Osten zu sehen. Daher wurden parallel zur Ausstattung der neuen Länder mit hohen Fördermitteln die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe-West verringert. Gleichwohl muß auch in den alten Ländern die Gemeinschaftsaufgabe in Zukunft einen Beitrag leisten, um Regionen mit gravierendem Strukturwandel, z. B. in der Industrie oder in der Landwirtschaft, bei der Anpassung zu helfen. Die Mittelausstattung in der Gemeinschaftsaufgabe-West wird (nach dem Haushaltssoll) deshalb 1994 im Vergleich zum Vorjahr konstant gehalten.

Nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1994 steht in den *neuen Ländern* für die Bewilligung neuer Investitionszuschüsse in diesem Jahr ein Betrag von bis zu 11,9 Mrd. DM bereit, der sich je zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln zusammensetzt. Zusätzlich werden etwa 1,9 Mrd. DM an Rückflüssen aus dem Regionalfonds der Europäischen Union erwartet.

111. Die Europäische Union beteiligt sich mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ab 1994 verstärkt an der Regionalförderung in Deutschland. Durch die seit 1993 geltende Strukturfondsverordnung sind die *neuen Länder* beginnend ab 1994 für sechs Jahre als Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel-1-Gebiete) eingestuft. Es kommt jetzt darauf an, die neuen Fördermaßnahmen möglichst schnell wirksam werden zu lassen.

In *Westdeutschland* wird 1994 die Regionalförderung der Europäischen Union in den neu festgelegten Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind (Ziel-2-Gebiete), und ländlich strukturierten Regionen (Ziel-5b-Gebiete) weitergeführt.

Darüber hinaus besteht für die alten Länder und erstmalig seit 1994 auch für die neuen Länder die Möglichkeit, sich an Gemeinschaftsinitiativen der Europäischen Union zu beteiligen. Schwerpunkte für die Regionalpolitik werden hierbei Förderprogramme für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die ländliche Entwicklung und die Bewältigung des industriellen Wandels einschließlich der Konversion der Rüstungsindustrie und der Militärstandorte sein.

112. Die wirtschaftliche Erneuerung in den *neuen Ländern*, kann nur mit einem Bündel strukturwirksamer Maßnahmen bewältigt werden. Neben der Regionalpolitik müssen dabei andere Politikbereiche — Verkehr, Stadtentwicklung, Bildung und Ausbildung, Arbeitsförderung, Umweltschutz sowie Forschung und Technologie — ihren jeweiligen Beitrag leisten. Die von Fall zu Fall notwendige Koordinierung ist primär Aufgabe des Landes bzw. der Region; denn wirksame Konzepte können nur auf lokaler und regionaler Ebene erarbeitet werden.

Die besonderen Anstrengungen in Problemregionen unterstützt der Bund durch seine Beteiligung an Regionalkonferenzen. Durch solche Konferenzen soll erreicht werden, daß die Verantwortlichen gemeinsam Perspektiven für die Region entwickeln und Erneuerungskräfte mobilisieren. Nachdem solche Regionalkonferenzen entsprechend dem Vorbild der Ruhrgebietskonferenz bereits in Stralsund, Leuna und Worbis stattfanden, sind in diesem Jahr weitere in den neuen Ländern vorgesehen, insbesondere in Gera und eine Folgekonferenz in Nordthüringen.

C. Die Europäische Union verwirklichen

113. Mit dem Vertrag über die Europäische Union wird die europäische Integration verstärkt. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Absicht, die Einigung Europas nach der Vollendung des Binnenmarktes vor allem auch durch weitere Intensivierung der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit fortzuführen. Sie wird hierbei durch den Sachverständigenrat bestärkt, der nachdrücklich davor warnt, die bisherigen Erfolge durch eine Renationalisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik aufs Spiel zu setzen (Ziffer 341 JG).

Zur langfristigen Absicherung der erreichten Erfolge bedarf es einer Zusammenarbeit, die über Freihandel und wirtschaftspolitische Kooperation hinausgeht. Voraussetzung für die dauerhafte Bewahrung von wirtschaftlicher Einigung, Stabilität und Frieden in Europa ist die Politische Union. Die Bundesregierung strebt ein geeintes Europa an, das seine Kräfte bündelt, zugleich aber die Vielfalt und die Identität seiner Mitgliedstaaten wahrt. Der Vertrag von Maastricht ermöglicht dafür eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie Innen- und Rechtspolitik. Wichtig ist weiterhin, daß die Befugnisse des Europäischen Parlaments in vielen für die Bürger bedeutsamen Bereichen wesentlich gestärkt werden.

114. Die Bundesregierung übernimmt im 2. Halbjahr 1994 die Präsidentschaft in der Europäischen Union, wofür sie vier Schwerpunkte vorsieht:

- Sicherung des Standorts Europa im Interesse der Stärkung von Wachstum und Beschäftigung;
- Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zur Vermeidung einer zentralistischen Entwicklung;
- verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik, insbesondere bei der Errichtung einer europäischen Polizeibehörde Europol;
- Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, um zu einem Pakt für die politische Stabilität in Europa zu kommen.

(1) Grundsätze zum Vertrag über die Europäische Union umsetzen

115. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 hat die Auffassung der Bundesregierung bestätigt, daß die Bestimmungen des Unionsvertrages voll und ganz im Einklang mit dem Grundgesetz stehen und daß die Integration fortentwickelt werden kann.

Die ordnungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung sind im Vertrag aufgenommen worden. Er verpflichtet die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten auf den Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit

freiem Wettbewerb. Zugleich wird vom Bundesverfassungsgericht bekräftigt, daß die Wirtschafts- und Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft konzipiert ist. Die Bundesregierung wird darauf achten, daß sich die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten an diesen Grundsätzen ausrichtet.

Durch die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips soll gewährleistet werden, daß Entscheidungen bürgerlich und unter Wahrung der Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten getroffen werden. Dieser Grundsatz erlaubt der Gemeinschaft, sich auf die Maßnahmen zu konzentrieren, die auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht angemessen verwirklicht werden können, und bewahrt den Mitgliedstaaten ausreichende Gestaltungsspielräume.

116. Es kommt jetzt darauf an, das Erreichte zu festigen und fortzuentwickeln. Dazu gehört nicht nur die Vertiefung, sondern auch die Erweiterung der Union.

Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen der Europäischen Union und den EFTA-Staaten (ohne Schweiz) ist am 1. Januar 1994 in Kraft getreten; es gewährleistet binnenmarktähnliche Verhältnisse zwischen 17 europäischen Ländern. Die Bundesregierung tritt für den Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen in relativ kurzer Frist ein. In längerfristiger Perspektive bleibt darüber hinaus die Osterweiterung der Union ihr Ziel. Mit einer Heranführung der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas an die Europäische Union wird die Stabilität der europäischen Ordnung gestützt.

(2) Verstärkte Konvergenz als Weg zur Europäischen Währungsunion sicherstellen

117. Zu den positiven Wirkungen der Integration zählen die Erfolge vieler Mitgliedstaaten auf dem Weg zur Geldwertstabilität. Gleichwohl ist der gegenwärtige Stand der Konvergenz in der Europäischen Union noch weit von den Erfordernissen einer dauerhaften Stabilitätsgemeinschaft entfernt. Der Schlüssel für die Konvergenz als Voraussetzung der fristgerechten Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion liegt insbesondere in einer vorrangig auf die Preisstabilität verpflichteten Geldpolitik sowie in einer entschlossenen Politik der Haushaltskonsolidierung durch strikte Ausgabenbegrenzung. Die Bundesregierung wird es nicht zulassen, daß die Konvergenzkriterien aufgeweicht werden. Ihre Erfüllung ist entscheidend für die Funktionsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion und muß alleiniges Kriterium für den Eintritt in die Endstufe sein.

118. Der Vertrag über die Europäische Union stellt seit Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und

Währungsunion am 1. Januar 1994 den Mitgliedstaaten neue Instrumente und Verfahren zur Verfügung, mit denen die Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik verstärkt und die Schaffung eines hohen Konvergenzgrades gefördert werden sollen:

- Die multilaterale Überwachung der Wirtschaftspolitik wird durch die Einführung von „Grundzügen für die Wirtschaftspolitik“ gemäß Artikel 103 Abs. 2 des Vertrages intensiviert. Die „Grundzüge“ haben das Ziel, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zu verstärken, um so zu Preisstabilität, Wachstum und einer Verbesserung der Beschäftigungslage beizutragen. Der Europäische Rat hat am 10./11. Dezember 1993 erstmalig Schlußfolgerungen für die Grundzüge verabschiedet, die den Bezugsrahmen für die Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten darstellen.
- Die Verbote der Haushaltsfinanzierung durch Notenbankkredite (Artikel 1) und des bevorrechtigten Zugangs des Staates zu den Finanzinstituten (Artikel 1a) tragen dazu bei, daß der Staat sich wie jeder andere private Kreditnehmer zu Marktbedingungen refinanzieren und dem Disziplinierungsdruck des Marktes unterwerfen muß. Zugleich wird die Haushaltsentwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen des Verfahrens bei übermäßigen Haushaltsdefiziten gemäß Artikel 1c noch intensiver als bislang überwacht.

Die Bundesregierung wird die im Vertrag vorgesehene verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung mit den anderen Mitgliedstaaten konsequent nutzen, um auch auf diesem Wege die Konvergenz zu festigen. Sie hat außerdem einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbankgesetzes beschlossen, durch den die Gewährung von Kassenkrediten durch die Bundesbank an Bund, Länder und Sondervermögen des Bundes beendet wird. Sie bekräftigt damit ihre Entschlossenheit, die Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb des vertraglich festgelegten Terminplans zu verwirklichen. Die intensivere Zusammenarbeit wird dazu beitragen, das Vertrauen von Investoren und Verbrauchern zu stärken und die Wechselkurse im Europäischen Währungssystem stabil zu halten.

119. Dem Europäischen Währungsinstitut weist der Vertrag insbesondere die Aufgabe zu, die Koordinierung der nationalen Geldpolitiken zur Aufrechterhaltung der Preisstabilität zu verstärken sowie die technischen und organisatorischen Vorarbeiten für die einheitliche europäische Geld- und Währungspolitik in der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion durchzuführen.

Die Bundesregierung legt Wert darauf, daß in der Geldpolitik die Zuständigkeiten in der Übergangsphase zur Endstufe nicht verwischt werden. Die Kompetenz für die Geldpolitik verbleibt in der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion bei den nationalen Zentralbanken. Aufgabe des Europäischen Währungsinstituts ist nicht eine gemeinschaftliche Geldpolitik und die Festlegung gemeinsamer Geldmengenziele, sondern die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken.

Die Wahl von Frankfurt/Main als Sitz des Europäischen Währungsinstituts und der künftigen Europäischen Zentralbank ist ein Zeichen des Vertrauens in die deutsche Stabilitätspolitik und für die Bundesregierung eine Ermutigung, diesen Kurs entschlossen fortzusetzen.

(3) Gemeinsame Politik stärker auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa ausrichten

120. Die größte wirtschaftspolitische Aufgabe in Europa stellt gegenwärtig die hohe Arbeitslosigkeit dar. Rund 17 Millionen Menschen sind in der Europäischen Union ohne Beschäftigung. Darin liegt eine Herausforderung für die Union, die gemeinsame Anstrengungen erfordert, die Rezession zu überwinden und die Voraussetzungen für eine dauerhafte Wachstums- und Beschäftigungsdynamik zu schaffen. Die Diskussion über die Zukunft des Standorts Deutschland muß verbunden werden mit der Sicherung des Standorts Europa.

Die Situation auf den europäischen Arbeitsmärkten ist die Folge verspäteter und unzureichender Anpassung der europäischen Wirtschaft an weltwirtschaftliche Veränderungen, nicht zuletzt auch von Fehlern in der Lohnpolitik. Zur Korrektur dieser Versäumnisse wäre kurzfristiger Aktionismus nicht hilfreich. Für Europa wie für Deutschland gilt, daß sich ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit nur in einem Zeitraum von mehreren Jahren verwirklichen läßt.

121. Das von der Europäischen Kommission vorgelegte Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ist in diesem Zusammenhang als Grundlage für eine gemeinsame mittelfristige wirtschaftspolitische Strategie von großer Bedeutung. Aus Sicht der Bundesregierung müssen die Mitgliedstaaten in eigener Verantwortung und unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen Ausgangssituationen eine kohärente Politik betreiben, die sich an folgenden Zielen orientiert:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch Ausbau der Infrastruktur, eine bessere Nutzung des technischen Fortschritts, die zukunftsorientierte Gestaltung von Bildung und Ausbildung und den Abbau bürokratischer Hemmnisse.
- Aufrechterhaltung ungestörter wirtschaftlicher Beziehungen zu Drittländern, um die internationale Arbeitsteilung und den effizienten Einsatz von Ressourcen zu erleichtern.
- Neuorientierung der Lohnpolitik, um Arbeitskosten und Produktivität wieder in Einklang zu bringen. Belastungen, insbesondere die Lohnzusatzkosten, müssen begrenzt werden. Eine Kompensation von gezielten Beitragssatzsenkungen in der Sozialversicherung durch steuerfinanzierte Zuschüsse ist keine Lösung. Vielmehr setzt eine durchgreifende Entlastung Einsparungen und den Umbau sozialer Leistungen voraus.

— Reform der Arbeitsmärkte durch mehr Flexibilität der Arbeitszeiten. Die Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten bietet die Chance von Produktivitätsvorteilen aufgrund längerer Maschinenlaufzeiten.

122. Die gemeinsame Suche nach Lösungen für das Beschäftigungsproblem stand im Zentrum des Gipfeltreffens der Europäischen Union am 10./11. Dezember 1993 in Brüssel. Anhand des Weißbuchs verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs einen Aktionsplan, mit dem bis zum Ende des Jahrhunderts die Zahl

der Arbeitslosen erheblich verringert werden soll. Ziel der Gemeinschaft ist eine gesunde, offene, solidarische und dezentralisierte Wirtschaft in Europa. Die beschleunigte Schaffung transeuropäischer Netze in den Bereichen Verkehr und Energie sowie von neuen Informationsinfrastrukturen soll es erleichtern, die angestrebten Ziele zu erreichen. Allerdings sind öffentliche Investitionsprogramme kein Selbstzweck. Daher dürfen nur durch sinnvolle Projekte abgesicherte Programme verwirklicht werden, deren Finanzierung im Rahmen der bestehenden Instrumente erfolgen sollte.

D. Mit offenen Märkten die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung ausschöpfen

(1) Den freien Welthandel sichern und erweitern

123. Die Bundesregierung betreibt eine weltoffene Außenwirtschaftspolitik, die auf die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung ausgerichtet ist. Der Abbau von Einfuhrbeschränkungen, die Beendigung des internationalen Subventionswettkampfs, die Entfaltung eines ungehinderten Geld- und Kapitalverkehrs, die weitere Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und die Stärkung des multilateralen Welthandelssystems sind zentrale Ziele der deutschen Außenwirtschaftspolitik.

124. Der erfolgreiche Abschluß der GATT-Verhandlungen in der Uruguay-Runde hat für die stark international verflochtene deutsche Wirtschaft besondere Bedeutung. Die mit dem Abschluß erreichten Regelungen schaffen Vertrauen in dauerhaft offene Märkte und bedeuten weitgehende Liberalisierungsfortschritte auf vielen Feldern. So werden beim Marktzugang für Industriegüter die Zölle im Durchschnitt um mehr als ein Drittel gesenkt. Ein entscheidender Fortschritt ist das mit dem Abschluß erzielte Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das künftig den multilateralen Ordnungsrahmen für den internationalen Dienstleistungshandel darstellen wird. Es bringt weltweit geltende Verpflichtungen zur Gewährung von Meistbegünstigung, Marktzugang und Inländerbehandlung. Dies wird dem Dienstleistungshandel, der bereits heute mit etwa einem Drittel an der Beschäftigung der deutschen Exportwirtschaft beteiligt ist, neue Chancen bieten. Ein weiterer wichtiger Erfolg ist das Abkommen zum Schutze geistigen Eigentums. Es erweitert den Rechtsschutz der schon bisher bestehenden internationalen Konventionen und verbindet ihn erstmalig mit Vorschriften zur Durchsetzung dieser Rechte.

Diese Vereinbarungen gewährleisten gemeinsam mit den Regelungen im Textil- und Agrarbereich, zum Subventionskodex sowie dem neuen Antidumping-Kodex im geänderten weltwirtschaftlichen Umfeld notwendige Rahmenbedingungen für eine dynamische Entwicklung des Welthandels und damit für globale Wachstumsimpulse. Es ist wichtig, daß die deutschen Unternehmen sich schon jetzt auf die dadurch gebotenen Möglichkeiten einstellen.

Mit dem Beschluß zur Errichtung einer Welthandelsorganisation (WTO) wurde eine institutionelle Stärkung des multilateralen Handelssystems erreicht. WTO-Mitglieder verpflichten sich, bei Streitfällen den Vorschriften und Verfahren des integrierten Streitlichtungsverfahrens zu folgen. Damit sind einseitige nationale Maßnahmen künftig nicht mehr mit den multilateralen Verpflichtungen vereinbar. Dadurch werden die Rechte gerade auch der kleineren Han-

delspartner, insbesondere der Entwicklungsländer, in der WTO gestärkt.

125. Mit dem erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen ist nicht nur eine wesentliche Forderung aus dem Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland erfüllt, gleichzeitig wird auch der Weg frei, um weitere drängende Aufgaben im multilateralen Rahmen erfüllen zu können. Dazu gehören vor allem Lösungsansätze für das Spannungsverhältnis zwischen Handel und Umwelt, die Schaffung einer internationalen Wettbewerbsordnung sowie die politisch brisante Problematik von Menschenrechten und Sozialstandards. Die Bundesregierung wird sich für die Fortentwicklung des GATT und seines Instrumentariums im Sinne der neu geschaffenen Multilateralen Handelsorganisation einsetzen.

126. Die voranschreitende Globalisierung der Märkte stellt neue Anforderungen sowohl an die Wirtschaftspolitik als auch an die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Die Reformen in Mittel- und Osteuropa sowie in den Staaten der ehemaligen UdSSR, das Wachstum der asiatischen Volkswirtschaften, nicht zuletzt die dynamische Entwicklung der chinesischen Wirtschaft, und der Aufschwung in Schwellenländern Lateinamerikas eröffnen der internationalen Zusammenarbeit neue Dimensionen. Die Chancen in der Erschließung neuer und wachsender Märkte müssen künftig stärker von den deutschen Unternehmen wahrgenommen werden, ohne traditionelle Wirtschaftsbeziehungen zu vernachlässigen (vgl. Ziffer 17).

127. Die Bundesregierung wird diesen Entwicklungen mit ihren außenwirtschaftspolitischen Instrumenten Rechnung tragen. Hierzu gehört auch die weitere Konkretisierung ihres Asien-Konzepts, z. B. durch Unterstützung des Ausbaus des Auslandshandelskammernetzes in der asiatisch-pazifischen Region sowie durch die Auslandsmessepolitik. Die Bundesregierung wird außerdem den Unternehmen aus den neuen Ländern den Zugang zu den Dienstleistungen der Auslandshandelskammern und den Auslandsmessen erleichtern.

Herausragende Veranstaltung im Auslandsmesseprogramm 1994 wird die TECHNOGERMA MEXICO '94, eine umfassende und repräsentative Technologieausstellung der Bundesrepublik Deutschland, sein. Die Zugehörigkeit Mexikos zur nordamerikanisch-mexikanischen Freihandelszone NAFTA belegt die Bedeutung dieser deutschen Initiative.

128. Die Bundesregierung bemüht sich nachhaltig um die weitere Harmonisierung der Exportkontrolle auf einer breiten internationalen Basis. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union beraten über ein

einheitliches europäisches Exportkontrollsystem, das als Basis für einen möglichst freien innergemeinschaftlichen Warenverkehr auch mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (dual-use) dient. Die vorgesehene Regelung, die auf einem Vorschlag der Europäischen Kommission beruht, würde einen Schritt zur Angleichung der verschiedenen Ausfuhrkontrollsysteme der Mitgliedstaaten bedeuten.

Die der Kontrolle des Hochtechnologietransfers im Ost-West-Handel dienende COCOM-Absprache wird Ende März 1994 auslaufen und durch ein breiteres internationales Kontrollregime unter Einbeziehung weiterer Staaten ersetzt werden.

129. Die Bundesregierung unterstützt die Eigenanstrengungen der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bei der Schaffung demokratischer und marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Sie begrüßt die Strukturanpassungen und Reformen in vielen Ländern des Südens. Die Politik der Markttöfnung und Liberalisierung dieser Länder trägt zu deren Wirtschaftswachstum und besseren Integration in die Weltwirtschaft bei. Es ist zu begrüßen, daß die Entwicklungsländer als Gruppe ihre Erlöse aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen seit 1987 verdoppeln konnten und ihre Rolle als Welthandelspartner gefestigt haben. Besondere Unterstützung verdienen die ärmsten Länder, denen Teilschuldenerlasse eingeräumt werden.

Ein funktionierendes multilaterales Handelssystem wird auch die Integration von Entwicklungsländern und jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa in die Welthandelsordnung erleichtern. Damit können die eingeleiteten Reformprozesse rascher und sicherer zum Erfolg führen.

Weitere Anstöße für die technologische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern erwartet die Bundesregierung von der Kommission für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die anlässlich der Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro geschaffen worden ist.

(2) Die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Reformstaaten ausbauen

130. Die Reformprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Staaten der ehemaligen UdSSR werden von der Bundesregierung mit erheblichen Mitteln unterstützt. Diese Hilfe kann Reformen gleichwohl nur flankieren, nicht aber ersetzen, wie auch der Sachverständigenrat unterstreicht (Ziffern 40 f. JG). Die Bundesregierung sieht — wie er — wachsende Chancen für deutsche Exporte und Möglichkeiten zur Nutzung von Kostenvorteilen durch grenzüberschreitende industrielle Kooperation für deutsche Unternehmen, nicht zuletzt auch für den Mittelstand.

131. Für den Aufbau einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung ist die technische Zusammenarbeit der Reformstaaten mit den westlichen Industrieländern von großer Bedeutung. Der Bund wird hierzu durch seine umfangreiche Betei-

ligung an den Programmen der internationalen Finanzorganisationen, der Europäischen Union und insbesondere mit dem in den letzten beiden Jahren entwickelten eigenen Beratungskonzept weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten.

132. Darüber hinaus beteiligt sich die Bundesregierung aktiv an dem auf dem Wirtschaftsgipfel in Tokio beschlossenen Maßnahmenpaket für Rußland. So sollen in das Sonderprogramm „Privatisierung und Restrukturierung großer Staatsunternehmen“ Exportkredite, Beratungshilfe durch die Bundesregierung und Beteiligungsleistungen deutscher Unternehmen einbezogen werden. Die Bundesrepublik wird sich auch an der Finanzierung des auf dem Tokio-Gipfel beschlossenen Fonds zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in Rußland beteiligen, der bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eingerichtet wird und dessen Pilotphase begonnen hat.

133. Rußland wird 1994 auf weitere Schuldenstrekungen angewiesen sein. Dabei wird es darauf ankommen, daß ein Mindestzahlungsstrom auf die UdSSR-Altschulden, für die Rußland die Haftung übernommen hat, aufrecht erhalten bleibt. Auch wird die Bundesregierung bei künftigen Umschuldungsverhandlungen Rußlands mit den Gläubigern des Pariser Clubs großen Wert darauf legen, daß Rußland eine konsequente und kohärente Reformpolitik betreibt; denn nur durch eine entschlossene Reformpolitik kann die internationale Kreditwürdigkeit wieder hergestellt werden.

134. Hilfsmaßnahmen der westlichen Industrieländer sind als Flankierung der Reformprozesse notwendig. Dauerhaft tragendes Element der wirtschaftlichen Zusammenarbeit kann allerdings nur ein breites Engagement von Unternehmen sein. Vor allem geht es um eine Einbeziehung der Reformstaaten in die internationale Arbeitsteilung. Der Ausbau der Handelsbeziehungen der Europäischen Union mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, die ein exportorientiertes Wachstum anstreben, konnte auf der Basis der Markttöfnungspolitik der Europäischen Union vorangetrieben werden. Die mit Polen, Ungarn, der Tschechischen und der Slowakischen Republik geschlossenen Assoziierungsabkommen treten in diesem Jahr in Kraft. Auch im Verhältnis zu den anderen Reformstaaten setzt sich die Bundesregierung weiterhin für eine nachhaltige Markttöfnung der Europäischen Union sowie für deren vollständige Integration in das GATT ein. Sie befürwortet den Abschluß von Freihandelsabkommen mit den baltischen Staaten, in denen diesen Staaten von der Europäischen Union eine Assoziierungsperspektive gegeben wird. Die Bundesregierung ist für den Abschluß von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit den Staaten der ehemaligen UdSSR. Ziel dieser Abkommen ist es, im Rahmen einer zunächst nicht-präferentiellen Vereinbarung auf der Grundlage der Meistbegünstigung die Staaten der ehemaligen Sowjetunion durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und technische Hilfe zu unterstützen und durch einen politischen Dialog näher an die Europäische Union heranzuführen. Das Mandat für die Verhandlungen mit Rußland sieht daher aus-

drücklich längerfristig die Bildung einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und Rußland vor.

135. Durch die Bereitstellung von Hermesbürgschaften ist ein wesentlicher Beitrag zur Unterstützung der wirtschaftlichen Reformen in den mittel- und osteuropäischen Ländern und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie zur Erhaltung der Märkte insbesondere für ostdeutsche Unternehmen geleistet worden. Die künftige Deckungspolitik wird sich wie bisher an der Wirtschafts- und Transferkraft jedes einzelnen Landes orientieren. Das Bundeskabinett hat im November 1993 für Staaten der ehemaligen UdSSR Deckungsrahmen in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd. DM für 1994 festgelegt.

136. Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen leisten durch die Übertragung von Technologie und unternehmerischem Know-how einen wichtigen Bei-

trag zum wirtschaftlichen Aufbau der Reformstaaten sowie zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Deshalb setzt sich die Bundesregierung für die Einführung attraktiver und stabiler Rahmenbedingungen in den Reformstaaten als eine unabdingbare Voraussetzung für umfangreiche westliche Investitionen ein. Dies wird ein wichtiges Thema der 3. Konferenz von Wirtschafts-, Industrie- und Handelsministern Anfang Mai in Warschau sein.

Zur Förderung deutscher Direktinvestitionen hat die Bundesregierung außerdem mit sämtlichen mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit einer Reihe von Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion Investitionsschutzverträge abgeschlossen. Damit wurde die Basis für die Übernahme von Kapitalanlagegarantien durch den Bund auch gegenüber diesen Ländern geschaffen. Allein für diese Länder liegen bereits Anträge von über 1 Mrd. DM vor. Der Abschluß weiterer Investitionsschutzverträge wird angestrebt.

E. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1994

137. Gesamtwirtschaftliche Projektionen auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lassen sich strenggenommen nur für ein gesamtes Wirtschafts- und Währungsgebiet darstellen. Die Bundesregierung trägt diesem Sachverhalt Rechnung, indem sie seit zwei Jahren bei der quantitativen Vorausschau Gesamtdeutschland in den Mittelpunkt rückt. Wegen der ungleichen Entwicklungen und Ausgangsbedingungen in West- und Ostdeutschland wird darüber hinaus zwar auch eine Untergliederung nach alten und neuen Ländern vorgenommen. Die Fehler- und Unsicherheitsmargen sind für die beiden Teilgebiete aufgrund des immer stärkeren Zusammenwachsens jedoch ungleich größer als für Deutschland insgesamt. Zu Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß es immer weniger Anhaltspunkte für eine regionale Zuordnung wirtschaftlicher Transaktionen gibt und daß teilweise die Trennung nicht einmal mehr sinnvoll ist (Ziffer 222 JG). Dies spricht nach Auffassung der Bundesregierung gerade für ein vollständiges gesamtdeutsches Prognosestableau und gegen eine Beschränkung auf Westdeutschland sowie die Nennung weniger Eckdaten für die neuen Länder wie im Jahresgutachten des Sachverständigenrates (Ziffer 223 ff JG, Tabellen 55 und 56).

(1) Überwindung der Rezession in den alten, Fortsetzung des Aufholprozesses in den neuen Ländern

138. Nahezu alle gesamtwirtschaftlichen Prognosen für die Bundesrepublik Deutschland um die Jahreswende 1993/94 erwarten zwar nach dem letztjährigen realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts für dieses Jahr wieder ein leichtes Wachstum. Auch besteht weitgehend Einigkeit darin, daß es in den *neuen Ländern* zu einer Fortsetzung des im Jahre 1992 begonnenen Aufholprozesses kommt. Die Perspektiven für die *westdeutsche Wirtschaft* werden jedoch durchaus differenziert beurteilt. Sie reichen von einem nochmaligen leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Durchschnitt dieses Jahres bis zu einer realen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um etwa ein Prozent. Dahinter steht die Unsicherheit, inwieweit die westdeutsche Wirtschaft die Talsohle schon verlassen hat bzw. ob die seit dem Frühsommer 1993 festzustellende leichte konjunkturelle Erholung nach dem scharfen rezessiven Einbruch als nachhaltig anzusehen ist oder nicht. Diese Unsicherheit kommt beim Sachverständigenrat darin zum Ausdruck, daß er sich mit seiner Prognose einer realen Stagnation des Bruttoinlandsprodukts nicht auf der sicheren Seite wähnt. Die Produktion könne früher wieder anziehen, als er es erwartet, sie könne aber zwischenzeitlich auch noch einmal zurückfallen (Ziffer 249 JG).

Der Sachverständigenrat geht vom Stand der wirtschaftspolitischen Absichten im Herbst letzten Jahres aus. Die Bundesregierung hat seitdem insbesondere in Umsetzung des Berichtes zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland eine Reihe wichtiger Maßnahmen ergriffen. Außerdem sprechen nach Auffassung der Bundesregierung viele Anzeichen dafür, daß es nicht wie Anfang der achtziger Jahre zu einer länger anhaltenden Stockung der Konjunktur kommt, die durch den Wechsel von kurzfristigem Auf und Ab bei Nachfrage und Produktion gekennzeichnet ist, wovon der Sachverständigenrat offenbar ausgeht (Ziffer 222 JG). Zwar räumt er ein, daß eine solche Phase auch kurz sein kann, wenn von der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie von der Lohnpolitik weitere vertrauensschaffende Signale kommen (Ziffer 221 JG). Diese Voraussetzungen sind nach Überzeugung der Bundesregierung gegeben. Wichtige Ursachen, die zur Rezession geführt haben, stellen sich derzeit zum Teil deutlich anders dar als zum Beispiel noch vor einem Jahr.

Die Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der inzwischen schon erheblich abgeschwächte und voraussichtlich weiter nachlassende Lohnkostenanstieg, das abgekühlte Preisklima, die Perspektive stabilerer Wechselkurse sowie Zinshöhe und -struktur weisen derzeit eine Konstellation auf, die ein tragfähiges Fundament für eine Konjunkturerholung darstellen. Hinzu kommt eine sich in jüngster Zeit klarer abzeichnende Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Diese geänderte Konstellation für die deutsche Wirtschaft hat sich nicht nur in einer Aufhellung der insgesamt noch durch die vorangegangene Rezession geprägten Erwartungen niedergeschlagen. Auch die Produktion ist nach ihrem tiefen Einbruch bis zum 1. Quartal letzten Jahres wieder leicht angestiegen. Der eingetretene Rezessionsverlust wurde damit zu etwa einem Drittel wieder wettgemacht. Am Jahresende 1993 war das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau höher als im Jahresdurchschnitt. Die Ausgangsbasis für die weitere Entwicklung ist damit erheblich besser als vor Jahresfrist.

Angeichts der fortbestehenden und neuerlichen Belastungen von Wirtschaft und Verbrauchern in Form höherer Verbrauchsteuern, angehobener Sozialversicherungsbeitragssätze und der Kürzung von Sozialleistungen geht die Bundesregierung für dieses Jahr zwar noch von keinem Aufschwung aus, der durch eine wieder steigende Kapazitätsauslastung und eine Stabilisierung der Arbeitskräftenachfrage gekennzeichnet wäre. Insgesamt dürfte sich jedoch die im letzten Jahr begonnene konjunkturelle Erholung fortsetzen. Dabei werden kurzfristige Unterbrechungen der tendenziell aufwärtsgerichteten Produktion nicht ausgeschlossen. Ob es dazu kommt, wird entscheidend davon abhängen, wie die Verbraucher auf die zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Ein-

schnitte in das Realeinkommen reagieren werden. Ziel aller wirtschaftspolitisch Handelnden muß es sein, die wirtschaftlichen Erholungstendenzen zu festigen und damit mittelfristig einen neuen Wachstumsprozeß einzuleiten.

Die kurzfristige Überwindung der Rezession in *Westdeutschland* und der anschließende Übergang der konjunkturellen Erholung in einen neuen Wirtschaftsaufschwung stellen eine unabdingbare Voraussetzung für die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Aufholprozesses in *Ostdeutschland* dar. Dies gilt einmal für die Dynamik der Investitionstätigkeit in den neuen Ländern; zum anderen hellen sich die Absatzperspektiven ostdeutscher Firmen für das durch die neuen Investitionen mögliche höhere und qualitativ verbesserte Produktionsvolumen in dem Maße auf, in dem die Gesamtnachfrage in Westdeutschland und weltweit wieder zunimmt.

Die Erfahrung zeigt, daß gesamtwirtschaftliche Prognosen und Projektionen in der Regel die zyklischen Ausschläge unterschätzen. Nicht nur Zeitpunkt und Ausmaß von konjunkturellen Abschwüngen werden meist zu spät gesehen und unterbewertet. Umgekehrt gilt dies auch für die Bestimmung des Wendepunkts und der Intensität der Aufwärtsentwicklung, wenn eine konjunkturelle Erholung erst einmal begonnen hat. Die Ursache hierfür dürfte darin liegen, daß das Urteil über die künftigen Perspektiven stark von der unmittelbaren Vergangenheit geprägt wird.

139. Wichtig für die erwartete Fortsetzung der konjunkturellen Erholungstendenz in diesem Jahr sind die verbesserten Exportperspektiven. Daß entsprechende Hoffnungen in den beiden letzten Jahren getrogen haben (Ziffer 223 JG), sollte kein Grund sein, hierauf nicht zu setzen. Eine bloße Extrapolation jüngster Erfahrungen ist kein Ersatz für eine analytisch fundierte Prognose. Die getrogenen Exporthoffnungen des letzten Jahres waren der unerwarteten Schärfe und Länge der Rezession in Europa sowie der Verteuerung deutscher Exporterzeugnisse für ausländische Abnehmer im Zusammenhang mit der Höherbewertung der D-Mark seit dem Herbst 1992 zuzuschreiben. In den meisten übrigen Weltregionen hielt die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung insgesamt an und die deutschen Exporte konnten an der damit verbundenen steigenden Importnachfrage dieser Länder teilhaben. Diese Tendenzen werden sich in diesem Jahr eher verstärkt fortsetzen. Wichtiger erscheint aber, daß sich auch in europäischen Partnerländern eine Konjunkturerholung abzeichnet. Hinzu kommt, daß die Überwindung der Rezession in Deutschland auch für die Haupthandelspartner in Europa mit einer Verbesserung ihrer konjunkturellen Lage verbunden ist. Der gegenseitigen Verschärfung der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung im Vorjahr könnte in diesem Jahr ein entsprechendes Aufschaukeln der Konjunkturkräfte folgen. Hierfür sprechen nicht zuletzt die Ergebnisse der jüngsten Konjunkturumfragen des Ifo-Instituts bzw. der Europäischen Kommission für Deutschland und für andere Länder Westeuropas.

Sie untermauern die verbreiteten Erwartungen für eine Beschleunigung des Welthandelswachstums in diesem Jahr. Der erfolgreiche Abschluß der GATT-

Verhandlungen könnte diese Aussichten noch verbessern. Zwar spricht auch in diesem Jahr viel dafür, daß die mit den deutschen Exportmarktanteilen gewichteten Exportmärkte sich weniger dynamisch als die gesamte Weltimportnachfrage entwickeln. Andererseits zeichnet sich in den Ländern und Regionen, in denen die Konjunkturerholung schon weiter vorangeschritten ist, eine Verstärkung der Investitionstätigkeit ab. Dem kommt das Güterangebot der deutschen Wirtschaft entgegen. Die in der letzten Zeit eingetretene leichte Erholung der Exporttätigkeit Deutschlands dürfte sich hiernach in diesem Jahr verstärkt fortsetzen und entsprechende Wachstumsimpulse auslösen. Immerhin machen die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen knapp ein Viertel des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts aus. Bei überproportionalem Anstieg der Güterausfuhren wird im Jahresdurchschnitt 1994 von einem realen Anstieg der Waren- und Dienstleistungsexporte Deutschlands um 3 bis 4 % ausgegangen.

An diesem Anstieg dürften die *westdeutschen* Unternehmen wegen der günstigeren Regionalstruktur ihrer Exportnachfrage überproportional teilhaben. Die Exportbasis der *neuen Länder* wird sich dagegen voraussichtlich erst allmählich verbreitern, wobei die weitere Entwicklung in Osteuropa eine Rolle spielt. Unter Einschuß sich wahrscheinlich verstärkender Lieferungen nach Westdeutschland — sie übertrafen 1993 die Exporte von Waren- und Dienstleistungen schätzungsweise um mehr als das Doppelte — dürfte der gesamte Absatz Ostdeutschlands in anderen Wirtschaftsräumen 1994 real um 6 bis 8 % zunehmen.

140. Folgt man den Umfrageergebnissen zur Investitionsentwicklung im Unternehmensbereich vom letzten Herbst, ist in diesem Jahr eher nochmals mit einem Rückgang in den alten Ländern zu rechnen. Dem Sachverständigenrat ist zwar zuzustimmen, daß man „das Ergebnis solcher Umfragen nicht kleinschreiben“ soll (Ziffer 226 JG). Man sollte es aber auch nicht zu groß schreiben, da in der Tat über die Investitionen dieses Jahres im Herbst 1993 noch nicht endgültig entschieden wurde. Auch der Sachverständigenrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die zurückhaltenden Planungen eigentlich nicht zu der Stabilisierung der Auftragseingänge aus dem Inland bei den heimischen Investitionsgüterproduzenten passen. Alle Erfahrungen mit solchen Umfragen belegen, daß sich die Investitionsneigung — im Negativen wie im Positiven — rasch ändern kann, wenn die konjunkturelle Entwicklung sich erkennbar umkehrt. Insofern wird für die Investitionsentwicklung in diesem Jahr viel davon abhängen, ob es zu der erwarteten nachhaltigen Belebung der Auslandsnachfrage kommt.

Als Beleg für eine eher skeptische Einschätzung der weiteren Investitionsneigung wird häufig auf frühere und künftige Belastungen verwiesen (Ziffer 224 JG). Dies verstellt aber, wie der Sachverständigenrat hier ebenfalls zu Recht betont, den Blick dafür, daß es inzwischen auch erhebliche Entlastungen gegeben hat. Hierzu zählen neben den verbesserten Nachfrageperspektiven insbesondere die jüngste und noch mehr die in diesem Jahr zu erwartende Abflachung des Anstiegs der Lohnstückkosten, die — vor allem im

langfristigen Bereich — erheblich gesunkenen Zinsen, die steuerlichen Verbesserungen durch das Standortsicherungsgesetz, die Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung und nicht zuletzt die durch den Produktivitäts- und Rationalisierungsschub ausgelöste Verbesserung der Erträge (Ziffer 224 JG). Die Verstärkung des Rationalisierungsmotivs bei den Investitionen in diesem Jahr stellt zwar wegen ihrer kurzfristig schmerzhaften Auswirkungen auf den Beschäftigungsstand eine erhebliche Belastung dar. Die damit verbundenen Produktivitätsgewinne stärken aber auf Dauer die Volkswirtschaft; insofern wirkt die Rezession als „Reinigungskrise“ für Versäumnisse während des vorangegangenen lang anhaltenden Aufschwungs (vgl. Ziffer 224 JG). Daß diese klaren Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Investitionen über kurz oder lang auch wieder zu einer Zunahme der Investitionsneigung und -tätigkeit führen, entspricht gesicherten wirtschaftstheoretischen und -empirischen Erkenntnissen. Unsicher erscheint freilich der Zeitbedarf für eine solche Entwicklung. Zu pessimistisch sollte man trotz der gesunkenen und niedrigen Kapazitätsauslastung jedoch nicht sein. Bisher hat es keine Wiederbelebung der Investitionen gegeben, die erst nach dem Erreichen einer als befriedigend empfundenen Kapazitätsauslastung einsetzte; denn entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung neuer Wachstumsfelder und Produktionsbereiche.

So wichtig eine rasche Umsetzung der verbesserten Eigenmittelbasis in mehr Investitionen für den Grad der Konjunkturerholung in diesem Jahr auch ist, noch entscheidender ist das Wiederanspringen des Investitionsmotors für die mittelfristigen Wachstumsperspektiven. Eine längere Phase der Investitionszurückhaltung würde nämlich zu einer dauerhaften Wachstumsabflachung des Sachkapitalbestandes und damit des Produktionspotentials der Wirtschaft sowie der künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten führen.

Für die Fortsetzung und Verbreiterung des wirtschaftlichen Aufholprozesses in den *neuen Ländern* kommt diesem Aspekt des Kapitalstockaufbaus und seiner Modernisierung eine besondere Bedeutung zu. Der seit der Vereinigung erfolgte kräftige Zuwachs neuer wettbewerbsfähiger Kapazitäten — die Investitionen je Einwohner und je Erwerbstätigen sind inzwischen höher als in Westdeutschland — muß sich fortsetzen. Freilich sind hier die Investitionsbedingungen, nicht zuletzt durch die Fortgeltung des Förderinstrumentariums, erheblich günstiger als in Westdeutschland. Anhaltender Modernisierungsdruck, weiteres Engagement westdeutscher Firmen und nicht zuletzt auch für die ostdeutschen Unternehmen verbesserte Absatzperspektiven in Deutschland und auf den internationalen Märkten dürften zu einer weiteren kräftigen Aufstockung der Investitionsbudgets in diesem Jahr beitragen.

Insgesamt wird in Deutschland von einem realen Anstieg der Investitionen im Unternehmensbereich von 3 bis 4 % ausgegangen. Während in *Westdeutschland* allenfalls mit einer leichten Zunahme zu rechnen ist, zeichnet sich für die *neuen Länder* wiederum eine zweistellige Zuwachsrate ab.

Der Wohnungsbau wird in diesem Jahr in Deutschland insgesamt erneut einen deutlich positiven Wachstumsbeitrag liefern. Hierfür sprechen die verbesserte Rentabilität durch die massive staatliche Förderung und steigende Mieten ebenso wie die deutlich gesunkenen Hypothekenzinsen. Dies hat sich in einem kräftigen Zuwachs von Baugenehmigungen, Auftragseingängen und Finanzierungszusagen niedergeschlagen (Ziffer 229 JG). In den *neuen Ländern* wird der Wohnungsbau, und zwar im Neubau- wie im Modernisierungsbereich, mehr und mehr zum Wachstumsträger. Hier haben neben dem Förderinstrumentarium auch die Mietenreform und die Lösung der Altschuldenfrage erhebliche zusätzliche Impulse geschaffen. Bei deutlich überproportionalem Wachstum in den neuen Ländern könnten die Wohnungsbauinvestitionen 1994 in Deutschland real um 5 bis 7 % steigen.

Angesichts der angespannten Haushaltslage werden die öffentlichen Investitionen insgesamt dagegen kräftig zurückgehen. In den neuen Ländern zeichnet sich hier eine Konsolidierung auf dem in den letzten drei Jahren stark gestiegenen Niveau für öffentliche Infrastrukturinvestitionen ab.

141. Von der Verbrauchsnachfrage werden in diesem Jahr voraussichtlich keine Wachstumsimpulse ausgehen. Jedenfalls werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte als Folge eines sich weiter abschwächenden Nominallohnanstiegs, rückläufiger Beschäftigung, steigender Steuer- und Abgabenbelastungen und der Konsolidierungsmaßnahmen im Sozialversicherungsbereich real abermals sinken. Dabei wird unterstellt, daß die Tarifvertragsparteien zu Vereinbarungen kommen, die mit Effektivlohnsteigerungen je Beschäftigten von etwa 2½ bis 3 % — davon in *Westdeutschland* rund 2 % und in den *neuen Ländern* um etwa 6½ bis 7½ % — vereinbar sind. Der Rückgang der realen Kaufkraft dürfte sich jedoch nicht vollständig in einer entsprechenden Reduzierung der Verbrauchsausgaben niederschlagen, wie auch die Erfahrung des letzten Jahres wieder gezeigt hat. Die mit den Kaufkräfteinbußen einhergehende Abnahme der Sparfähigkeit, der Einfluß der gesunkenen Zinsen auf die Sparneigung und ihre unmittelbare Auswirkung auf die Ersparnisbildung werden voraussichtlich zu einer nochmaligen deutlichen Reduzierung der Sparquote führen. Der Private Verbrauch dürfte unter diesen Umständen real nur leicht zurückgehen (0 bis -1 %) und dabei erstmals nach der Vereinigung auch in den neuen Ländern kaum noch zunehmen. Die Entwicklung der staatlichen Endnachfrage wird im Zeichen der notwendigen Haushaltskonsolidierung stehen.

142. Bei diesen weltwirtschaftlichen sowie finanz-, lohn- und geldpolitischen Bedingungen dürfte das gesamtdeutsche Produktionsniveau im Jahresdurchschnitt 1994 mit 1 bis 1½ % wieder zunehmen. Für *Westdeutschland* könnte dies bei Fortsetzung der leichten Erholungstendenzen zu einem Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von ½ bis 1 % führen, durch das die Rezessionsverluste des letzten Jahres freilich noch nicht kompensiert würden. Für die *neuen Länder* könnte sich eher eine leichte Beschleunigung des Wachstums auf 6 bis 8 % erge-

ben. Die Chancen, daß sich die Produktion 1994 insgesamt günstiger entwickelt als hier dargelegt, sind aus Sicht der Bundesregierung bei sachgerechtem Verhalten aller wirtschaftspolitisch Handelnden heute höher einzuschätzen als die Risiken einer ungünstigeren Entwicklung.

(2) Konjunkturrell nachlaufende Beschäftigungsentwicklung und noch steigende Arbeitslosigkeit

143. In einer breiten Öffentlichkeit wird die Wirtschaftslage vordergründig und verkürzt in erster Linie an der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit gemessen. Hierbei wird vielfach nicht berücksichtigt, daß die Beschäftigung im Konjunkturablauf stark verzögert auf die sich ändernden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage- und Produktionstendenzen reagiert. Eine Konjunkturerholung ist in der ersten Phase immer mit darüber hinausgehenden Produktivitätsfortschritten verbunden. Diese ergeben sich allein schon durch die Reduzierung der derzeit hohen Kurzarbeit.

Trotz wieder günstigerer Wachstumsaussichten ist 1994 nochmals mit erheblichen Beschäftigungseinbußen zu rechnen. Ihr Ausmaß wird freilich auch vom weiteren Kurs der Lohnpolitik mitbestimmt. Erst bei einer Festigung der Konjunkturerholung und nach ihrem Übergang in einen neuen Aufschwung wird es zu einer Stabilisierung der Beschäftigungslage und schließlich per Saldo wieder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kommen.

In den *neuen Ländern* ist der ansonsten relativ stabile Zusammenhang zwischen Produktionsniveau, Produktivitätsfortschrittsrate und Beschäftigungsstand allerdings noch nicht gegeben. Der Grund hierfür liegt in dem immer noch starken Auseinanderklaffen von Lohn- und Produktivitätsniveau. Diese Lücke ist inzwischen zwar geringer geworden — 1993 stieg die Produktivität je Beschäftigten auf knapp 46 % des westdeutschen Niveaus, während sich das Verhältnis bei den Durchschnittslöhnen hierzu vergleichsweise unterproportional auf 69 % steigerte —, deutet aber bei gegebenem Lohnniveau auf das Fortbestehen erheblicher Beschäftigungsrisiken hin. Der bisher gemessene Produktivitätsanstieg kam zu einem gewichtigen Teil durch den Beschäftigungsabbau zustande.

Im Jahresdurchschnitt 1994 dürfte es in Deutschland nochmals zu einer Reduzierung der Erwerbstätigenzahl um rund 1½ % kommen, wobei bereits ein erheblicher Anteil hiervon durch den Beschäftigungsabbau im Laufe des Vorjahres vorgegeben ist. Dies entspräche 450 000 bis 500 000 weniger Beschäftigungsverhältnissen als im Vorjahr. Der größte Teil hiervon wird abermals industrielle Arbeitsplätze in *Westdeutschland* betreffen. Im Verlaufe dieses Jahres wird sich der Beschäftigungsrückgang bei klarer erkennbarem Produktionswachstum freilich deutlich verlangsamen.

In den *neuen Ländern* könnten sich die gegenläufigen Entwicklungen nach Wirtschaftsbereichen zwischen

Personalabbau und Personalaufstockungen im Jahresverlauf erstmals ausbalancieren, ohne daß sich damit bereits eine Entspannung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt abzeichnet (Ziffer 239 JG). Im Jahresdurchschnitt wäre dann nur noch mit einem vergleichsweise geringen Beschäftigungsabbau zu rechnen.

Die jetzt schon besorgniserregend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland könnte sich insgesamt nochmals um rd. 450 000 auf knapp 3,9 Millionen im Jahresdurchschnitt erhöhen. In der Saisonspitze zu Jahresbeginn dürfte sie darüber hinausgehen und sich danach wieder etwas zurückbilden. Der Anstieg der Zahl registrierter Arbeitsloser wird insbesondere in *Westdeutschland* mit ca. 400 000 auf knapp 2,7 Millionen im Jahresdurchschnitt spürbar sein. In den *neuen Ländern* dürfte die Arbeitslosenzahl dagegen keine großen Bewegungen zeigen und um rd. 1,2 Millionen schwanken.

(3) Deutliche Erfolge bei der Rückkehr zur Geldwertstabilität

144. Die bisher schon erkennbaren Erfolge bei der Stabilisierung des Preisniveaus in Deutschland werden sich in diesem Jahr fortsetzen. Dies trägt dazu bei, neues Vertrauen zu schaffen, die Zinsen niedrig zu halten und Investitionen in Sachanlagen zu begünstigen (Ziffer 245 JG). Der größte Beitrag zur Kostenentlastung dürfte von den Lohnstückkosten kommen, deren Anstiegsrate 1994 auf weniger als 1 % zurückgehen dürfte, wobei die notwendige Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge berücksichtigt ist. Voraussetzung für die Abflachung des Lohnkostenanstiegs ist, daß die Tarifvertragsparteien zu den unterstellten moderaten Tariflohnvereinbarungen kommen (vgl. Ziffer 141 dieses Berichts). Darüber hinaus scheint sich auch bei den Mieten, die in den letzten Jahren die Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus wesentlich mitbestimmt haben, aufgrund der Angebots- und Nachfragebedingungen eine Abflachungstendenz abzuzeichnen. Trotz Anhebung der Mineralölsteuer — sie allein dürfte das Verbraucherpreisniveau um rund ½ %-Punkt erhöhen — kann so mit einer Dämpfung des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe in *Westdeutschland* auf 3 % im Jahresdurchschnitt und rund 2½ % im Jahresverlauf gerechnet werden. Auch bei den anderen Preisen der inländischen Verwendung, namentlich den Bauleistungspreisen, ist eine deutliche Verlangsamung des Anstiegs angelegt.

145. Das Grundmuster der Preisentwicklung in den *neuen Ländern* ähnelt auf allen Stufen jetzt mehr und mehr den Tendenzen in *Westdeutschland*, wenn man von den Auswirkungen des Abbaus von Verbraucher-subsidien absieht. Diese spielen aber eine immer geringere Rolle. Die Erhöhung der Beschaffenzuschläge bei den Mieten, die Anpassung der z. T. noch sehr niedrigen Verkehrstarife an die Kosten und die Anhebung staatlicher Gebühren dürften zwar zu einem etwas stärkeren Verbraucherpreisanstieg als in *Westdeutschland* führen. Mit 4 bis 5 % wird die aktuelle Preisentwicklung aber weit weniger von den

Tendenzen in den alten Ländern abweichen als in den Jahren zuvor. Im Gegensatz zur westdeutschen Entwicklung wäre dies zumindest mit einer Sicherung der realen Kaufkraft verbunden. Der Versuch, über einen stärkeren Nominaleinkommensanstieg die verfügbaren Einkommen stärker auszuweiten, müßte allerdings zu einem kräftigeren Preisanstieg und zu höheren Beschäftigungsverlusten führen. Unter dem Strich wäre für die Verbraucher damit nichts gewonnen.

Die sich aus den unterschiedlichen Anstiegsraten bildende gesamtdeutsche Verbraucherpreisrate von dann reichlich 3 % signalisiert — nach 4,7 % im Jahre 1992 und 4,1 % im Vorjahr — deutliche Stabilitätsfortschritte. Bereinigt um die Auswirkungen des Subventionsabbaus in Ostdeutschland und um den Effekt der höheren Mineralölsteuer beliefe sie sich auf etwa 2½ %. Bei geringerem internen Kostenanstieg würde diese Entwicklung gleichwohl zu einer deutlichen Verbesserung der Unternehmenserträge beitragen und so die Voraussetzungen für künftig wieder günstigere Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven schaffen.

(4) Langsame Rückkehr zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht

146. Trotz des durch die deutsche Vereinigung eingetretenen Leistungsbilanzdefizits im zusammengefaßten Waren- und Dienstleistungsverkehr unter Ein-schluß der unentgeltlichen Übertragungen mit dem Ausland kam es zu keinem Vertrauensverlust der internationalen Märkte in die Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit Deutschlands. Der Kapitalimport, monetäres Spiegelbild des Leistungsbilanzdefizits und im wesentlichen Ausdruck des hohen Kapitalbedarfs für den Aufbau in den neuen Ländern, konnte sogar bei sinkenden Zinsen und steigendem Außenwert der D-Mark gedeckt werden. Doch weist

der Sachverständigenrat zu Recht in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das sich hierin widerspiegelnde Vertrauenskapital nicht verspielt werden darf (Ziffer 264 JG). Es muß vielmehr durch problemgerechtes und zukunftsgerichtetes Handeln immer wieder gewonnen werden. Die Sicherung der Stabilität des Geldwertes und durchgreifende Anpassungserfolge bei der Leistungskraft Ostdeutschlands sind dabei zwei herausragende Aspekte.

147. Langsam sich wieder verbessernde Verhältnisse im internationalen Kosten- und Preiswettbewerb sowie das in diesem Jahr im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittliche Wachstum der deutschen Volkswirtschaft werden voraussichtlich zu einer Erhöhung des Handelsbilanzüberschusses und damit zu einer Verminderung des Leistungsbilanzdefizits führen. Im gleichen Ausmaß geht der Bedarf an ausländischem Kapital zurück. Gesamtwirtschaftlich spiegeln sich hierin letztlich der wegen der Konsolidierungsmaßnahmen geringer werdende Kreditbedarf des Staates, aber auch die sich verbessernde Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen wider.

Insgesamt wird die außenwirtschaftliche Position Deutschlands dadurch ausgeglichener und gefestigter. Im Innenverhältnis zwischen den westlichen und den östlichen Landesteilen wird sich dagegen kurzfristig an den stark divergierenden Relationen zwischen inländischer Produktion und inländischer Nachfrage alleine schon wegen der Größe dieser Lücke wenig ändern. Die Einkommens- und Kapitaltransfers von West- nach Ostdeutschland, die diese Differenz ausgleichen, werden absolut eher noch zunehmen. In Relation zur kräftig steigenden ostdeutschen Eigenproduktion könnten sie sich aber weiter reduzieren. Verbrauch und Investitionen überstiegen 1993 die inländische Produktion um gut drei Viertel. In diesem Jahr könnte sich diese Lücke auf etwa 70 % reduzieren.

Tabelle 1

Eckwerte der Jahresprojektion 1994 in der Bundesrepublik Deutschland

	alte	neue	ins- gesamt	alte	neue	insgesamt
	Länder			Länder		
	1993 ⁴⁾			1994 ⁵⁾		
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —					
Entstehung des Bruttoinlands- produkts						
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (BIP)	- 1,9	6,3	- 1,3	1/2 bis 1	6 bis 8	1 bis 1 1/2
Erwerbstätige	- 1,7	- 3,5	- 2,0	rd. - 1 1/2	rd. - 1	rd. - 1 1/2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 1,0	.	.	rd. - 1/2	.	.
BIP je Erwerbstätigen	- 0,2	10,1	0,7	2 bis 2 1/2	7 bis 9	2 1/2 bis 3
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,9	.	.	2 1/2 bis 3	.	.
nachrichtlich:						
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	(7,4)	(15,1)	(8,9)	(rd. 8 1/2)	(rd. 16)	(rd. 10)
Verwendung des Bruttoinlands- produkts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	3,3	9,3	4,0	2 bis 3	4 1/2 bis 5 1/2	2 1/2 bis 3 1/2
Staatsverbrauch	1,1	9,9	2,7	1 bis 2	2 bis 3	1 bis 2
Bruttoanlageinvestitionen	- 4,4	19,7	- 0,5	2 bis 3	15 bis 18	4 bis 6
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(- 21,9)	(0,5)	(-21,4)	(-10 bis - 14)	(2 bis 4)	(-8 bis -10)
Inlandsnachfrage	0,4	12,9	2,2	2 bis 3	6 bis 9	3 bis 4
Außenbeitrag (Mrd. DM) ²⁾	(221,6)	(-212,7)	(9,0)	(238 bis 242)	(-216 bis -220)	(18 bis 22)
(in % des BIP)	(7,8)	(- 77,6)	(0,3)	(rd. 8)	(rd. -71)	(rd. 1/2)
Bruttoinlandsprodukt	1,4	17,5	2,6	2 1/2 bis 3 1/2	10 bis 14	3 1/2 bis 4 1/2
In Preisen von 1991						
Privater Verbrauch	- 0,2	1,2	- 0,1	0 bis - 1	0 bis 1	0 bis - 1
Staatsverbrauch	- 1,3	2,6	- 0,7	0 bis - 1	- 1 bis - 2	0 bis - 1
Bruttoanlageinvestitionen	- 6,8	15,0	- 3,3	0 bis 1	12 bis 14	2 bis 4
Ausrüstungen	- 14,7	7,5	-11,3	0 bis 2	8 bis 10	2 bis 3
Bauten	- 0,5	20,6	2,9	rd. 0	14 bis 16	2 1/2 bis 3 1/2
Inlandsnachfrage	- 2,6	5,7	- 1,4	0 bis 1/2	3 bis 5	1/2 bis 1
Ausfuhren ²⁾	- 7,3	- 1,9	-11,1	3 bis 4	6 bis 8	3 bis 4
Einfuhren ²⁾	- 10,8	3,6	-11,3	1 1/2 bis 2 1/2	2 bis 4	1 bis 2
Außenbeitrag (in % des BIP) ²⁾	(7,1)	(- 96,3)	(- 0,6)	(rd. 7 1/2)	(rd. -91)	(rd. 0)
Bruttoinlandsprodukt	- 1,9	6,3	- 1,3	1/2 bis 1	6 bis 8	1 bis 1 1/2
nachrichtlich:						
Bruttosozialprodukt	- 2,3	5,5	- 1,7	1/2 bis 1	6 bis 8	1 bis 1 1/2
Preisentwicklung (1991 = 100)						
Privater Verbrauch	3,5	8,0	4,1	rd. 3	4 bis 5	rd. 3
Inlandsnachfrage	3,1	6,8	3,7	rd. 2 1/2	3 1/2 bis 4 1/2	2 1/2 bis 3
Bruttoinlandsprodukt	3,3	10,5	4,0	2 bis 2 1/2	4 bis 6	rd. 2 1/2
Verteilung des Bruttosozialprodukts						
Bruttoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	1,0	7,6	1,9	1 bis 1 1/2	5 bis 7	1 1/2 bis 2 1/2
Bruttoeinkommen aus Unternehme- rätigkeit und Vermögen	- 4,0	.	- 2,1	4 bis 6	.	.
Volkseinkommen	- 0,4	14,7	0,9	2 bis 3	.	.
Bruttosozialprodukt	0,9	16,4	2,2	2 1/2 bis 3 1/2	10 bis 14	3 1/2 bis 4 1/2
nachrichtlich:						
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer . .	2,7	12,5	4,1	rd. 2	6 1/2 bis 7 1/2	2 1/2 bis 3
Beschäftigte Arbeitnehmer	- 1,9	- 4,2	- 2,4	rd. - 1 1/2	rd. - 2	rd. - 1 1/2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	2,2	7,0	2,8	rd. 1 1/2	4 1/2 bis 5 1/2	rd. 2
Sparquote in %	(11,9)	(11,3)	(11,8)	(rd. 11)	(rd. 11)	(rd. 11)

1) Bezogen auf alle Erwerbspersonen

2) Ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen

3) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

4) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1994

5) Jahresprojektion

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1993 ¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Zu Beginn des Jahres 1994 hat das Statistische Bundesamt wiederum vorläufige Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland sowie getrennt nach alten und neuen Ländern veröffentlicht. Diese Eckwerte basieren auf einer im letzten Herbst erfolgten turnusgemäßen Neuberechnung der bisherigen Sozialproduktsergebnisse für West- und Ostdeutschland für den Zeitraum 1990 bis 1992. Für Westdeutschland wurden gleichzeitig die Berechnungen der Ergebnisse in konstanten Preisen auf das Basisjahr 1991 = 100 (vorher 1985 = 100) umgestellt, wie es schon bisher zur Ermittlung gesamtdeutscher Eckdaten und auch der Jahresprojektion 1993 zugrundegelegt worden war. Grundlage der Revision bildete die Einbeziehung von Ergebnissen aus inzwischen aktuell vorliegenden Jahresstatistiken der Vorjahre. Sie haben aufgezeigt, daß die wirtschaftliche Dynamik in Westdeutschland unmittelbar nach der Vereinigung 1990 und 1991 noch ausgeprägter war, als die bisherigen Ergebnisse vermittelt hatten. Die durch diese Revision verursachten teilweise kräftigen Korrekturen bedingen auch einige Abweichungen zwischen Projektion und tatsächlicher Entwicklung 1993. Für Ostdeutschland hat die Neuberechnung dagegen ein insgesamt noch geringeres Aktivitätsniveau, aber für 1992 ein höheres Aufholtempo gegenüber 1991 ausgewiesen. Hier gilt unverändert, daß für eine fundierte Sozialproduktsberechnung nach wie vor gravierende Datenlücken bestehen. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen der Ziffer 1. der Anlage A des Jahreswirtschaftsberichts 1993 zur begrenzten Aussagefähigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bezüglich zweier Teilgebiete eines einheitlichen Wirtschafts- und Wahlungsgebietes verwiesen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wuchs 1993 insgesamt, bedingt durch einen gegenüber den Annahmen stärkeren konjunkturellen Einbruch zu Beginn des Jahres in *Westdeutschland*, relativ deutlich von den Projektionsansätzen vor Jahresfrist ab. Auch wenn es im Jahresverlauf hier anschließend zu den erwarteten konjunkturellen Erholungstendenzen kam, wurde dadurch das Jahresdurchschnittsergebnis für die gesamtwirtschaftliche Produktion und für die Beschäftigung verfehlt. Damit haben sich die im Jahreswirtschaftsbericht 1993 geäußerten Befürchtungen bestätigt, wonach die Risiken einer ausgeprägteren und länger anhaltenden Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland, namentlich der industriellen Produktion, höher gewichtet werden mußten als die Chancen einer raschen Wende mit anschließender kräftiger Wiederbelebung (Jahreswirtschaftsbericht 1993, Ziffern 146 und 150). Vor allem die Erwartungen für die Bruttoanlageinvestitionen, und hier insbesondere für die Ausrüstungen, sowie für die Außenhandelsstätigkeit wichen erheblich

von den vorliegenden Ergebnissen ab. Dagegen erwiesen sich die vor Jahresfrist aufgezeigten Perspektiven zur Preisentwicklung sowie zum Ausmaß der Arbeitslosigkeit trotz ungünstiger Beschäftigungsentwicklung als zutreffend. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung *Ostdeutschlands* lag insgesamt vollständig im Rahmen der Projektionserwartungen. Dies gilt für alle im StWG genannten gesamtwirtschaftlichen Zielgrößen, also für das Wirtschaftswachstum, den Beschäftigungsstand, die Preisentwicklung sowie für das projizierte Ausmaß des Ungleichgewichts in den „außenwirtschaftlichen“ Beziehungen. Kräftiger als vorausgeschätzt expandierten hier abermals die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer, während die Erwartungen hierfür in Westdeutschland voll eintrafen.

2. Für die *Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion*, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, wird im Jahresdurchschnitt 1993 für Gesamtdeutschland nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ein realer Rückgang um 1,3 % (Bruttosozialprodukt real: -1,7 %) ausgewiesen. Die Annahme der Jahresprojektion (rd. 0 %) wurde dabei, wie erwähnt, durch die erheblich ungünstigere Entwicklung in Westdeutschland zu Jahresbeginn 1993 erheblich verfehlt. Die Gesamtentwicklung wird folglich von den Ergebnissen der alten Länder dominiert, in denen das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt real um 1,9 % und das Bruttosozialprodukt real um 2,3 % zurückging. In der Jahresprojektion war dagegen nur ein Rückgang von bis zu 1 % erwartet worden. Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ergaben für das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttosozialprodukt der neuen Länder mit 6,3 % bzw. 5,5 % ein in den vorausgeschätzten Spannen liegendes Wachstum (Jahresprojektion: jeweils 5 bis 7 %). Die unterschiedliche Entwicklung dieser beiden Größen erklärt sich aus einem niedrigeren Saldo der Pendlereinkommen.

Gegenüber einer als unverändert projizierten gesamtdeutschen *Inlandsnachfrage* ist tatsächlich real eine Verminderung um 1,4 % eingetreten. In den *alten Ländern* nahm sie aufgrund des deutlich über den Schätzansätzen liegenden Rückgangs der *Anlageinvestitionen*, insbesondere der Ausrüstungen, und des *Staatsverbrauchs* real um 2,6 % ab (Jahresprojektion: 0 bis -1 %). Stabilisierend auf die Entwicklung der Inlandsnachfrage und damit der Gesamtkonjunktur in Westdeutschland wirkte dagegen der *Private Verbrauch*. Er konnte real wie vor Jahresfrist projiziert sein Vorjahresniveau fast halten, obwohl sich die verfügbaren Einkommen ungünstiger entwickelt haben. Die Sparneigung ging also deutlich stärker zurück, als vor Jahresfrist angenommen worden war. Der Anstieg der Inlandsnachfrage in den *neuen Ländern* übertraf real mit 5,7 % noch die Obergrenze der unterstellten Spanne (Jahresprojektion: 3 bis 5 %), obwohl die reale Zunahme der *privaten Verbrauchsausgaben* mit 1,2 % (Jahresprojektion: 2 bis 3 %) schwächer ausfiel. Das Wachstum der *Bruttoanlageinvestitionen* erreichte mit 15,0 % den oberen Rand der Erwartungen (Jahresprojektion: 12 bis 15 %). Dabei

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1993 der Bundesregierung (Drucksache 12/4330)

weiteten sich die *Bauinvestitionen* vor allem durch die Expansion im Wohnungsbau stärker und die *Ausrüstungsinvestitionen* etwas schwächer aus, als seinerzeit unterstellt worden war. Die am stärksten ins Gewicht fallende Abweichung nach oben gegenüber den Projektionsansätzen hat sich beim *Staatsverbrauch* ergeben. U. a. wegen des erheblich geringeren als unterstellten Abbaus des Personalüberhangs im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands und wegen stärker steigender Sachausgaben nahm er real kräftig zu (+2,6 %). In der Jahresprojektion (–3 bis –4 %) waren dagegen vom Staatsverbrauch erhebliche kontraktive Effekte auf das Wirtschaftswachstum erwartet worden.

Gegenüber der vor Jahresfrist angenommenen leicht positiven realen Entwicklung der gesamtdeutschen *Aus- und Einfuhren* (Jahresprojektion: 1 bis 2 % bzw. ½ bis 1½ %) kam es nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bei den Exporten mit –11,1 % und den Importen mit –11,3 % zu dramatischen Einbrüchen. Derzeit läßt sich nicht genau bestimmen, wieviel von diesem ausgewiesenen Rückgang auf das Konto der seit Jahresbeginn 1993 geänderten statistischen Erfassung des EG-Intrahandels zu rechnen ist und in welchem Ausmaß sich dahinter tatsächlich eine erhebliche Einschränkung der Aus- und Einfuhrfähigkeit verbirgt. Abgesehen von diesen statistischen Unsicherheiten reflektiert die wohl in jedem Falle deutlich verminderte Ausfuhr eine gegenüber den Annahmen erheblich ungünstigere konjunkturelle Situation in den westeuropäischen Handelspartnerländern sowie eine fortgesetzte Nachfrageschwäche der osteuropäischen Länder sowie der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die besonders die neuen Länder trifft. Hinzu kommen die Auswirkungen des seit der Vereinigung überdurchschnittlichen Lohnstückkostenanstiegs, die durch die Höherbewertung der D-Mark noch verstärkt wurden und so zum Verlust an internationaler Preiswettbewerbsfähigkeit beigetragen haben. Auf der Einfuhrseite machte sich insbesondere der rezessionsbedingte Nachfragerückgang in den alten Ländern bemerkbar. Wegen der gleichgerichtet rückläufigen Aus- und Einfuhrfähigkeit ging vom *Außenbeitrag* dennoch wie erwartet ein leicht positiver Effekt auf die reale Entwicklung des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts aus.

Im Rahmen des innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsverkehrs, der nach den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei Darstellungen für Teilregionen eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebietes als „Außenhandel“ betrachtet werden muß, kam es zu einem über den Schätzansätzen liegenden Wachstum der „Ausfuhren“ der alten Länder bei einer entsprechend der Annahmen nur geringfügigen Zunahme der „Einfuhren“ aus den neuen Ländern.

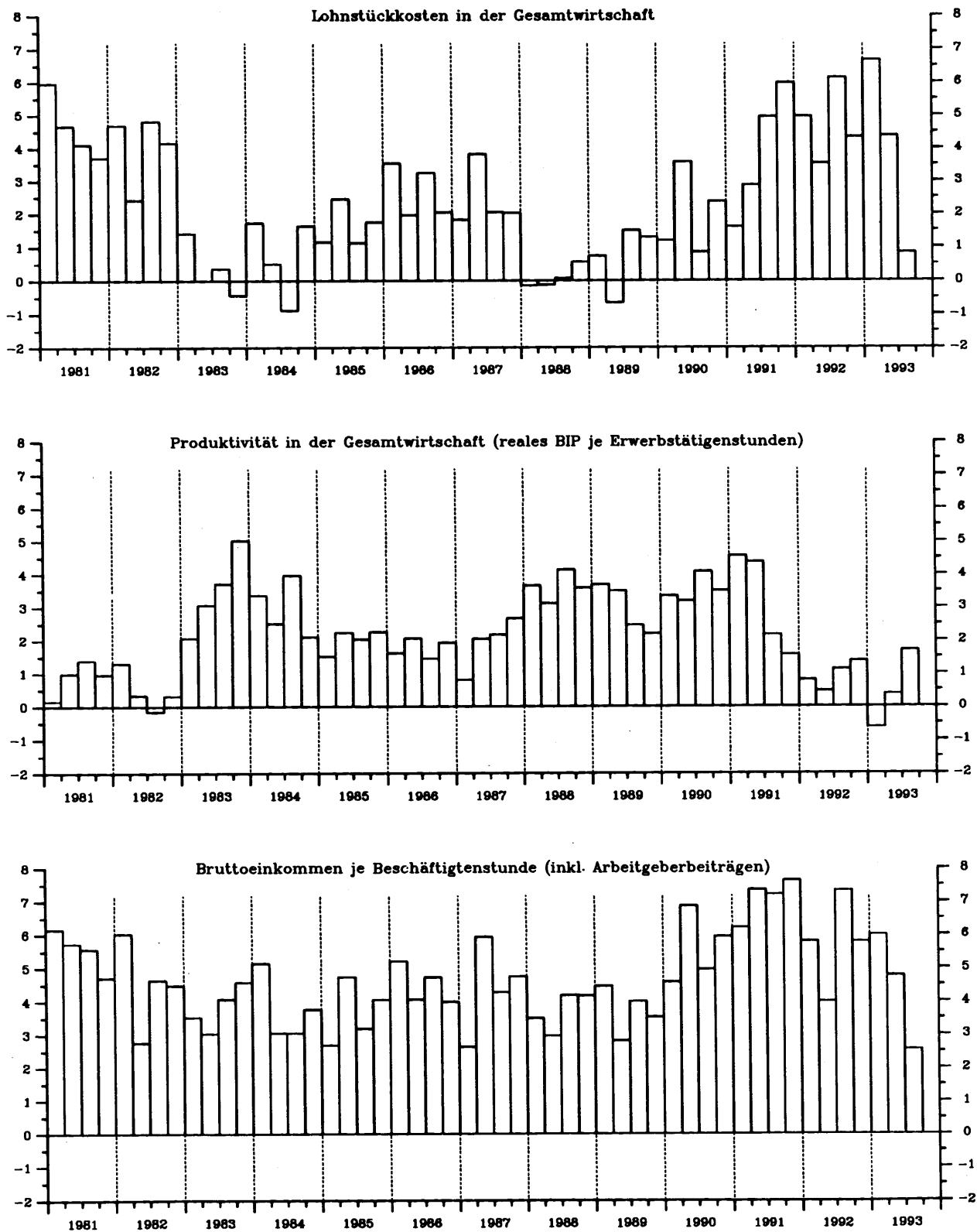
3. Der gegenüber der angenommenen Entwicklung deutliche Rückgang des Bruttoinlandsprodukts insgesamt war mit einem unter den Erwartungen liegenden Produktivitätsanstieg, hier ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, von 0,7 % verbunden (Jahresprojektion: 1 bis 2 %). Dabei wurde in den alten Ländern mit –0,2 % der untere Rand knapp verfehlt

(Jahresprojektion: 0 bis 1 %) und in den neuen Ländern mit +10,1 % die Mitte der Schätzmarke (8 bis 12 %) erreicht. Die Abnahme der *Erwerbstätigkeit* nach dem Arbeitsortkonzept fiel damit also insgesamt mit rd. 720 Tsd oder 2 % um ½ %-Punkt stärker aus als vor Jahresfrist unterstellt (Jahresprojektion: –500 bis –600 Tsd oder ca. –1½ %). Diese Entwicklung wurde durch einen mit rd. –500 Tsd oder –1,7 % fühlbar über den Ansätzen (Jahresprojektion: –300 bis –350 Tsd oder ca. –1 %) liegenden Beschäftigungsabbau in den alten Ländern geprägt. In den neuen Ländern trat dagegen die Abnahme mit rd. 220 Tsd oder 3,5 % genau in dem vorausgeschätzten Umfang (Jahresprojektion: –200 bis –250 Tsd oder ca. –3 bis –4 %) ein. Die Zahl ostdeutscher Berufspendler nach Westdeutschland ist dabei nachfragebedingt erstmalig zurückgegangen, so daß der innerdeutsche Pendlersaldo auf etwa 360 Tsd Personen (nach rd. 370 Tsd im Vorjahr) geschätzt wird. Die Zahl der *registrierten Arbeitslosen* erreichte trotz des insgesamt stärkeren Beschäftigungsabbaus in Gesamtdeutschland mit 3,42 Mio. — alte Länder rd. 2,27 Mio., Ostdeutschland rd. 1,15 Mio. — das projizierte Niveau. Demnach war im Jahresdurchschnitt im westlichen Teil Deutschlands eine Zunahme um rund 460 Tsd und in den neuen Ländern, trotz des Nachlassens der Entlastungen durch das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium, ein Rückgang um etwa 20 Tsd zu verzeichnen. Die Ausweitung der Arbeitslosigkeit wurde u. a. durch einen im Jahresverlauf nachlassenden Wanderungsdruck über die Außengrenzen und durch eine konjunkturbedingte Abnahme der Erwerbsbeteiligung begrenzt.

4. Der Anstieg der *Verbraucherpreise* in den *alten Ländern* entsprach mit 3,5 % bei einer abermals spürbar entlastenden Wirkung der Einfuhrpreise exakt dem als ehrgeizig charakterisierten Ansatz der Jahresprojektion (rd. 3½ %). Er fiel damit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung deutlich niedriger als der monatlich berechnete Preisindex für die Lebenshaltung (4,2 % gegenüber dem Vorjahr) aus. Neben der aktuelleren Gewichtung spielt hier u. a. eine Rolle, daß die stark angehobenen Versicherungsprämien beim Preisindex des Privaten Verbrauchs weniger stark durchschlagen und andererseits die infolge der Höherbewertung der D-Mark verbilligten Reiseverkehrsausgaben im Ausland hier Eingang finden. Der den „hausgemachten“ Preisauftrieb messende *Preisindex des Bruttoinlandsprodukts* nahm mit 3,3 % ebenfalls etwa wie erwartet (rd. 3½ %) zu. Für die *neuen Länder* erreichte die Preissteigerung auf der Verbraucherstufe mit 8 % den oberen Rand der vorausgeschätzten Marge (Jahresprojektion: 6 bis 8 %). Auch hier ist eine Abweichung nach unten gegenüber dem monatlich berechneten Lebenshaltungskostenindex (+8,8 %) festzustellen, der bestimmte Verbrauchspositionen nicht enthält, die sich unterproportional verteuert haben. Die mit 10,5 % ebenfalls innerhalb der projizierten Spanne (10 bis 12 %) liegende Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus in den neuen Ländern deutet bei einem nur wenig über den Erwartungen liegenden abgeschwächten Anstieg der ostdeutschen Lohnstückkosten auf eine relative Verbesserung der insgesamt noch sehr unbefriedigenden Ertragsposition im Unter-

Schaubild 6

Lohnstückkosten, Produktivität und Einkommen in den alten Ländern
 Veränderung gegen Vorjahr in %, Index 1991 = 100, Inlandskonzept



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

nehmensbereich hin. Insgesamt ergab sich für Deutschland mit 4,0 % ein Preisanstieg des Bruttoinlandsprodukts entsprechend der Erwartungen (Jahresprojektion: rd. 4 %).

5. Die Zunahme des *nominalen gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts* von 2,6 % blieb infolge der gegenüber den Annahmen ungünstiger verlaufenen realen Entwicklung in den alten Ländern entsprechend unterhalb der geschätzten Entwicklung (Jahresprojektion: 3½ bis 4½ %). Während in Westdeutschland somit nur ein geringer Anstieg von 1,4 % eintrat (Jahresprojektion: 2½ bis 3½ %), lag die Zunahme in den neuen Ländern mit 17,5 % im Rahmen der Projektionserwartungen (16 bis 20 %). Dies gilt auch für die *Inlandsnachfrage*, die gegenüber der vorausgeschätzten Marge für Gesamtdeutschland (Jahresprojektion: 3½ bis 4½ %) im wesentlichen wegen der schwächeren Investitionstätigkeit in Westdeutschland nur einen Zuwachs von 2,2 % verzeichnete. In den neuen Ländern nahm die Inlandsnachfrage nominal mit 12,9 % dagegen wie erwartet zu (Jahresprojektion: 10 bis 14 %).

Beim *nominalen Außenbeitrag* trat, wie vor Jahresfrist unterstellt, eine Aktivierung ein. Sie war u. a. durch eine kräftigere *terms-of-trade*-Verbesserung bei nochmals gesunkenen Einfuhrpreisen sogar ausgeprägter als erwartet. Folglich hat sich auch das Defizit in der Leistungsbilanz etwas zurückgebildet.

6. Die *Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten* mit Wohnsitz in Westdeutschland nahmen um 2,7 % und damit im Rahmen der prognostizierten Spanne (2½ bis 3 %) zu. Unter Einschluß der stärker als erwartet gesunkenen Beschäftigung blieb die gesamte Bruttolohn- und -gehaltssumme freilich entsprechend hinter den Projektionsannahmen zurück. Dagegen übertraf der Anstieg der Effektivlöhne von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in den neuen Ländern mit 12,5 % die Obergrenze der unterstellten Spanne (10 bis 12 %). Nach dem Arbeitsortkonzept stiegen die durchschnittlich gezahlten Löhne in Ostdeutschland sogar um 13,3 %. Hier wird einerseits der bisher nur wenig gebremste Angleichungsprozeß an das westdeutsche Tarifniveau, nicht zuletzt im öffentlichen Dienst, andererseits aber auch der starke Abbau der Kurzarbeit deutlich, wodurch der Effektivlohnanstieg je Beschäftigten gesamtwirtschaftlich noch über die Tarifierpassungen hinausgeht.

Der nominale Anstieg der *volkswirtschaftlichen Einkommensgröße Bruttosozialprodukt* in Deutschland wich aufgrund der schwächeren Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wegen des fortgesetzten erheblichen Rückgangs der Nettokapitalerträge aus dem Ausland mit 2,2 % stark vom unteren Rand der vorausgeschätzten Marge (3½ bis 4½ %) ab. Bei einem den Annahmen noch entsprechenden Ergebnis für die neuen Länder von +16,4 % (Jahresprojektion: 16 bis 20 %) ist die Zunahme in den alten Ländern mit 0,9 % aufgrund der geschilderten schwächeren realen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts spürbar gegenüber dem projizierten Ansatz (2 bis 3 %) zurückgeblieben.

Erstmals hat das Statistische Bundesamt zu Beginn dieses Jahres für das aus dem Bruttosozialprodukt

abgeleitete *Volkseinkommen* für Gesamtdeutschland erste grobe Abschätzungen veröffentlicht. Da vor Jahresfrist noch keine amtlichen Angaben für die Abschreibungen auf den Kapitalstock der neuen Länder vorlagen, blieben die diesbezüglichen Aussagen in der Jahresprojektion 1993 auf die alten Länder beschränkt. Das gesamtdeutsche Volkseinkommen hat nach diesen ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1993 um 0,9 % zugenommen. In Westdeutschland fiel das Volkseinkommen mit -0,4 %, bedingt durch die nur schwache Zunahme des Bruttosozialprodukts, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland niedriger als im Vorjahr aus. Es blieb damit deutlich unterhalb der projizierten Spanne (+1 bis 2 %). In den neuen Ländern hat es sich dagegen um 14,7 % ausgeweitet. Da die gesamtdeutschen *Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit* um 1,9 % gestiegen sind — alte Länder +1 % (Jahresprojektion: +1 bis 2 %), neue Länder +7,6 % —, nahmen die *Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* infolgedessen mit -2,1 % erheblich ab. In den alten Ländern schrumpften sie sogar um 4,0 % (Jahresprojektion: +1 bis 2 %). In Ostdeutschland übertrafen die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit zwar auch 1993 noch das Volkseinkommen. Der daraus resultierende negative Wert für die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, der 1992 noch 25 Mrd. DM betragen hatte, hat sich aber 1993 nahezu halbiert und belief sich auf 12,9 Mrd. DM.

7. Die *Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung* sind in Deutschland — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1993 um 4,7 % angestiegen und lagen damit in der Spannweite des Projektionsansatzes (4 bis 5 %). Ursächlich hierfür war, daß trotz einer überdurchschnittlichen Expansion der sozialen Leistungen die *Einkommens- und Vermögensübertragungen* mit 6,6 % und hier insbesondere die sozialen Leistungen entsprechend der projizierten Obergrenze der Jahresprojektion (+5 bis +7 %) angestiegen sind. Hierzu haben ganz wesentlich Sondereffekte bei den Zinsausgaben sowie den laufenden Übertragungen an das Ausland beigetragen. Die Zunahme des gesamtdeutschen *Staatsverbrauchs* blieb hingegen mit 2,7 %, aufgrund der schwächeren Entwicklung in Westdeutschland, an der Untergrenze der unterstellten Spanne von 2½ bis 3½ %, obwohl der Personalabbau im öffentlichen Dienst der neuen Länder bedeutend schwächer als vor Jahresfrist angenommen verlief und hier zu einem über Erwarten starken Anstieg des Staatsverbrauchs führte. Die *öffentlichen Investitionsausgaben* nahmen mit 1,3 % — bei rückläufiger Entwicklung in Westdeutschland — deutlich schwächer als erwartet zu (Jahresprojektion: 3 bis 4 %).

Der Anstieg der *öffentlichen Einnahmen* lag mit 3,1 % an der Untergrenze der projizierten Spanne (+3 bis +4 %). Hier machte sich vor allem trotz Mehrwertsteuererhöhung die hinter den Projektionsansätzen (+3 bis +4 %) zurückgebliebene Zunahme des Steueraufkommens (+1,7 %) bemerkbar; neben der geringeren Ausweitung der volkswirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen war dies auch der deutlich hinter den Erwartun-

gen gebliebenen Ergiebigkeit des Zinsabschlags zuzuschreiben. Das Mehraufkommen an Sozialbeiträgen entsprach mit 5,7 % dagegen den Erwartungen (+5 bis +6 %).

Aufgrund der gegenüber den Einnahmen stärkeren Zunahme der Ausgaben hat sich das *Finanzierungsdefizit* des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Vergleich zu 1992 um 27 Mrd. DM auf 105,5 Mrd. DM oder 3,4 % des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts nochmals kräftig erhöht. Die Ausweitung des Defizits betraf ausschließlich die Gebietskörperschaften, während die Sozialversicherung — wie bereits im Vorjahr — unerwartet mit einem Überschuß abschloß.

8. Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte Deutschlands ist bei einer über Erwarten auf 11,8 % gesunkenen Sparquote und bei einer mit 2,8 % schwächeren Zunahme der verfügbaren Einkommen (Jahresprojektion: 3½ bis 4½ %) gegenüber 1992 deutlich gesunken. Darüber hinaus trugen die zwar weiterhin hohen, aber gegenüber 1992 ebenfalls leicht verminderten Kapitalimporte zu einer rückläufigen Entwicklung des *Aufkommens von Finanzierungsmitteln* bei. Der stärkeren staatlichen Defizitausweitung stand aber ein konjunkturell bedingt erheblich niedrigerer Fremdfinanzierungsbedarf des Unternehmenssektors gegenüber. Die stark geänderten Aufkommens- und Nachfragestrukturen haben dennoch auf den Geld- und Kapitalmärkten zu einem friktionslosen Ablauf bei sinkenden Zinsen geführt.

9. Der wirtschaftliche Anpassungs- und Aufholprozeß Ostdeutschlands kann durch *Niveauvergleiche wichtiger gesamtwirtschaftlicher Ost-West-Relationen* aus den Eckwerten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung *in jeweiligen Preisen* dargestellt werden. Da Preisniveaus und -strukturen zwischen West- und Ostdeutschland noch nicht angeglichen sind, würden Niveauvergleiche in konstanten Preisen eines zurückliegenden Basisjahres zu erheblich verzerrten und teilweise verfälschenden Ergebnissen kommen. Die neuen Länder haben 1993 zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt von 3 107,1 Mrd. DM mit 8,8 % beigetragen; damit erhöhte sich ihr Anteil gegenüber 1992 um 1,1 Prozentpunkte. Diese Anteilsverbesserung wurde durch ein gegenüber den alten Ländern hohes reales Wachstumsdifferential und eine abermals erheblich stärkere gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung bewirkt, in der sich u. a. die durch den Subventionsabbau an westdeutsche Verhältnisse angleichenden Preisverhältnisse widerspiegeln. Die vorangeschrittenen Strukturanpassungen vieler Bereiche, insbesondere in der Industrie, haben inzwischen einen gegenüber dem Beschäftigungsrückgang wachsenden Einfluß der Produktionsentwicklung auf die Erhöhung der Produktivität bewirkt. So hat sich das *Produktivitätsniveau* 1993, hier gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen,

mit einem Anteil von 45,8 % am westdeutschen Stand weiter erhöht (1992: 38,8 %). Gleichzeitig sind die *Durchschnittslöhne* der in den neuen Ländern beschäftigten Arbeitnehmer von 62,1 % auf 68,5 % des westdeutschen Niveaus gestiegen. Die *Lohn-Produktivitätslücke* auf der Basis der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten im Inland übertraf das westdeutsche Niveau 1993 noch um 44,3 % nach 55,2 % im Jahr zuvor. In der Summe waren die Lohnstückkosten, gemessen als Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Bruttoinlandsprodukt, um knapp 50 % höher als in Westdeutschland (Vorjahr: 62 %). Die unterschiedlichen Niveaus der hier dargestellten Lohn-Produktivitätsrelationen spiegeln die noch stark unterschiedliche Erwerbstätigenstruktur wider. Während in den alten Ländern 1993 etwa 10½ % aller Erwerbstätigen als Selbständige und mithelfende Familienangehörige zum Bruttoinlandsprodukt beitrugen, waren es in Ostdeutschland, bei zwar steigender Tendenz, erst knapp 7½ %.

Nach wie vor besteht eine große Lücke zwischen den in den neuen Ländern eigenerwirtschafteten und den verfügbaren Einkommen, welche im wesentlichen durch die laufenden Transferzahlungen der alten Länder geschlossen wird. Ihr Ausmaß wird u. a. dadurch deutlich, daß das *eigenerwirtschaftete Bruttozialprodukt je Einwohner* 1993 rund 42½ %, das *verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner* aber bereits 62 % der westdeutschen Niveaus betrug (1992: etwa 36 % bzw. 58 %). Auch die dem absoluten Wert nach mit fast 213 Mrd. DM gegenüber 1992 (197,6 Mrd. DM) nochmals größer gewordene Differenz zwischen Inlandsnachfrage und Bruttoinlandsprodukt verweist darauf, daß die bisher ungebrochene Tendenz des in absoluten Größen weiteren Auseinanderdriftens von Nachfrage und Produktion in den neuen Ländern auch im Vorjahr noch nicht aufgehalten werden konnte. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt hat die Lücke zwischen Nachfrage und Angebot jedoch abgenommen. Die Inlandsnachfrage aus Verbrauch und Investitionen übertraf im letzten Jahr das Bruttoinlandsprodukt um knapp 78 %; 1992 waren es noch fast 85 %.

Eine starke Verbesserung ist abermals bei der Kennziffer *Anlageinvestitionen je Einwohner* festzustellen. Mit rund 8 900 DM lag sie 1993 erstmals leicht über dem westdeutschen Niveau; im Jahr zuvor hatte sie diesen Stand erst zu rund 80 % erreicht. Hierin spiegelt sich allerdings nicht nur die weiterhin positive Investitionsentwicklung in den neuen, sondern auch der Investitionseinbruch in den alten Ländern wider. Das Niveau dieser Investitionsintensität muß in den nächsten Jahren noch deutlich gesteigert werden, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der neuen Länder entscheidend an diejenige Westdeutschlands heranzuführen und um so die Lücke zwischen Absorption und Produktion allmählich zu schließen.

**Gesamtwirtschaftliche Relationen der neuen Länder
zum früheren Bundesgebiet**

	Jahr 1991 in %	Jahr 1992 in %	Jahr 1993 in %
Wohnbevölkerung	24,8	24,3	23,8
Erwerbstätige im Inland	24,7	21,5	21,1
Bruttoinlandsprodukt	6,9	8,4	9,7
— je Erwerbstätigen . . .	27,8	38,8	45,8
Inlandsnachfrage	14,3	16,6	18,6
Anlageinvestitionen	15,4	19,5	24,4
— je Erwerbstätigen . . .	62,5	90,5	115,5
— je Einwohner	62	80	103
darunter: 1)			
Unternehmen (ohne Wohnungsbau)	16,4	20,0	26,4
— je Erwerbstätigen . . .	66,2	94,7	125,0
— je Einwohner	66	84	111
Öffentliche Investitionen	22,8	29,2	32,3
— je Erwerbstätigen . . .	92,2	135,8	152,5
— je Einwohner	92	120	136
Bruttolohn- und -gehaltssumme im Inland	12,5	13,9	15,0
— je beschäftigten Arbeitnehmer	47,6	62,1	68,5
Lohnstückkosten 2)	165,7	155,2	144,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	11,7	14,1	14,8
— je Einwohner	47,1	58,1	62,1

Quelle für Ausgangszahlen: Statistisches Bundesamt; Schätzung der Wohnbevölkerung und Herleitung von Kennzahlen und Relationen: Eigene Berechnung des BMWi.

1) BMWi — interne Schätzung;

2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten/
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Westdeutschland = 100.

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Ost-West-Relationen für Deutschland 1993

	Einheit	Deutschland			Relation der neuen Länder zu Deutschland in %	
		West	Ost	Insgesamt	West	Insgesamt
Wohnbevölkerung	Mio.	65,6	15,6	81,2	23,8	19,2
Erwerbstätige im Inland	Tsd.	28 987	6 125	35 112	21,1	17,4
Bruttoinlandsprodukt	Mrd. DM	2 832,9	274,2	3 107,1	9,7	8,8
— je Erwerbstätigen	DM	97 730	44 767	88 491	45,8	.
Inlandsnachfrage	Mrd. DM	2 611,3	486,9	3 098,2	18,6	15,7
Anlageinvestitionen	Mrd. DM	567,3	138,5	705,8	24,4	19,6
— je Erwerbstätigen	DM	19 572	22 606	20 101	115,5	.
— je Einwohner	DM	8 648	8 876	8 692	103	.
darunter: ¹⁾						
Unternehmen (ohne Wohnungsbau)	Mrd. DM	317,9	84,0	401,9	26,4	20,9
— je Erwerbstätigen	DM	10 967	13 713	11 446	125,0	.
— je Einwohner	DM	4 846	5 384	4 950	111	.
Öffentliche Investitionen	Mrd. DM	65,0	21,0	86,0	32,3	24,4
— je Erwerbstätigen	DM	2 243	3 422	2 449	152,5	.
— je Einwohner	DM	991	1 344	1 059	136	.
Bruttolohn- und -gehaltssumme im Inland .	Mrd. DM	1 247,7	187,0	1 434,7	15,0	13,0
— je beschäftigten Arbeitnehmer	DM/Monat	4 008	2 744	3 781	68,5	.
Lohnstückkosten ²⁾	Index	100,0	144,3	103,7	144,3	.
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	1 769,9	261,3	2 031,2	14,8	12,9
— je Einwohner	DM	26 976	16 752	25 020	62,1	.

Quelle für Ausgangszahlen: Statistisches Bundesamt; Schätzung der Wohnbevölkerung und Herleitung von Kennzahlen und Relationen: Eigene Berechnung des BMWi.

¹⁾ BMWi — interne Schätzung;

²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten/Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Westdeutschland = 100.

Tabelle 4

Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1989	1990	1991	1992	1993 ⁴⁾	1989	1990	1991	1992	1993 ⁴⁾
	Wirtschaftswachstum ¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Preisentwicklung ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bundesrepublik Deutschland ⁵⁾	+3,6	+5,7	+4,5	+2,1	-1,3	+2,9	+2,7	+ 3,7	+4,7	+4,1
USA	+2,5	+1,2	-0,7	+2,6	+2,8	+4,9	+5,1	+ 4,3	+3,3	+2,7
Japan	+4,7	+4,8	+4,0	+1,3	-0,5	+1,8	+2,6	+ 2,5	+2,0	+0,9
Frankreich	+4,3	+2,5	+0,7	+1,4	-0,9	+3,4	+2,9	+ 3,0	+2,4	+2,3
Großbritannien	+2,1	+0,5	-2,2	-0,6	+2,0	+5,9	+5,3	+ 7,1	+5,0	+3,5
Italien	+2,9	+2,1	+1,3	+0,9	-0,1	+6,4	+6,2	+ 6,8	+5,4	+4,5
Kanada	+2,4	-0,2	-1,7	+0,7	+2,5	+4,7	+4,4	+ 4,7	+1,1	+1,7
Spanien	+4,7	+3,6	+2,2	+0,8	-1,0	+6,7	+6,3	+ 6,4	+6,5	+4,8
Niederlande	+4,7	+4,1	+2,1	+1,4	-0,2	+1,2	+2,2	+ 3,4	+3,0	+2,0
Schweden	+2,4	+1,4	-1,7	-1,7	-2,7	+6,8	+9,7	+10,0	+2,5	+5,2
Schweiz	+3,9	+2,3	0	-0,1	-0,8	+3,5	+5,3	+ 5,7	+4,1	+3,3
Belgien	+3,9	+3,3	+2,1	+0,8	-1,2	+3,2	+2,9	+ 2,7	+2,4	+2,7
Österreich	+3,8	+4,6	+3,0	+1,5	-0,5	+2,7	+3,1	+ 3,4	+4,2	+3,7
Dänemark	+0,6	+2,0	+1,2	+1,0	+0,2	+4,3	+2,6	+ 2,5	+1,9	+1,1
Finnland	+5,4	0	-7,0	-4,0	-2,0	+5,2	+5,9	+ 5,3	+3,9	+3,0
Norwegen	+0,6	+1,7	+1,6	+3,3	+1,6	+4,3	+4,8	+ 4,1	+2,6	+2,3
OECD-Länder insgesamt	+3,3	+2,5	+0,8	+1,7	+1,1	+5,2	+5,1	+ 5,2	+4,4	+3,7
	Arbeitslose ³⁾ in % aller Erwerbspersonen					Leistungsbilanz in % des BIP bzw. BSP				
Bundesrepublik Deutschland ⁶⁾	7,1	6,4	6,7	7,7	8,9	4,9	3,1	-1,2	-1,3	-1¼
USA	5,3	5,5	6,7	7,4	6,9	-1,9	-1,7	-0,1	-1,1	-1,7
Japan	2,3	2,1	2,1	2,2	2,5	2,0	1,2	2,2	3,2	3,3
Frankreich	9,4	8,9	9,5	10,4	11,7	-0,6	-1,3	-0,6	0,3	0,8
Großbritannien	6,2	5,9	8,3	10,0	10,3	-4,4	-3,4	-1,3	-1,4	-1,8
Italien	12,1	11,5	11,0	11,6	10,2	-1,3	-1,4	-1,9	-2,2	0,4
Kanada	7,5	8,1	10,3	11,3	11,2	-3,6	-3,9	-4,3	-4,0	-3,6
Spanien	17,3	16,3	16,3	18,4	22,7	-2,9	-3,4	-3,2	-3,3	-2,3
Niederlande	8,4	7,6	7,0	6,8	8,3	3,5	3,5	2,6	2,1	2,0
Schweden	1,4	1,6	2,9	5,3	8,2	-1,7	-2,6	-1,4	-2,1	-0,2
Schweiz	0,5	0,5	1,1	2,5	4,5	4,0	3,8	4,6	6,2	7,8
Belgien	9,3	8,7	9,3	10,3	12,1	2,3	1,9	2,4	2,4	2,1
Österreich	3,1	3,2	3,5	3,6	4,8	0,2	0,7	0	-0,2	0,1
Dänemark	9,3	9,5	10,4	11,1	12,1	-0,8	1,0	1,7	3,3	2,6
Finnland	3,5	3,5	7,6	13,1	18,2	-5,1	-5,1	-5,5	-4,9	-1,5
Norwegen	4,9	5,2	5,5	5,9	6,0	0,3	3,5	4,8	2,5	3,1
OECD-Länder insgesamt	6,4	6,3	7,1	7,8	8,2	-0,6	-0,7	-0,2	-0,2	0

1) Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen

2) Deflator des Privaten Verbrauchs

3) Nationale Definition der Arbeitslosen

4) Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen

5) Bis 1991: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; ab 1992 Deutschland insgesamt

6) Bis 1990: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; ab 1991 Deutschland insgesamt

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

Tabelle 5

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1993
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

	Jahresprojektion						tatsächliche Entwicklung 4)		
	alte		neue		insgesamt	alte	neue	insgesamt	
	Länder					Länder			
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —								
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts									
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (BIP)	0	bis - 1	5	bis 7	rd. 0	- 1,9	6,3	- 1,3	
Erwerbstätige		rd. - 1	- 3	bis - 4	rd. - 1½	- 1,7	- 3,5	- 2,0	
Arbeitszeit je Erwerbstätigen		rd. - 1	.	.	.	- 1,0	.	.	
BIP je Erwerbstätigen	0	bis 1	8	bis 12	1 bis 2	- 0,2	10,1	0,7	
BIP je Erwerbstätigenstunde		rd. 1½	.	.	.	0,9	.	.	
nachrichtlich:									
Arbeitslosenquote in %¹)	(7	bis 7½)	(15	bis 16)	(rd. 9)	(7,4)	(15,1)	(8,9)	
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
Privater Verbrauch	3	bis 4	9	bis 10	4 bis 5	3,3	9,3	4,0	
Staatsverbrauch	1½	bis 2½	6½	bis 7½	2½ bis 3½	1,1	9,9	2,7	
Bruttoanlageinvestitionen	1	bis 2	16	bis 20	3 bis 5	- 4,4	19,7	- 0,5	
Vorratsveränderung (Mrd. DM)²) ...	(-8	bis -12)	(0	bis 4)	(-7 bis -11)	(-21,9)	(0,5)	(21,4)	
Inlandsnachfrage	2	bis 3	10	bis 14	3½ bis 4½	0,4	12,9	2,2	
Außenbeitrag (Mrd. DM)²)	(208	bis 212)	(-203	bis -213)	(1 bis 5)	(221,6)	(-212,7)	(9,0)	
(in % des BIP)²)	(7½	bis 8)	(- 76	bis - 80)	(0 bis ½)	(7,8)	(- 77,6)	(0,3)	
Bruttoinlandsprodukt	2½	bis 3½	16	bis 20	3½ bis 4½	1,4	17,5	2,6	
In Preisen von 1991									
Privater Verbrauch		rd. 0	2	bis 3	0 bis ½	- 0,2	1,2	- 0,1	
Staatsverbrauch	0	bis - 1	- 3	bis - 4	- ½ bis - 1½	- 1,3	2,6	- 0,7	
Bruttoanlageinvestitionen	-1	bis - 2	12	bis 15	0 bis 1	- 6,8	15,0	- 3,3	
Ausrüstungen	-5	bis - 6	8	bis 10	-3 bis - 4	-14,7	7,5	-11,3	
Bauten	1	bis 2	15	bis 18	3 bis 4	- 0,5	20,6	2,9	
Inlandsnachfrage	0	bis - 1	3	bis 5	rd. 0	- 2,6	5,7	- 1,4	
Ausfuhren	1½	bis 2½	8	bis 10	1 bis 2	- 7,3	- 1,9	-11,1	
Einfuhren	1	bis 2	3	bis 5	½ bis 1½	-10,8	3,6	-11,3	
Außenbeitrag (in % des BIP)²)		(rd. 7)	(-94	bis - 99)	(rd. -½)	(7,1)	(-96,3)	(- 0,6)	
Bruttoinlandsprodukt	0	bis - 1	5	bis 7	rd. 0	- 1,9	6,3	- 1,3	
nachrichtlich:									
Bruttosozialprodukt	0	bis - 1	5	bis 7	rd. 0	- 2,3	5,5	- 1,7	
Preisentwicklung (1991 = 100)									
Privater Verbrauch		rd. 3½	6	bis 8	rd. 4	3,5	8,0	4,1	
Inlandsnachfrage		rd. 3½	6	bis 8	rd. 4	3,1	6,8	3,7	
Bruttoinlandsprodukt		rd. 3½	10	bis 12	rd. 4	3,3	10,5	4,0	
Verteilung des Bruttosozialprodukts									
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1	bis 2	.	.	.	1,0	7,6	1,9	
Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	1	bis 2	.	.	.	- 4,0	.	- 2,1	
Volkseinkommen	1	bis 2	.	.	.	- 0,4	14,7	0,9	
Bruttosozialprodukt	2	bis 3	16	bis 20	3½ bis 4½	0,9	16,4	2,2	
nachrichtlich:									
Bruttolöhne- und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer ..	2½	bis 3	10	bis 12	3½ bis 4½	2,7	12,5	4,1	
Beschäftigte Arbeitnehmer	-1	bis - 1½	- 4	bis - 5	rd. - 2	- 1,9	- 4,2	- 2,4	
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte³)	2½	bis 3½	10	bis 11	3½ bis 4½	2,2	7,0	2,8	
Sparquote in %²)		(rd. 12½)		(rd. 13½)	(rd. 12½)	(11,9)	(11,3)	(11,8)	

1) Bezogen auf alle Erwerbspersonen

2) Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1992

3) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

4) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1994

**Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
im Jahre 1993**

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung)

Bundesrepublik Deutschland — insgesamt —

	Jahresprojektion der Bundes- regierung	Tatsäch- liche Entwick- lung ⁴⁾
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —	
Einnahmen		
Steuern	+ 3 bis + 4	+ 1,7
Sozialbeiträge ¹⁾	+ 5 bis + 6	+ 5,7
Sonstige Einnahmen	- 4 bis - 6	- 0,2
Einnahmen insgesamt ...	+ 3 bis + 4	+ 3,1
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 2½ bis + 3½	+ 2,7
Einkommens- und Ver- mögensübertragungen ²⁾ .	+ 5 bis + 7	+ 6,6
Investitionen	+ 3 bis + 4	+ 1,3
Ausgaben insgesamt	+ 4 bis + 5	+ 4,7
Finanzierungssaldo Mrd. DM	-90 bis -100 ³⁾	-105,5
(in % des BIP)	(- rd. 3) ³⁾	(- 3,4)

¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statisti-
schen Bundesamtes für 1992

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes;
Stand: Januar 1994

B. Jahresprojektion 1994

10. Die Projektion der Wirtschaftsentwicklung für das Jahr 1994 ist gekennzeichnet durch die Erwartung einer Fortsetzung der im Verlauf des Vorjahres eingeleiteten leichten Belebung der wirtschaftlichen Aktivität einerseits und dem gleichzeitigen verstärkten Bemühen um die für die nachhaltige Stärkung des Vertrauens von Konsumenten und Investoren unabdingbare Konsolidierung der öffentlichen Haushalte andererseits.

Nach dem schwerwiegenden wirtschaftlichen Einbruch Ende 1992 und Anfang 1993 in Westdeutschland hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stabilisiert und war im weiteren Jahresverlauf 1993 wieder leicht aufwärtsgerichtet. Das internationale wirtschaftliche Umfeld hat sich ebenso verbessert wie die Rahmenbedingungen in Deutschland.

Nicht zuletzt haben deutlich gesunkene Zinsen und ein nachlassender Preisauftrieb die Konjunkturperspektiven verbessert. Auch der Sachverständigenrat

weist auf diese konjunkturellen Entlastungen hin; hinzu kommen die zu Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen erheblichen steuerlichen Vergünstigungen durch das Standortsicherungsgesetz. Damit wird die Lage der Unternehmen erheblich verbessert. In die gleiche Richtung wirkt die Steigerung der Produktivität in den Unternehmen durch verstärkte Rationalisierungs- und Umstrukturierungsanstrengungen (Ziffer 224 JG). Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren, insbesondere Geschäftsklima und Auftragseingänge, deuten ebenfalls schon seit Jahresbeginn 1993 auf eine allmähliche Wiederbelebung der Wirtschaftsaktivitäten hin. Inzwischen zeigen auch Produktion und Umsätze in die gleiche Richtung. Im Unterschied zum Sachverständigenrat sieht die Bundesregierung in diesen zunehmend deutlicher aufwärtsgerichteten Indikatoren Anzeichen einer leichten konjunkturellen Erholung.

Insgesamt stellt sich die Ausgangslage für 1994 deutlich günstiger dar als dies vor einem Jahr für 1993 der Fall war. Auch der Sachverständigenrat stellt trotz

seiner insgesamt eher skeptischen Erwartungen fest, daß sich fast überall die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert haben (Ziffern 211 und 223 JG).

Die konjunkturelle Entwicklung 1994 wird auch vom Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm (SKWP) geprägt sein. Dieses wird die öffentliche Neuverschuldung vor allem mittelfristig dämpfen und somit die Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad erleichtern. Kurzfristig stehen den Wachstumsimpulsen durch vorgezogene Investitionen unmittelbar nachfragemindernde Einsparungen bei öffentlichen Haushalten und Belastungen der privaten Haushalte und der Wirtschaft durch Steuer- und Abgabenerhöhungen gegenüber, wobei auch die notwendigen Beitragserhöhungen zur Rentenversicherung eine wichtige Rolle spielen. Mit dem Sachverständigenrat ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Konsolidierung zwar kurzfristig nachfragedämpfend wirken mag, mittelfristig die Wachstumskräfte aber stärkt (Ziffer 211 JG).

Wie in den vergangenen beiden Jahren wird die Jahresprojektion soweit wie möglich für Gesamtdeutschland aufgestellt. Aufgrund der unterschiedlichen Verfügbarkeit von Daten einerseits und der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation in Ost- und Westdeutschland andererseits wird die Projektion auch noch getrennt für West- und Ostdeutschland vorgenommen. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß der vollständige Wirtschaftskreislauf derzeit nur für Westdeutschland durchgerechnet werden kann, für Ostdeutschland dagegen nur zentrale Größen abgeschätzt werden können. Besonders problematisch sind die Daten zum „innerdeutschen Handel“ und der darauf aufbauenden Ableitung der Ausrüstungsinvestitionen in beiden Teilen Deutschlands. Die Berechnungen für Ostdeutschland haben daher nach wie vor eher den Charakter einer Modellrechnung, die auf Plausibilitätsüberlegungen beruht, als den einer Vorausschau.

11. Die Bandbreite der Vorausschätzungen verschiedener Institutionen für 1994 ist — wie üblich in Zeiten der Unsicherheit über Zeitpunkt und Intensität einer konjunkturellen Umkehr — ungewöhnlich groß. Sie reicht für die reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 0 bis 1½ %, für Westdeutschland allein sogar von einem nochmaligen leichten Rückgang bis zu einem Wachstum von 1 % im Jahresdurchschnitt. Hinter diesem breiten Spektrum steht jedoch ein ähnliches Konjunkturprofil, bei dem für die alten Länder eine endgültige Überwindung der Rezession angenommen und eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität im Verlauf dieses Jahres erwartet wird. Die Unterschiede ergeben sich aus der abweichenden Einschätzung der Ausgangslage bis zum Ende des letzten Jahres und der Annahme über den Zeitpunkt des Beginns und die Stärke der Erholung.

Die Jahresprojektion der Bundesregierung nimmt für das Bruttoinlandsprodukt *Deutschlands* nach einem Rückgang 1993 um real 1,3 % für 1994 wieder ein Wachstum von 1 bis 1½ % an. Für Westdeutschland bedeutet dies einen Anstieg um real ½ bis 1 %; für

Ostdeutschland wird eine Zunahme von real 6 bis 8 % unterstellt.

Mit der Wachstumsannahme für *Westdeutschland* ist die Bundesregierung ähnlich zuversichtlich wie die Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute in der Prognose ihres Herbstgutachtens, die sie zuletzt weitgehend bestätigt haben, aber deutlich optimistischer als der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten. Trotz der nicht unerheblichen Prognoserisiken in Zeiten einer Konjunkturwende nimmt die Bundesregierung an, daß sowohl das insgesamt bessere weltwirtschaftliche Umfeld, die deutlich verbesserten Rahmenbedingungen in Deutschland als auch die verfügbaren Konjunkturindikatoren für eine Entwicklung eher im oberen Bereich des derzeitigen Vorausschätzungsspektrums sprechen. Dabei wurde bereits in Rechnung gestellt, daß es durchaus zu Jahresbeginn nochmals zu einem temporären Rückgang von Nachfrage und Produktion kommen könnte; danach dürfte sich die 1993 begonnene Erholung im Jahresverlauf 1994 aber wieder fortsetzen.

Die Wachstumsannahme für *Ostdeutschland*, der auch etwa die Einschätzung des Sachverständigenrats entspricht, geht davon aus, daß der Aufbauprozess an Breite und Schwung gewinnt. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung ist dem Sachverständigenrat zuzustimmen, daß noch ein weiter Weg bis zum Aufschluß an die westdeutsche Wirtschaftsleistung zurückzulegen ist. Auch wenn Konsum und Investitionen nicht, wie der Sachverständigenrat ausführt, nur knapp zur Hälfte, sondern zuletzt zu rund 56 % aus eigener Produktion gedeckt wurden, ist es offensichtlich, daß sich die Lücke nur sehr langsam schließt. Nach wie vor sind also erhebliche Einkommens- und Kapitaltransfers zum Ausgleich der Produktionslücke notwendig, die der Sachverständigenrat als „Importdefizit“ bezeichnet (Ziffer 250 JG).

Die Jahresprojektion 1994 geht im einzelnen von folgenden *Annahmen* aus:

a) In weitgehendem Einklang mit den Erwartungen internationaler Organisationen wird für die *Weltkonjunktur und das internationale Umfeld* unterstellt:

- Die konjunkturelle Erholung in den meisten Industrieländern setzt sich fort, nachdem der Tiefpunkt der Rezession auch in den westeuropäischen Staaten 1993 durchschritten wurde. Der Sachverständigenrat nimmt ebenfalls an, daß sich am Jahresbeginn nahezu alle europäischen Länder von der Talsohle gelöst haben, es sei allerdings noch nicht ausgemacht, ob danach eine wirtschaftliche Belebung einsetzt oder die Schwäche weiter anhält (Ziffer 5 JG).
- Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im OECD-Bereich wird sich 1994 bei im Jahresverlauf beschleunigendem Tempo auf rund 2 % erhöhen nach ca. 1 % im Jahr 1993.
- Mit dieser konjunkturellen Belebung wird erwartet, daß sich das Welthandelwachstum auf 4 % bis 5 % beschleunigt nach 2½ bis 3 % im Vorjahr. Die Prognosen der internationalen Organisationen erwarten eher eine Welthan-

delszunahme an der Obergrenze dieser Marge oder gehen sogar darüber hinaus. Der positive Abschluß der GATT-Runde könnte hierfür eine wichtige Signalfunktion haben.

- Die deutschen Exportmärkte werden voraussichtlich unterproportional an der Welthandelsausweitung teilnehmen, da die Haupthandelspartner in Westeuropa eher unterdurchschnittliche Wachstumsperspektiven haben. Hinzu kommt, daß die deutsche Ausfuhrstruktur schwerpunktmäßig auf Investitionsgüter ausgerichtet ist, die im Konjunkturzyklus erst später verstärkt nachgefragt werden. Allerdings wird sich die schon 1993 zu beobachtende Tendenz eines zunehmenden Engagements deutscher Unternehmen auf den aufstrebenden Exportmärkten in Süd-Ost-Asien, China, Lateinamerika und den USA fortsetzen.
- Für den Wechselkurs der D-Mark wird eine Normalisierung bei weitgehender Stabilisierung gegenüber den Währungen der EG-Länder und im Jahresdurchschnitt eine leichte Höherbewertung des US-Dollars unterstellt. Die Anpassung der Unternehmen an die neuen Wechselkursrelationen nach der starken D-Mark-Aufwertung seit dem Herbst 1992 dürfte inzwischen weitgehend abgeschlossen sein.
- Die deutschen Exporte partizipieren damit voraussichtlich zwar unterproportional aber doch wieder verstärkt an der expansiveren Entwicklung des Welthandels.
- Die Einfuhrpreise werden allenfalls leicht anziehen; nachfragebedingt etwas höheren Rohstoffpreisen steht ein preisgünstiges Angebot an Rohöl gegenüber.

b) Für die *Binnenwirtschaft* wird folgende Entwicklung erwartet:

- Die Lohnmoderation wird angesichts der schwierigen Beschäftigungslage, der steigenden Arbeitslosigkeit sowie der insgesamt noch schwachen konjunkturellen Nachfrage- und Wachstumsperspektiven deutlicher ausfallen als 1993. Im öffentlichen Dienst wurde dabei u. a. von einer „Nullrunde“ für Beamte und in den neuen Ländern von keiner weiteren Anhebung über die derzeit gültige 80 %-Stufe des Westniveaus hinaus ausgegangen. Insgesamt führt dies zu nachlassendem Kostendruck, zur Dämpfung des Preisniveauanstiegs und damit zu einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte.
- Die Finanzpolitik der Gebietskörperschaften und das Ausgabeverhalten der Sozialversicherungsträger sind weiterhin auf Konsolidierung ausgerichtet. Allerdings wirken hier noch automatische Stabilisatoren. Einschränkungen auf der Ausgabenseite führen zu einer realen Verminderung beim Staatsverbrauch und zu einem kräftigen Rückgang der öffentlichen Investitionen.

- Für die Geldpolitik eröffnen sich aufgrund nachlassenden Preisdrucks, verstärkter Lohnmoderation und zunehmender Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Einklang mit der internationalen Entwicklung weitere Zinssenkungsspielräume.
- Der Private Verbrauch dürfte real leicht abnehmen. Grund dafür sind der erwartete weitere Rückgang der Beschäftigung, die nur geringen Lohnzuwächse sowie dämpfende Effekte der Steuer- und Abgabenerhöhungen und der Ausgabenkürzungen bei sozialen Leistungen. Ein voraussichtlich weiteres Absinken der Sparquote dürfte diese Effekte jedoch abfedern.
- Die Unternehmensinvestitionen dürften sich aufgrund verbesserter interner Kosten- und Finanzierungsbedingungen, aufgehellter Absatz- und Ertragsperspektiven sowie wieder gefestigter Wechselkursrelationen und -erwartungen stabilisieren. Eine weitere Steigerung der Wohnungsbautätigkeit wird von dem hohen Nachfrageüberhang getragen und durch das deutlich gesunkene Zinsniveau forciert.

Nach Durchschreiten der konjunkturellen Talsohle in Westdeutschland im Laufe des Jahres 1993 wird für 1994 insgesamt eine zögerliche Aufwärtstendenz mit dem Risiko temporärer Unterbrechungen erwartet. Hauptimpulse für das Wirtschaftswachstum gehen vom Außenbeitrag, der Lagerbildung, vom Wohnungsbau und im Verlauf auch von den Unternehmensinvestitionen aus.

Mit den verbesserten weltweiten und westdeutschen Konjunkturaussichten erscheint auch in Ostdeutschland wieder eine leichte Beschleunigung des Wachstumstempos möglich. Hauptimpulse für das Wachstum dürften hier von den privaten Investitionen, besonders im Bausektor, sowie von den steigenden Lieferungen nach Westdeutschland ausgehen.

12. Die Lage der Weltwirtschaft stellt sich zur Zeit sehr differenziert dar: Während sich der Aufschwung in Südost-Asien und Lateinamerika fortgesetzt hat, sind von den Industrieländern die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien als erste wieder auf einen deutlichen Wachstumskurs eingeschwenkt. Dieser dürfte sich 1994 fortsetzen und vermutlich noch verstärken. Die japanische Wirtschaft sieht sich mit einer für dortige Verhältnisse ausgeprägten Rezession konfrontiert; hier deuten derzeit noch keine Anzeichen auf eine Belebung hin. Das Rezessionstief in den westeuropäischen Staaten wurde dagegen wohl 1993 erreicht, eine allmähliche Erholung hat in den meisten Ländern bereits eingesetzt. Allerdings sind — wie auch der Sachverständigenrat erwartet — zunächst nur bescheidene Zuwächse zu erwarten (Ziffer 216 JG). Bei wieder Tritt fassender Konjunktur — vor allem in Deutschland — ist aber auch ein gegenseitiges Aufschaukeln möglich.

Insgesamt hat sich die Konstitution der Weltwirtschaft gegenüber der Lage vor Jahresfrist im letzten Jahr deutlich verbessert: Der Preisauftrieb ist in den meisten Industrieländern geringer geworden und dürfte

sich weiter abflachen; der Lohnkostendruck hat merklich nachgelassen; die Ertragslage der Unternehmen hat sich vielfach verbessert; das Zinsniveau ist vor allem in Westeuropa deutlich zurückgegangen. Obwohl die Politik der Konsolidierung in den öffentlichen Haushalten kurzfristig und unmittelbar zunächst nachfragedämpfend wirkt, dürfte die mittelfristige Perspektive dieser Politik zur Verbesserung des Vertrauens im privaten Sektor beitragen. Auf die Bedeutung des notwendigen „Vertrauenskapitals“ für die Überwindung der Rezession hat insbesondere der Sachverständigenrat hingewiesen (Ziffer 209 JG).

Ausgehend von den Wachstumsraten für das Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für 1994 im Jahresdurchschnitt mit gut 2 % angibt, und der damit verbundenen Beschleunigung der Entwicklung des Welthandels auf 4 bis 5 % wird in der Jahresprojektion angenommen, daß der Anstieg der *westdeutschen Exporte* ins Ausland aufgrund der Regional- und Güterstruktur etwas geringer als die Welthandelszunahme ausfällt. Nach dem Verlust von realen Marktanteilen seit 1990 würde dies zwar noch keine Wiedergewinnung früherer Marktpositionen, aber etwa eine Expansion entsprechend des steigenden Exportmarktpotentials bedeuten.

Für die *neuen Länder* sind die Exportmöglichkeiten weiterhin begrenzt. Insgesamt trugen sie 1993 zu weniger als 2 % zum gesamtdeutschen Warenexport bei. Die ersten Anzeichen einer zunehmenden Stabilisierung und Besserung in einigen Reformstaaten Osteuropas könnte auch eine allmähliche Wiederbelebung der Ausfuhren in diese traditionellen Märkte — jedoch von sehr niedrigem Niveau ausgehend — mit sich bringen. Allerdings sind die Aussichten angesichts der noch labilen Verhältnisse in Rußland insgesamt sehr gedämpft. Andererseits dürfte mit zunehmender Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe die Umstrukturierung und Ausrichtung auf westliche Märkte allmählich voranschreiten.

Auf diesem Hintergrund wird in der Jahresprojektion für *Gesamtdeutschland* von einem

nominalen Anstieg der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen von 4 bis 5 %

ausgegangen. Bei nur moderatem Preisanstieg für Waren- und Dienstleistungsausfuhren von knapp 1 % entspricht dies einem realen Zuwachs der Ausfuhren um 3 bis 4 %.

Die getrennte Berechnung des Bruttoinlandsprodukts im Wirtschaftskreislauf für West- und Ostdeutschland muß aus systematischen Gründen den *innerdeutschen Handels- und Dienstleistungsverkehr* als „Ausfuhren“ bzw. „Einfuhren“ behandeln. Die statistische Erfassung dieser Ströme wird bei zunehmender Integration und Verflechtung einerseits und möglicherweise abnehmender Bereitschaft zur statistischen Berichterstattung andererseits immer schwieriger. Für die Lieferungen von Waren- und Dienstleistungen in West-Ost-Richtung wird 1994 mit einer nochmals etwas geringeren Ausweitung als 1993 gerechnet, da sich die eigene Produktionsbasis in den neuen Ländern

verbreitert und die Nachfragestrukturen sich zunehmend darauf ausrichten. Für die Bezüge der alten Länder aus Ostdeutschland, die 1993 aufgrund des Nachfrage- und Produktionsrückgangs im Westen nur wenig zugenommen haben dürften, wird dagegen ein merklicher Anstieg unterstellt. Dabei wird davon ausgegangen, daß mit zunehmenden Anpassungsfortschritten des Verarbeitenden Gewerbes mehr wettbewerbsfähige Produkte im Westen abgesetzt werden können. In die gleiche Richtung wirkt die von der Wirtschaft dem Bundeskanzler zugesagte Einkaufsoffensive.

13. Die *Investitionen* entwickeln sich in West- und Ostdeutschland nach wie vor sehr unterschiedlich. Während in den alten Ländern derzeit vorwiegend konjunkturelle, vor allem nachfragerrelevante Faktoren ausschlaggebend sind, bestimmt im östlichen Landesteil weitgehend der Umstrukturierungs- und Aufholprozeß die Investitionsentwicklung.

Die Investitionsneigung bei den Unternehmen (ohne Wohnungsbau) in den *alten Ländern* war bis zuletzt stark gedrückt. Allerdings hat sich das Geschäftsklima auch der Investitionsgüterhersteller bis zum Ende letzten Jahres gegenüber Jahresbeginn 1993 nach den Umfragen des Ifo-Instituts merklich gebessert. Auch haben sich die inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern stabilisiert. Es ist dem Sachverständigenrat zuzustimmen, daß die Stimmung offenbar tiefer abgesackt ist als die Aktivitäten und ein nochmaliger, sich möglicherweise verstärkender Rückgang bei den Investitionen eher unwahrscheinlich ist (Ziffer 226 JG). Bei anhaltender Nachfrageschwäche und in der Rezession deutlich gesunkener Kapazitätsauslastung spielen Erweiterungsinvestitionen allerdings derzeit zunächst noch eine untergeordnete Rolle.

Die Investitionstätigkeit wird 1994 daher in erster Linie von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen getragen sein. Ersatzbeschaffungen lassen sich nicht ohne Schaden unbegrenzt hinausschieben. Zur Rationalisierung und Umstrukturierung drängt neben dem hohen heimischen Kostenniveau der zunehmende internationale Wettbewerb. Begünstigend für das gesamte Investitionsklima kommt hinzu, daß sich wesentliche Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert haben. Die Lohnstückkostenmoderation verbessert die Ertragsaussichten der Unternehmen, das Standortsicherungsgesetz bringt deutliche steuerliche Entlastungen und die sinkenden Zinsen erleichtern die Finanzierung. Das Ende der inversen Zinsstruktur macht ein Aufschieben von Investitionen aus Portfolioüberlegungen uninteressant. All diese Faktoren könnten dazu beitragen, daß in Westdeutschland die Unternehmensinvestitionen 1994 nicht weiter abgefallen dürften. In der Jahresprojektion wird etwa mit dem gleichen Investitionsvolumen wie im Vorjahr gerechnet. Es könnte aber auch etwas höher ausfallen.

Diese insgesamt weiterhin schwache Investitionskonjunktur im Unternehmenssektor einerseits als auch der erwartete Schwerpunkt bei Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen lassen kaum eine positive Entwicklung bei den Unternehmensbauten erwarten (Ziffer 229 JG). Im Wohnungsbau wird es dagegen

abermals zu deutlichen Zuwächsen kommen. Die angespannte Marktlage mit starkem Nachfrageüberhang, verbesserte Rentabilitätsverhältnisse durch steigende Mieten, der nachlassende Baupreisauftrieb, die Fortgeltung der steuerlichen Begünstigungen bei Eigennutzung und nicht zuletzt die erheblich gesunkenen Hypothekenzinsen lassen eine Fortsetzung der lebhaften Wohnungsbautätigkeit mit einem realen Zuwachs von 2 bis 3 % als realisierbar erscheinen.

Die Investitionen des Staates dürften aufgrund der Konsolidierungsbemühungen allerdings merklich abnehmen.

Für die Bruttoanlageinvestitionen in Westdeutschland insgesamt erscheint daher nach einem Rückgang 1993 von real 6,8 % ein Anstieg bis zu 1 % in diesem Jahr möglich. Dabei wird der positive Impuls im wesentlichen von den Wohnungsbauinvestitionen getragen.

In Ostdeutschland ist weiterhin eine erheblich dynamische Entwicklung zu erwarten. Der überaus große Nachholbedarf und die Umstrukturierungsprozesse erfordern nach wie vor hohe Investitionen. Staatliche Fördermaßnahmen speziell für gewerbliche Investitionen durch Investitionszulage und Regionalförderung, der weitere Abbau von Investitionshemmnissen und zunehmend bessere Perspektiven auch im industriellen Bereich dürften die Investitionsbereitschaft verbessern. Der noch immer hohe Lohnkostendruck wirkt zudem als „Produktivitätspeitsche“ im Sinne verstärkter Rationalisierung. Die Bauinvestitionen dürften weiter mit zweistelligen Zuwachsraten zunehmen, wobei der Wohnungsbau auch in Ostdeutschland mehr und mehr zur dynamischsten Bausparte wird. Er hat damit die öffentlichen Investitionen abgelöst, die auf ihrem hohen erreichten Niveau nur mehr verhalten zunehmen dürften. Die Ausrüstungsinvestitionen werden sich, nach einem etwas verlangsamten Wachstumstempo 1993, nicht zuletzt als Folge verbesserter Konjunkturperspektiven in Westdeutschland voraussichtlich wieder kräftiger entwickeln. Die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt könnten — nach der Modellrechnung der Jahresprojektion — mit einer Zuwachsrate zwischen 12 und 14 % ansteigen.

Für Gesamtdeutschland wird demnach in der Jahresprojektion ein

nominaler Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen von 4 bis 6 %

erwartet, nach einem Rückgang um 0,5 % 1993. Bei in West- wie in Ostdeutschland nachlassendem Preisauftrieb für Sachanlagegüter — er wird nach knapp 3 % im Vorjahr mit 2 bis 2½ % veranschlagt —, entspricht dies einem realen Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen von 2 bis 4 %.

Nach dem fühlbaren, teilweise rezessionsbedingten Lagerabbau im vergangenen Jahr dürften mit einsetzender leichter Wiederbelebung der Nachfrage, vor allem aus dem Ausland, die Lager eher wieder aufgestockt werden. In die gleiche Richtung weisen die Effekte, die intermediär vom Produktionsprozeß bei anziehender Ausbringung ausgehen. Auch wenn im Laufe der letzten Jahre die Lagerquote trendmäßig

kleiner geworden ist als noch in den 70er und 80er Jahren — „lean-“ bzw. „just-in-time-production“ können hier als Erklärung herangezogen werden — so entspricht dieses Verhaltensmuster grundsätzlich der Erfahrung in früheren Konjunkturzyklen. Der hiervon ausgehende Anstoß wurde wegen der offenbar geänderten Verhaltensweisen freilich erheblich niedriger als in vergleichbaren Konjunkturphasen angesetzt.

14. Der *Private Verbrauch* wird ebenso wie im Vorjahr nominal voraussichtlich etwas stärker steigen als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte; dennoch dürfte es im Gegensatz zur letztjährigen Entwicklung trotz einer sich gleichzeitig abzeichnenden deutlichen Verlangsamung des Verbraucherpreisanstiegs in diesem Jahr real zu einem leichten Rückgang des Privaten Verbrauchs in Deutschland kommen.

In den *alten Ländern* dürfte gemäß den Annahmen der Jahresprojektion die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten effektiv lediglich um etwa 2 % — nach 2,7 % im Vorjahr — zunehmen. Hierzu trägt auch bei, daß bei den Beamten für 1994 keine Besoldungserhöhungen vorgesehen sind. Nachdem bereits im vergangenen Jahr der Weg in Richtung Lohnmäßigung eingeschlagen worden war, ist auch für 1994 und einige Zeit darüber hinaus eine Abschwächung des Lohnanstiegs im Interesse einer Stabilisierung der Beschäftigungslage und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland dringend geboten. Dies ist nicht zuletzt auf die lohnpolitische Fehleinschätzung der Jahre 1991 und 1992 zurückzuführen, als in Verkenntnis des nach der Wiedervereinigung tatsächlich vorhandenen Verteilungsspielraums Lohnabschlüsse getätigt wurden, die weit über der durchschnittlichen Produktivitätszunahme zuzüglich der mittelfristig zugrundezulegenden unvermeidlichen Inflationsrate lagen. Unter der Voraussetzung der genannten moderaten Effektivlohnentwicklung könnte nach den Annahmen der Jahresprojektion der als Spätfolge der vorangegangenen Rezession anzusehende Rückgang der Zahl der Beschäftigten 1994 auf 1½ % begrenzt werden nach knapp 2 % im Vorjahr. Damit würde die Bruttolohn- und -gehaltsumme aller Beschäftigten mit Wohnsitz in den alten Ländern um ½ % zunehmen. Angesichts des durch die Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung verursachten überdurchschnittlichen Anstiegs der Sozialbeiträge und der progressionsbedingt überproportional starken Zunahme der Lohnsteuer dürfte die Nettolohn- und -gehaltsumme dann sogar um 1 bis 1½ % abnehmen. Die sozialen Leistungen werden voraussichtlich trotz der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Einsparungen mit 5 bis 6 % erneut deutlich stärker steigen als die Erwerbseinkommen und damit zu einer Stabilisierung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte beitragen. Ursächlich hierfür ist die durch die Kürzungsmaßnahmen insgesamt zunächst nur wenig gedämpfte Expansion der Lohnersatzleistungen aufgrund steigender Arbeitslosigkeit sowie die an die Nettolohnentwicklung des Vorjahres gebundene Erhöhung der Sozialversicherungsrenten. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen könnten um rund 3 bis 4 % ansteigen. Dabei dürften die Vermögenseinkommen angesichts sinkender Durchschnittsrenditen allenfalls leicht zuneh-

men, während die Gewinnentnahmen im Zuge einer Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich stärker als im Vorjahr steigen könnten. Insgesamt liegt der Jahresprojektion ein Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um nominal rund 1½ % nach 2,2 % im Vorjahr zugrunde. Die real rückläufige Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen sowie die weiter sinkenden Zinsen dürften erneut zu einem spürbaren Rückgang der Sparquote führen, der auf ½ bis 1 %-Punkt veranschlagt wird. Hier besteht allerdings erhebliche Unsicherheit. Die Verschuldungsbereitschaft könnte bei im Verlauf ansteigender Konjunktur wieder stärker zunehmen und damit in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung die Sparquote der privaten Haushalte drücken. Es wird also davon ausgegangen, daß sich der Private Verbrauch nominal um 2 bis 3 % erhöhen könnte. Dies würde real nach fast unverändertem Verbrauchsvolumen im Vorjahr einen Rückgang zwischen 0 und 1 % bedeuten.

In den *neuen Ländern* dürften sich das Wachstumstempo des nominalen Privaten Verbrauchs ebenso wie des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte gegenüber der schnellen Ausweitung unmittelbar nach der Wiedervereinigung weiter deutlich abschwächen. Da jedoch mittlerweile bereits eine weitgehende Angleichung an das westdeutsche Preisniveau erreicht worden ist, dürfte sich der Preisanstieg ebenfalls deutlich reduzieren, so daß erneut ein leichter Realeinkommenszuwachs zu erwarten ist. Der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten wird in der Jahresprojektion auf etwa 6½ bis 7½ % veranschlagt. Diese im Vergleich zur bisherigen Entwicklung seit 1990 moderatere Lohnerhöhung setzt eine weitere zeitliche Streckung des Tempos der Lohnniveauangleichung voraus. Im Interesse einer Stabilisierung der Beschäftigungslage und angesichts des zu erwartenden deutlich rückläufigen Preisniveaustiegs erscheint eine solche gemäßigte Lohnpolitik unabdingbar. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten mit Wohnsitz in den neuen Ländern würde unter diesen Bedingungen auf fast 73 % des westdeutschen Niveaus ansteigen nach rund 69 % im Vorjahr. Dadurch dürfte der Beschäftigungsabbau zunächst deutlich verlangsamt und im Jahresverlauf gestoppt werden. Insgesamt wird in der Jahresprojektion mit einer Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme von 4½ bis 5½ % gerechnet. Angesichts der deutlich steigenden Sozialbeiträge und der auch in den neuen Ländern wirksamen Lohnsteuerprogression wird die Nettolohn- und -gehaltsumme merklich schwächer expandieren. Die sozialen Leistungen werden, nicht zuletzt durch den Anstieg der Renten, erneut stark zur Ausweitung der Einkommensbasis beitragen. Insgesamt wird nach den Annahmen der Jahresprojektion mit einem Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um nominal 4½ bis 5½ % gerechnet. Damit liegt der Einkommenszuwachs erneut deutlich über der westdeutschen Entwicklung. Unter der Annahme einer wegen der Einkommensentwicklung weniger sinkenden laufenden Sparneigung als in den alten Ländern ist allenfalls mit einer geringen Veränderung der Sparquote zu rechnen. Unter diesen Bedingungen dürfte der nominale Private Verbrauch um etwa 4½

bis 5½ % zunehmen. Bei einem gegenüber den Vorjahren deutlich gedämpften Anstieg der Verbraucherpreise könnte sich dann der Private Verbrauch in den neuen Ländern im Gegensatz zur rückläufigen Entwicklung in Westdeutschland real um bis zu 1 % erhöhen.

Unter diesen Annahmen könnte für *Deutschland* insgesamt

der nominale Private Verbrauch um 2½ bis 3½ % zunehmen.

Dies würde real einen Rückgang um bis zu 1 % — nach einem praktisch unveränderten Ausgabevolumen im Vorjahr — bedeuten.

15. Auf der Grundlage der Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften und den Sachausgabentendenzen bei den Sozialversicherungsträgern zeichnen sich für das kommende Jahr deutlich verringerte Ausgabenzuwächse beim Staatsverbrauch ab. In der Jahresprojektion wird unter diesen Bedingungen eine

Zunahme des gesamtdeutschen nominalen Staatsverbrauchs um 1 bis 2 % unterstellt

nach 2,7 % im Vorjahr. Wie bereits im vergangenen Jahr bedeutete dies real einen Rückgang.

Im Bereich der Personalausgaben wird von einer Nullrunde bei den Beamten, der angespannten Haushaltslage Rechnung tragenden äußerst moderaten Lohnabschlüssen bei Arbeitern und Angestellten sowie einer zeitlichen Streckung des Tempos der Angleichung von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst der neuen Länder an das westdeutsche Niveau ausgegangen. Wie bereits im Vorjahr muß dabei aufgrund der bestehenden Stellenpläne von einem weiteren Personalabbau ausgegangen werden. Im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts wird auch bei den Sachausgaben eine konsequente Begrenzung des Ausgabenanstiegs zugrundegelegt. Insgesamt wird der Anstieg des Staatsverbrauchs im Sozialversicherungsbereich eher stärker ausfallen als bei den Gebietskörperschaften, nachdem im letzten Jahr die Auswirkungen des Gesundheitsstrukturreformgesetzes zu einer starken Dämpfung des Ausgabenanstiegs geführt haben.

Im Gegensatz zu den Vorjahren dürfte der Staatsverbrauch in den neuen Ländern angesichts des in der Jahresprojektion unterstellten Verzichts auf eine weitere Einkommensangleichung nur noch wenig schneller expandieren als in Westdeutschland. Zu beachten ist dabei allerdings der immer noch vorhandene deutliche Personalüberhang bei den ostdeutschen Ländern und Kommunen.

16. Unter diesen Annahmen für die Komponenten der Inlandsnachfrage und die Ausfuhr ergibt sich für Gesamtdeutschland im Jahr 1994 ein nominaler Anstieg der volkswirtschaftlichen Endnachfrage um 3½ bis 4 % nach einem leichten Rückgang 1993. Bei nachlassendem Preisauftrieb, der für dieses zusammengefaßte Aggregat auf 2½ % veranschlagt wird, ergibt sich in realer Rechnung ein moderater Anstieg der Gesamtnachfrage von 1 bis 1½ % nach einem Rückgang um 3,3 % im Vorjahr.

Die *Einfuhren* von Waren und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) nach Deutschland werden einerseits von der Entwicklung des Privaten Verbrauchs und der Ausrüstungsinvestitionen bestimmt, in die sie direkt als Endprodukte eingehen; andererseits sind sie in hohem Maße abhängig von den Ausfuhren, da sie zu einem gewichtigen Teil Vorprodukte für spätere Exporte darstellen. Aufgrund der zu erwartenden insgesamt noch schwachen Verbrauchs- und Investitionsneigung wird in der Jahresprojektion angenommen, daß die Einfuhren deutlich schwächer zunehmen als die Ausfuhren, und zwar um nominal 2½ bis 3½ % nach einem Rückgang von 12 % im Vorjahr. Dies würde bei nur leicht aufwärtsgerichteter Einfuhrpreistendenz einen realen Einfuhrzuwachs von 1 bis 2 % bedeuten.

Der *gesamtdeutsche Außenbeitrag* dürfte sich danach in nominaler Rechnung in einer Größenordnung zwischen 18 und 22 Mrd. DM bewegen, also wie bereits 1993 weiter anwachsen. Der steigende Außenbeitrag geht im wesentlichen auf eine weitere Aktivierungstendenz der Handelsbilanz zurück. In realer Rechnung dürfte die Aktivierung des Außenbeitrags bei sich eher leicht verschlechternden terms of trade voraussichtlich etwas stärker ausfallen und damit eine merklich positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum ausüben.

Für Deutschland insgesamt ergibt sich aus diesen Annahmen zur Inlandsnachfrage und zum Außenbeitrag ein

nominaler Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3½ bis 4½ %

nach einer Zunahme von 2,6 % im Vorjahr. Dieses gesamtdeutsche Ergebnis könnte sich aus einem nominalen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Westdeutschland von 2½ bis 3½ % und einer Ausweitung von 10 bis 14 % in Ostdeutschland zusammensetzen. Die neuen Länder würden 1994 damit zu etwa 9½ % zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt beitragen. 1991 bis 1993 hatte sich ihr Anteil an der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung von 6,4 % über 7,7 % auf 8,8 % ausgeweitet.

17. Unter der Voraussetzung, daß bei den noch ausstehenden Tariflohnabschlüssen für das Jahr 1994 der sich aus der ungünstigen Beschäftigungssituation ergebende Zwang zu moderaten Lohnabschlüssen angemessen berücksichtigt wird, dürfte der *Preisanstieg* im Vergleich zum Vorjahr weiter deutlich nachlassen. Nachdem die ersten drei Jahre seit der Wiedervereinigung im Zeichen des Abbaus von ostdeutschen Preissubventionen standen, wird in diesem Jahr auch in den neuen Ländern eine deutliche Verlangsamung des Preisauftriebs eintreten. Für die *alten Länder* wird in der Jahresprojektion von einer erheblichen Abschwächung des Anstiegs der Lohnkosten je Produkteinheit auf eher weniger als 1 % nach reichlich 3 % im Vorjahr ausgegangen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß auf Grund der sehr hohen, weit über den gleichzeitigen Produktivitätsanstieg hinausgegangenen Lohnabschlüsse der Vorjahre noch ein gewisser Kostendrucküberhang vorhanden ist. Ferner werden die im Zusammenhang mit der Finanzierung der Bahnreform beschlossene Erhöhung der Mineral-

ölsteuer sowie vor allem die notwendig gewordene Anhebung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung eine weitere Kostenbelastung der Unternehmen mit sich bringen. Der erhöhte Beitragssatz zur Rentenversicherung bewirkt alleine bereits ceteris paribus einen zusätzlichen Lohnstückkostenanstieg von einem dreiviertel Prozentpunkt. Solche kosten- und preiswirksamen Maßnahmen dürfen nicht zu neuen Lohnforderungen führen. Andernfalls würden sie ein permanentes Drehen an der Preis-Lohn-Preis-Spirale bedeuten, den Zinssenkungsprozeß behindern und zu weiteren Beschäftigungsverlusten führen. Der Spielraum für Preiserhöhungen dürfte andererseits durch die insgesamt unter dem Produktionspotential bleibende Nachfrage deutlich beschränkt werden. Insgesamt wird damit gerechnet, daß der Anstieg der Verbraucherpreise in Westdeutschland trotz der Wirkungen der Mineralölsteuererhöhung auf etwa 3 % im Jahresdurchschnitt begrenzt werden kann. Da die Preissteigerungsrate zu Jahresbeginn noch höher liegt, bedeutet dies für den Verlauf am Jahresende 1994 eine 2 vor dem Komma bei der westdeutschen Verbraucherpreisrate. Dabei dürfte sich auch bei den überdurchschnittlich steigenden Mieten die begonnene Entspannung fortsetzen, während bei Versicherungsprämien ebenso wie bei öffentlichen Gebühren ein anhaltender Preiserhöhungsdruck zu erwarten ist. In den *neuen Ländern* wird nach dem zunächst explosionsartigen Anstieg der Lohnstückkosten nach der Vereinigung -im letzten Jahr war allerdings mit einer Rate von rund 2½ % bereits eine deutliche Verlangsamung eingetreten — in diesem Jahr mit einer ähnlich moderaten Entwicklung wie in den alten Ländern gerechnet. Der Nominallohnanstieg dürfte also nur in dem Maße wie der Produktivitätsfortschritt höher als in Westdeutschland ausfallen. Der Abbau der Preissubventionen ist inzwischen bereits weit fortgeschritten. Der Effekt der 1994 über die Erhöhung der Beschaffenzuschläge wirksam werdenden Mietpreisanpassung auf den Verbraucherpreisanstieg ist auf etwa 1 bis 1½ %-Punkte zu veranschlagen. Angesichts der bereits weitgehend vollzogenen Angleichung der Preisstrukturen ist für den Preisauftrieb im Jahresverlauf bei der unterstellten merklichen Begrenzung des Anstiegs der Lohnstückkosten ansonsten mit einer ähnlichen Entwicklung wie in den alten Ländern zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Verbraucherpreiserhöhung 4 bis 5 % betragen.

Für *Gesamtdeutschland* wird infolgedessen unter Berücksichtigung der das Verbraucherpreisniveau um ca. ½ %-Punkt anhebenden Mineralölsteuererhöhung, weiteren Steigerungen von kommunalen Gebühren, allenfalls leicht anziehender Einfuhrpreise sowie mietpreisbedingt nur noch wenig überproportional steigender Preise in den neuen Ländern

von einem Anstieg der Verbraucherpreise um rd. 3 %

nach 4,1 % im Vorjahr ausgegangen. Der auf inländische Ursachen zurückzuführende *gesamtwirtschaftliche Preisniveauanstieg* — gemessen an der Entwicklung des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts — dürfte unter diesen Annahmen in *Gesamtdeutschland* auf rund 2½ % begrenzt werden (nach 4,0 % im

Vorjahr). Dabei wird der Preisanstieg in Westdeutschland mit 2 bis 2 ½ % abermals deutlich geringer sein als in Ostdeutschland mit 4 bis 6 %, wenngleich sich auch hier die Schere der divergierenden Preisentwicklung langsam schließt. Die im Vergleich zur Verbraucherpreisentwicklung tendenziell noch moderatere gesamtwirtschaftliche Preisniveauentwicklung in Deutschland ist auf den geringeren Preisauftrieb bei den übrigen volkswirtschaftlichen Nachfragekomponenten zurückzuführen. Beim Staatsverbrauch ist es die unmittelbare Wirkung der abgeschwächten Nominallohnentwicklung.

Mit einer solchen gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklung würde Deutschland einen großen Schritt in Richtung einer relativen Preisniveaustabilität vorankommen. Dies gilt umso mehr, als sich hierin immer noch starke staatlich bedingte Preiserhöhungen und Einflüsse des Subventionsabbaus in den neuen Ländern widerspiegeln.

18. Aus diesen Annahmen der Jahresprojektion für die nominale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Preiskomponenten ergibt sich für Gesamtdeutschland im Jahresdurchschnitt 1994 ein

reales Wirtschaftswachstum von 1 bis 1 ½ % gegenüber dem Vorjahr.

Für Westdeutschland würde dies eine Fortsetzung der im Verlauf von 1993 eingesetzten leichten Konjunkturerholung bedeuten, die auch bei einer vorübergehenden Unterbrechung der Aufwärtsentwicklung zu einem Wiederanstieg des Bruttoinlandsprodukts um jahresdurchschnittlich real ½ bis 1 % führen könnte. In Ostdeutschland könnte die Zunahme 6 bis 8 % betragen, wobei es vor allem zu einer Ausweitung der Wachstumsbasis im industriellen Bereich kommen dürfte.

Für die Arbeitsproduktivität, d. h. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, wird in der Jahresprojektion für Gesamtdeutschland ein deutlich beschleunigter Zuwachs um 2 ½ bis 3 % (nach 0,7 % im Vorjahr) erwartet. In Ostdeutschland könnte der Produktivitätsanstieg sogar 7 bis 9 % (nach 10,1 % im Vorjahr) betragen. Anders als in den Jahren zuvor dürfte dieser zum weitaus größten Teil das Wachstum der Produktion und nur noch vergleichsweise wenig den im Jahresdurchschnitt noch zu erwartenden Beschäftigungsrückgang widerspiegeln. In Westdeutschland könnte bei einer im weiteren Jahresverlauf wieder zunehmenden Auslastung des Produktionspotentials, aber hauptsächlich aufgrund eines Rationalisierungsbedingt noch fortgesetzten Beschäftigungsabbaus die Produktivität mit 2 bis 2 ½ % relativ kräftig steigen; im Vorjahr hatte sie leicht abgenommen, d. h. der Abbau der Beschäftigung erreichte nicht ganz das Ausmaß des gesamtwirtschaftlichen Produktionsrückgangs.

Demnach ergäbe sich für die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Arbeitsortkonzept) in Deutschland insgesamt im Jahresdurchschnitt ein Rückgang um etwa 1 ½ % oder um ca. 450 000 bis 500 000 auf rd. 34 ½ Mio. In Ostdeutschland dürfte sich der Beschäftigungsabbau wie schon im Jahr zuvor nochmals stark abschwächen und sich vor allem auf den Bergbau und Teile der Industrie konzentrieren. Im Jahresdurchschnitt

könnte der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen — je nach Abgrenzung — 1 bis 2 % oder ca. 50 000 bis 100 000 betragen. In den im Rahmen einer erfolgreichen Strukturanpassung fortgeschrittenen Bereichen Baugewerbe, Handwerk, industrielles Kleingewerbe, Handel und in vielen privaten Dienstleistungsbereichen dürften die Personalaufstockungen den Beschäftigungsrückgang der anderen Wirtschaftsbereiche im Jahresverlauf ausgleichen (Ziffer 239 JG). Die Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger wird nochmals, wenn auch nach Auslaufen der ersten Neugründungswelle eher schwächer als im Vorjahr, zunehmen. Für die Zahl abhängig Beschäftigter würde dies im Vergleich zur Anzahl aller Erwerbstätiger einen etwas stärkeren Rückgang bedeuten. Die derzeit ungünstigen Beschäftigungsaussichten in Westdeutschland könnten auch im Jahresdurchschnitt 1994 zu einer weiteren Abnahme der Zahl ostdeutscher Berufspendler führen.

Die mit der Jahresprojektion für die *alten Länder* unterstellte gesamtwirtschaftliche Belebung dürfte sich in diesem Jahr noch nicht positiv auf die Arbeitskräftenachfrage auswirken. Die Beschäftigung reagiert im Konjunkturzyklus stets mehr oder weniger stark verzögert auf eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion. Bei einer konjunkturellen Wiederbelebung werden als erstes die vorhandenen Produktivitätsreserven genutzt. Dies schlägt sich u. a. auch zunächst in einem Abbau der derzeit hohen Kurzarbeiterzahlen nieder. Vor allem die wegen der Beseitigung struktureller Rigiditäten von der Industrie verstärkt durchgeführten Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen zur notwendigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Gewinn-Erlös-Relation lassen weitere Personalfreisetzungen erwarten. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Einfluß auf komplementäre Wirtschaftsbereiche. So dürfte es in den Dienstleistungsunternehmen in diesem Jahr nur noch zu begrenzten Personalaufstockungen kommen. Alles in allem könnte im Jahresdurchschnitt 1994 die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland um rd. 1 ½ % oder ca. 400 000 bis 450 000 abnehmen. Ein großer Teil dieses Rückgangs ist bereits bis zum Ende des vergangenen Jahres eingetreten. Bei Festigung der konjunkturellen Aufwärtstendenz entsprechend der Annahmen der Jahresprojektion könnte sich die Arbeitskräftenachfrage, den üblichen zeitlichen Verzögerungen folgend, gegen Ende dieses Jahres wieder stabilisieren. Bei einer sich fortsetzenden Abnahme der Zahl der bei ausländischen Stationierungstreitkräften beschäftigten Deutschen (diese werden konzeptionell zu den Auspendlern gezählt) und einer vermutlich weiter zurückgehenden Anzahl von innerdeutschen Einpendlern könnte somit der Rückgang der Zahl Erwerbstätiger mit westdeutschem Wohnsitz vergleichbar hoch wie der nach dem Arbeitsortkonzept ausfallen. Die Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger dürfte in der derzeitigen Konjunktursituation wie schon im Jahr zuvor eher abnehmen und so keinen Ausgleich für den Abbau abhängiger Beschäftigungsverhältnisse bieten.

Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit dürfte in den *alten Ländern* 1994 bei weiterem Nachlassen des Wanderungsdrucks über die Außengrenzen, wie er im

Verlauf des letzten Jahres eingetreten ist, vor allem durch den erwarteten Rückgang der Arbeitskräftenachfrage bestimmt werden. Bei tendenziell abnehmender Erwerbsneigung könnte die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um ca. 400 000 zunehmen und damit ein Niveau von knapp 2,7 Mio. erreichen. Bezogen auf alle Erwerbspersonen entspräche dies einer Arbeitslosenquote von rund 8½ %. Die Arbeitslosigkeit in den *neuen Ländern* wird bei insgesamt geringer werdenden Entlastungseffekten des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und einer abnehmenden Zahl innerdeutscher Auspendler gegenüber dem Vorjahresniveau voraussichtlich leicht zunehmen. Im Jahresdurchschnitt könnte die Zahl registrierter Arbeitsloser hier rund 1,2 Mio. betragen, was einer Arbeitslosenquote von ca. 16 % aller Erwerbspersonen entsprechen würde.

Für *Gesamtdeutschland* würde sich somit auf der Grundlage der Annahmen der Jahresprojektion für die Angebots- und Nachfragebedingungen des Arbeitsmarktes im Jahresdurchschnitt eine besorgniserregend hohe Arbeitslosigkeit von rund 3,9 Mio. Personen ergeben. Dies entspräche einer

Arbeitslosenquote von rd. 10 % aller Erwerbspersonen.

In der Saisonspitze des Winters kann je nach den vorherrschenden Witterungsbedingungen ein vorübergehender Anstieg auf über 4 Mio. nicht ausgeschlossen werden. Die Kurzarbeit in den alten Ländern dürfte nach ihrer starken Ausweitung im Vorjahr 1994 wieder zurückgehen. In den neuen Ländern wird sich die bis zuletzt zu beobachtende Abnahme der Kurzarbeit voraussichtlich weiter fortsetzen.

19. Aus den Annahmen der Jahresprojektion für die Entwicklung des gesamtdeutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts sowie des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit dem Ausland ergibt sich für die umfassendste volkswirtschaftliche Einkommensgröße, das *Bruttosozialprodukt*, nominal ebenfalls ein Anstieg von 3½ bis 4½ % nach 2,2 % im Vorjahr. In der regionalen Aufteilung wird unter Berücksichtigung der angenommenen innerdeutschen Pendlerströme für Westdeutschland mit einem Zuwachs um 2½ bis 3½ % und für Ostdeutschland um 10 bis 14 % gerechnet.

Obwohl das Statistische Bundesamt im Januar erstmals eine erste grobe Abschätzung des Volkseinkommens in den neuen Ländern und damit in Gesamtdeutschland für die Vergangenheit vorgenommen hat, erscheint die zur Ermittlung der Abschreibungen notwendige Feststellung und Bewertung des Bruttoanlagevermögens für die neuen Länder unter prognostischen Gesichtspunkten noch zu unsicher. Die folgenden quantitativen Aussagen über die der Jahresprojektion zugrundeliegende Entwicklung des Volkseinkommens bleiben daher auf *Westdeutschland* beschränkt.

Hier wird von einem im Vergleich zum Bruttosozialprodukt unterproportionalen Anstieg des Volkseinkommens um 2 bis 3 % ausgegangen. Dabei wird unterstellt, daß angesichts der zum Jahreswechsel in Kraft getretenen Mineralölsteuererhöhung die indi-

rekten Steuern überdurchschnittlich zunehmen. Ähnliches gilt trotz nachlassenden Preisauftriebs für Anlagegüter bei weiter wachsendem Kapitalstock für die Abschreibungen.

In Ziffer 14 dieser Anlage wurde bereits dargelegt, daß im Interesse einer Stabilisierung der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine Begrenzung des Effektivlohnanstiegs (Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten) auf rund 2 % nach 2,7 % im Vorjahr unterstellt wurde. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Abstand zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung in diesem Jahr erheblich weniger negativ als 1993 ausfallen dürfte, da u. a. mit einem geringeren konjunkturbedingten Arbeitszeitausfall gerechnet wird. Trotz dieser Begrenzung des Effektivlohnanstiegs sowie angesichts der noch deutlich rückläufigen Beschäftigung würde wegen der spürbaren Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung

das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 1 bis 1½ %

zunehmen (nach +1 % im Vorjahr). Dies bedeutet für das

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einen Anstieg um 4 bis 6 %,

nachdem es im Vorjahr um 4,0 % gesunken war.

Nachdem in den alten Ländern der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen in den letzten drei Jahren gestiegen war, würde die Lohnquote im Jahr 1994 unter den Annahmen der Jahresprojektion um etwa ½ Prozentpunkt zurückgehen. Die volkswirtschaftliche Einkommensgröße Nettolohn- und -gehaltsumme wird sich 1994 nur noch auf rund 53 % der gesamtwirtschaftlichen Kostengröße Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit belaufen. 1960 hatte dieser Anteil noch fast 73 %, 1970 rund 66 % und 1980 knapp 59 % betragen. Ursächlich für diese Scherenentwicklung zwischen dem Nachfrage- und dem Kostenaspekt der Lohnentwicklung sind die im Zeitablauf ständig gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge und die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs.

Der Effektivlohnanstieg in den *neuen Ländern* wird in der Jahresprojektion für 1994 auf 6½ bis 7½ % veranschlagt. Dies würde eine spürbare Verlangsamung im Vergleich zu den Vorjahren bedeuten. Angesichts der gleichzeitig zu erwartenden deutlichen Reduzierung des Preisniveaustiegs wäre damit — wie bereits in Ziffer 14 dieser Anlage ausgeführt — im Gegensatz zur westdeutschen Entwicklung gleichwohl ein merklicher realer Lohnzuwachs verbunden. Unter Berücksichtigung des nochmals zu erwartenden leichten Beschäftigungsabbaus im Jahresdurchschnitt sowie der steigenden Sozialbeiträge ergäbe sich — nach dem Wohnortkonzept — für das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Ostdeutschland eine Zunahme von 5 bis 7 % gegenüber 7,6 % im Vorjahr. Dieser Anstieg bliebe erneut deutlich hinter der Ausweitung des nominalen Bruttosozialprodukts (10 bis 14 %) und damit wohl auch des Volkseinkommens in den neuen Ländern zurück. Damit würde es abermals zu einer relativen Verbesserung der immer

noch ungünstigen Ertragslage der ostdeutschen Unternehmen kommen.

20. Die *öffentlichen Haushalte* stehen im Jahr 1994 einerseits im Zeichen verstärkter Konsolidierungsanstrengungen. So werden die Maßnahmen des im vergangenen Jahr beschlossenen Föderalen Konsolidierungsprogramms sowie die Elemente des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms zu einer deutlichen Drosselung des Wachstums der öffentlichen Ausgaben beitragen. Andererseits führt die insgesamt noch ungünstige konjunkturelle Situation endogen nur zu einem schwachen Einnahmenanstieg sowie zu Mehrausgaben vor allem im Bereich der Lohnersatzzahlungen. Hinzu kommen ein deutlicher Anstieg der Zinsausgaben insbesondere durch die Übernahme der Altschulden des Bundeseisenbahnvermögens sowie stark steigende Übertragungen an die Europäische Gemeinschaft. Nach den derzeitigen Ausgabenplanungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger dürften sich die gesamtdeutschen *Staatsausgaben* (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) um etwa 4 bis 5 % erhöhen. Dies bedeutet gegenüber der im Vorjahr verzeichneten Zunahme von 4,7 % angesichts der genannten Sondereffekte eine fühlbare Abschwächung bei den übrigen Ausgaben. Die beschlossenen Sparmaßnahmen tragen dazu bei, daß der *Staatsverbrauch* voraussichtlich nur noch um 1 bis 2 % zunehmen wird (nach 2,7 % im Vorjahr). Diese Dämpfung des Ausgabenwachses wird maßgeblich durch die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst Deutschlands geprägt. Die *öffentlichen Investitionen* werden wegen der angespannten Haushaltslage mit 3 bis 5 % vermutlich sogar spürbar zurückgehen. Wegen der erwähnten Ausgabensteigerungen für Zinsen und Übertragungen an die Europäische Gemeinschaft sowie angesichts der ungünstigen konjunkturellen Situation werden die öffentlichen *Einkommens- und Vermögensübertragungen* trotz der

umfangreichen Einsparmaßnahmen erneut mit etwa 6 bis 8 % deutlich überproportional ansteigen.

Das Wachstum der *öffentlichen Einnahmen* wird in der Jahresprojektion auf 4½ bis 5½ % veranschlagt. Dabei ist angesichts der Steuer- und Abgabenerhöhungen sowohl eine über die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen hinausgehende kräftige Zunahme der Steuereinnahmen als auch des Sozialbeitragsaufkommens zu erwarten. Da der unterstellte Einnahmenezuwachs den zugrundegelegten Ausgabenanstieg übersteigt, dürfte das öffentliche *Finanzierungsdefizit* (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Es könnte sich auf etwa 95 bis 105 Mrd. DM oder rund 3 % des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts belaufen (im Vorjahr nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes 3,4 %). Wie schon in den vorangegangenen Jahren ist auch 1994 wieder mit einem deutlichen Finanzierungsüberschuß bei der gesetzlichen Sozialversicherung zu rechnen.

21. Diese Rückführung der öffentlichen Kreditaufnahme erscheint umso wichtiger, als ein anhaltend hoher und in diesem Jahr eher wieder zunehmender Kapitalbedarf des Unternehmenssektors (einschließlich Wohnungswirtschaft, Deutsche Bahn AG, Bundespost und Treuhandanstalt) insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau in den neuen Ländern besteht. Dabei ist auch in Rechnung zu stellen, daß nach den Annahmen der Jahresprojektion der Kapitalimport spiegelbildlich zur Verminderung des Leistungsbilanzdefizits zurückgeht und die Geldvermögensbildung der Privaten Haushalte bei fortgesetzt sinkender Sparquote abnimmt. Bei einer solchen Konstellation ist es wichtig, daß die öffentlichen Haushalte ihre eingeleitete Konsolidierungspolitik zielstrebig umsetzen.

Tabelle 7

Eckwerte der Jahresprojektion 1994 in der Bundesrepublik Deutschland

	alte	neue	ins- gesamt	alte	neue	insgesamt
	Länder			Länder		
	1993 ⁴⁾			1994 ⁵⁾		
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —					
Entstehung des Bruttoinlands- produkts						
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (BIP)	- 1,9	6,3	- 1,3	1/2 bis 1	6 bis 8	1 bis 1 1/2
Erwerbstätige	- 1,7	- 3,5	- 2,0	rd. - 1 1/2	rd. - 1	rd. - 1 1/2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 1,0	.	.	rd. - 1/2	.	.
BIP je Erwerbstätigen	- 0,2	10,1	0,7	2 bis 2 1/2	7 bis 9	2 1/2 bis 3
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,9	.	.	2 1/2 bis 3	.	.
nachrichtlich:						
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	(7,4)	(15,1)	(8,9)	(rd. 8 1/2)	(rd. 16)	(rd. 10)
Verwendung des Bruttoinlands- produkts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	3,3	9,3	4,0	2 bis 3	4 1/2 bis 5 1/2	2 1/2 bis 3 1/2
Staatsverbrauch	1,1	9,9	2,7	1 bis 2	2 bis 3	1 bis 2
Bruttoanlageinvestitionen	- 4,4	19,7	- 0,5	2 bis 3	15 bis 18	4 bis 6
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(-21,9)	(0,5)	(-21,4)	(-10 bis -14)	(2 bis 4)	(- 8 bis -10)
Inlandsnachfrage	0,4	12,9	2,2	2 bis 3	6 bis 9	3 bis 4
Außenbeitrag (Mrd. DM) ²⁾	(221,6)	(-212,7)	(9,0)	(238 bis 242)	(-216 bis -220)	(18 bis 22)
(in % des BIP)	(7,8)	(- 77,6)	(0,3)	(rd. 8)	(rd. - 71)	(rd. 1/2)
Bruttoinlandsprodukt	1,4	17,5	2,6	2 1/2 bis 3 1/2	10 bis 14	3 1/2 bis 4 1/2
In Preisen von 1991						
Privater Verbrauch	- 0,2	1,2	- 0,1	0 bis - 1	0 bis 1	0 bis - 1
Staatsverbrauch	- 1,3	2,6	- 0,7	0 bis - 1	- 1 bis - 2	0 bis - 1
Bruttoanlageinvestitionen	- 6,8	15,0	- 3,3	0 bis 1	12 bis 14	2 bis 4
Ausrüstungen	-14,7	7,5	-11,3	0 bis 2	8 bis 10	2 bis 3
Bauten	- 0,5	20,6	2,9	rd. 0	14 bis 16	2 1/2 bis 3 1/2
Inlandsnachfrage	- 2,6	5,7	- 1,4	0 bis 1/2	3 bis 5	1/2 bis 1
Ausfuhren ²⁾	- 7,3	- 1,9	-11,1	3 bis 4	6 bis 8	3 bis 4
Einfuhren ²⁾	-10,8	3,6	-11,3	1 1/2 bis 2 1/2	2 bis 4	1 bis 2
Außenbeitrag (in % des BIP) ²⁾	(7,1)	(- 96,3)	(- 0,6)	(rd. 7 1/2)	(rd. - 91)	(rd. 0)
Bruttoinlandsprodukt	- 1,9	6,3	- 1,3	1/2 bis 1	6 bis 8	1 bis 1 1/2
nachrichtlich:						
Bruttosozialprodukt	- 2,3	5,5	- 1,7	1/2 bis 1	6 bis 8	1 bis 1 1/2
Preisentwicklung (1991 = 100)						
Privater Verbrauch	3,5	8,0	4,1	rd. 3	4 bis 5	rd. 3
Inlandsnachfrage	3,1	6,8	3,7	rd. 2 1/2	3 1/2 bis 4 1/2	2 1/2 bis 3
Bruttoinlandsprodukt	3,3	10,5	4,0	2 bis 2 1/2	4 bis 6	rd. 2 1/2
Verteilung des Bruttosozialprodukts						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,0	7,6	1,9	1 bis 1 1/2	5 bis 7	1 1/2 bis 2 1/2
Bruttoeinkommen aus Unterneher- tätigkeit und Vermögen	- 4,0	.	- 2,1	4 bis 6	.	.
Volkseinkommen	- 0,4	14,7	0,9	2 bis 3	.	.
Bruttosozialprodukt	0,9	16,4	2,2	2 1/2 bis 3 1/2	10 bis 14	3 1/2 bis 4 1/2
nachrichtlich:						
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	2,7	12,5	4,1	rd. 2	6 1/2 bis 7 1/2	2 1/2 bis 3
Beschäftigte Arbeitnehmer	- 1,9	- 4,2	- 2,4	rd. - 1 1/2	rd. - 2	rd. - 1 1/2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	2,2	7,0	2,8	rd. 1 1/2	4 1/2 bis 5 1/2	rd. 2
Sparquote in %	(11,9)	(11,3)	(11,8)	(rd. 11)	(rd. 11)	(rd. 11)

¹⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen²⁾ Ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1994⁵⁾ Jahresprojektion

Tabelle 8

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

Bundesrepublik Deutschland — insgesamt —

	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾	1993 ²⁾	1994 ³⁾
	Mrd. DM ⁴⁾	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —		
Einnahmen				
Steuern	690,4	+ 9,4	+ 1,7	+ 4½ bis + 5½
Sozialbeiträge ⁵⁾	513,0	+ 9,3	+ 5,7	+ 5½ bis + 6½
Sonstige Einnahmen	101,1	+20,7	- 0,2	+ 2 bis + 3
Einnahmen insgesamt	1 304,5	+10,3	+ 3,1	+ 4½ bis + 5½
Ausgaben				
Staatsverbrauch	552,1	+ 9,8	+ 2,7	+ 1 bis + 2
Einkommens- und Vermögensübertragungen ⁶⁾	768,8	+ 7,4	+ 6,6	+ 6 bis + 8
Investitionen	74,5	+14,0	+ 1,3	- 3 bis - 5
Ausgaben insgesamt	1 395,4	+ 8,7	+ 4,7	+ 4 bis + 5
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	-90,9	-78,5	-105,5	-95 bis -105
(in % des BIP)	(- 3,2)	(- 2,6)	(- 3,4)	(- rd. 3)

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1994

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Summen aus Angaben mit 2 Nachkommastellen errechnet

⁵⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁶⁾ Einschließlich Zinsen